

Werde Mitglied bei der VVN-BdA!

Weitere Informationen auf

aachen.vvn-bda.de/mitglied-werden/



Der deutsche Militarismus war nie tot
Wie konnte rechtes Gedankengut so erstarken?



»Die Waffen nieder!«, 2023, Acryl/Leinwand, 125 × 100 cm

wolfram p kastner
INSTITUT für KUNST und FORSCHUNG
www.ikufo.de

Der deutsche Militarismus war nie tot Wie konnte rechtes Gedankengut so erstarken?

Ein Beitrag der VVN-BdA Aachen
zum 80. Jahrestag der Befreiung Aachens vom Faschismus



Herausgeber:

VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES –
BUND DER ANTIFASCHISTINNEN UND ANTIFASCHISTEN
(VVN-BdA) Kreisvereinigung Aachen

An der Schanz 1
52064 Aachen
info-ac@vvn-bda.de
aachen.vvn-bda.de

Erstellungsdatum: 20. 10. 2024



Nie wieder! Veranstaltungsprogramm zum 80. Jahrestag

Befreiung Aachens vom Faschismus 21. Oktober 1944

Am 21. Oktober 1944 hisste Kampfkommendant Oberst Gerhard Wilck in seinem Befehlsstand, dem Luftschutzbunker Rütcher Straße, die weiße Fahne und ließ seine Kapitulationserklärung an den amerikanischen Kommandeur überbringen. Der Krieg sollte noch 199 Tage bis zum 8. Mai 1945 toben, doch für Aachen war er nun vorbei.

Mit unseren Veranstaltungen gehen wir der Frage nach, was aus den Chancen eines Neuanfangs wurde.

Wir bieten eine Matinee an sowie drei Vorträge, jeweils mit anschließender Diskussion.

Bild: Die Waffen nieder! Von Wolfram Kastner (ikufo.de)

So, 20. 10. 2024, 11.00 Uhr
Vers – Literaturcafé, AC, Löhergraben 22

Matinee mit Stimmen verfeimter Schriftstellerinnen und Schrift- steller

Wir lesen Texte zur Pogromnacht 1938, und Dietmar Sous stellt eigene Texte vor.

mit Andrea Klein, SchauspielerIn
und Dietmar Sous, Schriftsteller

Mo, 21. 10. 2024, 18.00 Uhr, Welthaus

Nie wieder Krieg! Was ist aus diesem Ruf geworden?

Seit der Wiedereinführung des Militärs spielte der Kampf um Frieden eine besondere Rolle im Land.

mit Jens Jürgen Korff, Historiker

Di, 29. 10. 2024, 18.00 Uhr, Welthaus

Extrem rechts im Westen – Die AfD in Stadt und StädteRegion Aachen

Wer prägte die AfD Aachen in ihrer Frühphase? Wie hat sich diese Partei entwickelt? Und wie arbeitet die AfD heute in Stadt und StädteRegion?

mit Richard Gebhardt, Politologe

Mo, 4. 11. 2024, 18.00 Uhr, Welthaus

Antifaschistische Konsequenzen aus dem Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Gewerkschaftliche Positionen 1945 und heute

mit Malte Meyer, Historiker
und Benjamin Hoven, Jugendbildungsreferent

Eine Veranstaltungsreihe der VVN-BdA
aachen.vvn-bda.de, info-ac@vvn-bda.de
Postanschrift: VVN-BdA, c/o Welthaus
An der Schanz 1, 52064 Aachen
V.i.S.d.P.: D. Peikert



Kriegspartei AfD

Der Kampf gegen die AfD und der Kampf um Frieden gehören zusammen



Die AfD setzt sich für Verhandlungen mit Russland und gegen Waffenlieferungen und Sanktionen gegen die russische Wirtschaft ein. Im EU-Wahlkampf warb die AfD mit der Friedenstaube für „Frieden schützen“. Ist das glaubwürdig, ist die AfD eine Friedenspartei?

Die AfD und ihre Ukrainepolitik ist getragen von Rassismus und nationalistischem Antiamerikanismus und zielt auf ein militärisch starkes und in Europa führendes Deutschland und will die Bundeswehr und die nationale Rüstungsindustrie stärken. Die AfD-Bundestagsfraktion hat laut „Junge Freiheit“ klargestellt: „Wir stehen fest an der Seite unserer Bundeswehr und setzen uns dafür ein, sie zu stärken.“ Man habe sich nicht einseitig auf die Seite Russlands geschlagen, sondern vertrete „deutsche Interessen“. Die gewaltigen Zahlungen für die Rüstung werden von der AfD unterstützt, die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird geplant. Der Militarismus schreitet mit dieser AfD voran. Kanonen statt Butter – dieses Kriegsprogramm will auch die AfD.

Das Militärprogramm der AfD wurde bereits 2019 bekannt. Hat man die folgenden Worte sinngemäß dem Kanzler ins Redemanuskript für seine „Zeitenwende-Rede“ geschrieben?

„Seit vielen Jahren können die deutschen Streitkräfte den hoheitlichen Schutzauftrag unseres Landes nicht mehr erfüllen. Die Bundeswehr als Ganzes ist nicht einsatzbereit. Die Verantwortung für diesen Verfassungsbruch tragen nicht die Soldaten der Bundeswehr, die treu ihren Dienst für das Vaterland versehen. Die Schuld verantwortet eine Politik der letzten Jahrzehnte.“

Es wird klar und deutlich formuliert: „Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion strebt dafür eine Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben an.“ Die Forderung der AfD wurde erfüllt, mit einer Grundgesetzänderung wurden Hundert Milliarden EUR Schulden für das sogenannte „Sondervermögen“ aufgenommen.

Zur NATO heißt es in besagtem Militärprogramm der AfD, es gebe zu ihr „auf absehbare Zeit keine gleichwertige Alternative“. Die „nuklearen Fähigkeiten der Partner“ stellten eine „wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar“, und Deutschland habe „ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht.“ ... Die Bundeswehr ist Teil einer Jahrhunderte alten Militärtradition. Als „Staatsbürger in Uniform“ haben die Männer und Frauen der Bundeswehr das Recht, ihr soldatisches Selbstverständnis wesentlich mitzubestimmen und weiterzuentwickeln.“ Darüber hinaus seien die „Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten der Bundeswehr ... eine ressortübergreifende Aufgabe.“

Zurück zur Ukraine-Politik der AfD. Einerseits wird eine Entspannungspolitik der NATO gegenüber Russland befürwortet, das soll wohl eine Distanz zur Dominanz der USA ausdrücken. Andererseits heißt es: „Deutschland leistet seinen Beitrag bei den Sicherheitsgarantien für die osteuropäischen Staaten.“ Und an anderer Stelle: „Deutschlands geographische Lage und wirtschaftliches Gewicht rechtfertigen einen militärischen Führungsanspruch unter den europäischen NATO-Partnern in Europa.“

Die Forderung der AfD nach Verhandlungen mit Russland sind Augenschere. Die völkischen Rechte in der AfD unterstützen den autoritären Nationalismus in Russland. Ihre Forderungen dienen einzig ihrem strategischen Ziel, den Einfluss der USA zurückzudrängen, um in Europa neben der ökonomischen auch eine militärische Vormachtstellung in Europa zu erlangen. Das ist keine Friedenspolitik, das ist unmittelbare Kriegspolitik.

Das eigentliche Drama ist: Die Ukrainepolitik der AfD kann nur deshalb als Friedenspolitik erscheinen, weil entschiedener Widerstand gegen den antirussischen Kriegskurs der Bundesrepublik in allen Berliner Parteien – mit Ausnahme des BSW – ausbleibt und in demokratischen außerparlamentarischen Bewegungen ebenfalls kaum eine Rolle spielt.

Mit der Erlaubnis für die Ukraine, jetzt auch mit NATO-Waffen russisches Territorium anzugreifen, dreht der Westen erheblich an der Eskalations-schraube. Auch mit deutschen Waffen darf jetzt wieder auf Russland geschossen werden. Das massenhafte Sterben, die Zerstörung und der Ruin der Ukraine gehen unterdessen weiter. Der Verlauf des Krieges zeigt, dass eine Lösung des Konflikts auf dem Schlachtfeld nicht möglich ist.

Richtig wäre es, auch aus historischer Verantwortung, wenn die Bundesregierung eigene Initiativen ergreift, die zu Waffenstillstand und Verhandlungen führen.

Entziehen wir der demagogischen Friedenspropaganda der AfD den Boden, wehren wir uns gegen die Militarisierung des Landes. Gegen Waffenlieferungen und Sanktionen. Gegen den Anspruch des Westens, die Geschicke in der Welt alleine nach seinem Gusto bestimmen zu können. Die Eskalation des Krieges muss gestoppt werden.

„Ja, der Krieg hat Hunderttausende von Menschen getötet oder verletzt, und er muss beendet werden.“: Diesem Satz stimmen 51 % der Westeuropäer zu laut einer aktuellen Studie des Institute for Global Affairs. Die Forderung nach einem Waffenstillstand in der Ukraine dürfen wir nicht der Kriegspartei überlassen. Der Kampf gegen die AfD und der Kampf um Frieden gehören zusammen.

Inhaltsverzeichnis

1	Zum Geleit	1
2	Friedensbewegung in Aachen 1944–1990	3
1	Nie wieder Krieg! 1944–2024	3
2	1944/45: Über die Trümmer hinweg	3
3	1948/49: Die Teilung Deutschlands	7
4	1948/49: Die Menschenrechte	10
5	1950–53: Nie wieder Barras! Gegen die Wiederbewaffnung	11
6	1954–55: Gegen die Pariser Verträge und die endgültige Spaltung	15
7	1957/58: Kampf dem Atomtod	16
8	1960er Jahre: Kubakrise, Vietnamkrieg, Ostermärsche	18
9	1970er Jahre: Entspannungspolitik und AKW Nee	21
10	1977–79: Stop de neutronenbom! Beendet das Wettrüsten!	22
11	1979–84: Hopp hopp hopp! Atomraketen stopp!	23
11.1	1980	24
11.2	1981	25
11.3	1982	29
11.4	1983	32
11.5	1984	34
12	1985–88: Perestroika, Tschernobyl, Aachener Friedenspreis	36
13	Die Wende von 1989/90	38
	Personenregister	40
3	Deutsche Kriegspolitik 1990-heute	44
1	Großmachtpolitik, Militär und Krieg zurück auf der Tagesordnung	44
2	1991: Golfkrieg	45
3	1992: Kurs der Bundeswehr auf Kampf um Rohstoffe	47
4	1994: Auslandseinsätze der Bundeswehr gebilligt	47

5	1999: Zeitenwende Jugoslawienkrieg	47
6	2014: »Neue Macht – Neue Verantwortung«	48
7	2022: Ukrainekrieg	50
8	2024: Fazit 80 Jahre nach Kriegsende	51
4	Antifaschistische Konsequenzen aus dem Spannungs- verhältnis von Demokratie und Kapitalismus	54
1	Die Aussichten 1945 – Entmilitarisierung und Wirtschaftsdemokratie	54
2	Wirtschaftswunderzeit – Politische Stabilisierung durch ökonomische Teilhabe	56
3	Der Neoliberalismus und der Aufstieg der Rechten	56
4	Die Sozialdemagogie der AfD	57
5	Die AfD mit mehr Demokratie bekämpfen	59
5	Anhang/Dokumentation	61
1	Kriegspartei AfD. Ein Flyer des Antikriegsbündnis' Aachen	62
2	Programmflyer der VVN-BdA Aachen zum 80. Jahrestag der Befreiung Aachens vom Hitlerfaschismus .	63

5 Anhang/Dokumentation

- 1 Kriegspartei AfD. Ein Flyer des Antikriegsbündnis' Aachen
- 2 Programmflyer der VVN-BdA Aachen zum 80. Jahrestag
der Befreiung Aachens vom Hitlerfaschismus

extremen Rechten zu überlassen. Anlässe genug zum Engagement für Vielfalt, Demokratie und Zivilcourage hätte es in dieser aufgeheizten Wahlkampfzeit mehr als genug gegeben. Insofern die AfD-Konkurrenten es allerdings vorzogen, nicht länger von einem Rechtsextremismusproblem, sondern unisono nurmehr noch von einem angeblichen »Migrationsproblem« zu sprechen (und in der Öffentlichkeit mit diesem Kurs kaum mehr auf vernehmbaren Widerspruch stießen), blieb vom bürgerlichen Antifaschismus des Jahresanfangs nicht viel mehr als eine große Hilf- und Harmlosigkeit übrig.

Vor dem Hintergrund dieser politischen Blamage wäre gleich an eine ganze Reihe bewährter Einsichten in die Widersprüche, Halbheiten und Blindstellen (links-)liberaler Gegnerschaft »gegen rechts« zu erinnern. Erstens sind kapitalistische Konzerne beim Geschäftemachen nicht etwa auf politische Demokratie angewiesen, sondern kommen nötigenfalls auch ganz gut ohne sie aus – einen anderen Schluss lassen bereits die von langen Blutspuren durchzogenen Geschichten von Firmen wie BASF, Volkswagen, ThyssenKrupp und Deutscher Bank einfach nicht zu. Mit der Demokratie hat es zweitens nicht erst nach der Errichtung einer faschistischen Diktatur ein Ende, sondern bereits heute in jedem kapitalistischen Betrieb. Über Kapital und Arbeit entscheiden nicht die Beschäftigten, sondern Profitinteressen, Chefs werden allenfalls von Aktionären gewählt und bereits einfache Widerworte gegenüber Vorgesetzten können den Job kosten. Systeme des Ein- wie des Mehrparteienkapitalismus haben drittens nicht nur ihre scharfe Fronstellung gegen sozialistisches Eigentum (und damit ihren strukturellen Antikommunismus) gemeinsam, beide zeichnen sich auch durch die Unvermeidlichkeit sozioökonomischer Krisenprozesse, ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit so-

wie durch die Tendenz zur Abwälzung von Krisenlasten nach unten aus. Viertens droht die kapitalistische Ideologie individueller »Leistung« – Erwerbslose, »Wirtschaftsflüchtlinge«, »unwürdige« Arme und Angehörige vermeintlich unproduktive Klassen haben davon zu erzählen – permanent in symbolische Abwertung und (zumindest latent rassistisches) Nützlichkeitsdenken umzuschlagen. Fünftens gibt es neben der faschistischen Menschenfeindlichkeit des Ausnahmezustands auch eine kapitalistische des Normalzustands. Hiervon zeugen neben den Härten von Fabrikregime und Arbeitsdisziplin sowie den Ausbeutungsbeziehungen in der gesamten Lieferkette auch die vom kapitalistischen Wachstumsimperativ ausgehenden Gefahren für die natürlichen Lebensgrundlagen. Sechstens schließlich legt die kapitalistisch (re-)produzierte Spaltung der Welt in Arm und Reich einen mehr oder weniger gewaltförmigen Ausschluss der Habenichtse von den Wohlstandinseln so nahe, dass das Weltsystem bereits heute und fast mehr denn je von Mauern und Stacheldrahtverhauen durchzogen ist.

Wenn »die Wirtschaft« anders lautender Beuerungen und Manager-Bekenntnisse zum Trotz also ganz offensichtlich auf Demokratie auch verzichten kann (und damit ihren Funktionsprinzipien nach als »rechtsoffen« erkennbar wird), müsste »die Demokratie« konsequenterweise wohl auch auf den Kapitalismus verzichten können. Einsichten in die Notwendigkeit einer sozialen wie ökonomischen Erweiterung der Demokratie, wie sie nicht zuletzt in den gewerkschaftlichen Neuordnungsvorstellungen der unmittelbaren Nachkriegszeit formuliert wurden, dürften im Kampf gegen die faschistischen Demokratiefeinde jedenfalls weiter führen als die dem »kleineren Übel« anhängenden Apologien des bürgerlich-liberalen Status quo.

1 Zum Geleit

Von Detlef Peikert

Am 21. Oktober 1944 hisste Kampfkommandant Oberst Gerhard Wilck in seinem Befehlsstand, dem Luftschutzbunker Rütcherstraße, die weiße Fahne und ließ seine Kapitulationserklärung an den amerikanischen Kommandeur überbringen. Der Krieg sollte noch 199 Tage bis zum 8. Mai 1945 toben, doch für Aachen war er nun vorbei.

Die wenigen Aachener, die trotz des Evakuierungsbefehls noch in der Stadt weilten, konnten wieder aufatmen, selbst wenn sie nur in Trümmern lebten. Es wurde nicht mehr geschossen, es fielen keine Bomben mehr. Die Gefahr, als »Verräter« kurzerhand am nächsten Baum oder als »Brotlieb« standrechtlich erschossen zu werden, war vorbei. Es gab keine Dienstverpflichtung für die Rüstungsindustrie und kein Verheizen im »Volkssturm« mehr, die ständige Gefahr einer Denunziation bei der Gestapo war vorbei.

Schon ein knappes halbes Jahr später konnten in Aachen Überlebende des Faschismus die Gewerkschaft wiederaufbauen und gründeten am 18. März 1945 den »Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB)«. »Wir wollen nicht, dass unsere Nachkommen wieder in ein Völkerringen gestürzt werden«, verkündete Anna Braun-Sittarz auf der Gründungsversammlung, und die ersten drei Forderungen des 13-Punkte-Programms des FDGB Aachen suchten die Chancen auf einen Neuanfang in Frieden:

1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt
2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere bei der Jugend, über die Verständigung der Völker untereinander
3. Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus

Nach Aachen zurück kam zu Fuß und völlig entkräftet auch Anton Gallwe. Als Antifaschist musste er 1933 untertauchen, wurde dann aber aufgrund polizeilicher Listen und Denunziationen verhaftet und war bis 1945 Gefangener des Naziregimes.

Die VVN-BdA, die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« ist 1947 von Menschen wie Anton Gallwe, von den überlebenden Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern gegründet worden. Es ist unser Anliegen, ihr Vermächtnis in die Gegenwart zu bringen, damit von deutschem Boden nie wieder Faschismus und Krieg ausgeht.

Wir fragen in diesem Heft, was ist aus den Forderungen des FDGB und dem Vermächtnis der Buchenwalder KZ-Häftlinge geworden? Sind wir gefeit davor, nicht wieder in Barbarei und Krieg zurückzufallen?

Die Stadt Aachen wirft 80 Jahre später einen düsteren Schatten auf eine Zukunft in »Frieden und Freiheit«. Sie hat einen Weg eingeschlagen, der eng mit Kriegstreiberei, Kriegslügen und atomarem Aufrüstungswahn verbunden ist. Denn als Festredner zum Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg durfte Joschka Fischer sprechen.

Joschka Fischer ist wesentlich verantwortlich für die Beteiligung Deutschlands am ersten Krieg auf europäischem Boden. Die NATO beginnt am 24. März 1999 ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Deutsche Soldaten sind beim Überfall mit dabei, in Marsch gesetzt von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD), Außenminister Joseph »Joschka« Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD). 78 Tage lang werden Städte, Infrastruktur, Fabriken bombardiert.

Der WDR sollte später eine Dokumentation über die deutsche Kriegsbeteiligung senden mit dem Titel »Es begann mit einer Lüge«. Systematische Desinformation, Fake News, Lügen – das praktizierte die NATO lange, bevor es Twitter, Facebook, VK, Telegram und Tik Tok gab. 1999

sitzen die wirkmächtigen Trolle im Brüsseler Hauptquartier und den nationalen Ministerien, die der Bevölkerung täglich einen Krieg verkaufen, der Völkerrecht bricht und länger dauert, als seine Planer je dachten. UÇK-Kommandeur Hashim Thaçi, der im Juni 2020 vom Haager Tribunal wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit während des Kosovo-Krieges angeklagt werden wird, kann im ZDF von Konzentrationslagern im Kosovo berichten. Im Stadion von Priština seien 100 000 Menschen interniert. In einem anderen KZ seien 20 000 Menschen gefangen. Über den Verbleib von 5 000 Kosovo-Albanern, die von serbischen Sicherheitskräften in einer Schule gesammelt worden seien, sei seit Tagen nichts bekannt. In der Presse ist in dicken Lettern zu lesen, »Serben-Killer treiben Albaner in KZ-Zonen«. Nichts davon ist wahr, wird nach und nach klar. Brigadegeneral Heinz Loquai berichtete später, »Der Krieg verhinderte die Katastrophe nicht, sondern machte sie ... erst möglich«. Diesen Krieg hat der Festredner Aachens zu verantworten. Während inzwischen 51 Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag der UNO ratifiziert haben, bleibt Fischer auf Militarisierungskurs und fordert eine europäische Atombombe.

Der Jugoslawienkrieg markiert die »Zeitenwende«, er holte den Krieg nach Europa zurück. Ausgerechnet einen der Verantwortlichen dieser Verletzung des Völkerrechts die Lehren aus 80 Jahre Befreiung ziehen zu lassen, das ist nur zu verstehen unter den Vorzeichen einer allseitig erstrebten »Kriegstüchtigkeit«.

In diesem Heft beschreiben wir das Ringen um Frieden und sozialen Fortschritt seit dem 21. Oktober 1944. Die Menschen konnten von großen Chancen für einen friedlichen Neuanfang ausgehen. Wirkmächtige Gewerkschaften entstanden, die Friedensbewegung bestimmte über Jahrzehnte die politische Agenda. Doch das Resümee ist bitter.

Unser Hefttitel »Der deutsche Militarismus war nie tot« trifft heute leider wieder zu. Wir erinnern an die Wiedereinweihung der Potsdamer Garnisonkirche dieses Jahr. Kein anderes Bau-

werk in Deutschland repräsentiert die preußische Kriegspolitik so deutlich wie der »Geist von Potsdam«, in dem 1933 das deutsche Bürgertum per Handschlag die politische Macht an Adolf Hitler übertragen hat. Die Reaktivierung der Garnisonskirche hat keine Hinterbänkler vorgenommen, es war der Bundespräsident höchstpersönlich, der Deutschland den Weg in einen (neuen) Militarismus wies. Wir erinnern an die Fortsetzung der wilhelminischen Kanonenbootpolitik gegen das kolonisierte China – diese Politik wurde mit der ganzen Symbolik wieder aufgegriffen, als ein deutsches Kriegsschiff zur Provokation der VR China durch die Taiwanstraße geschickt wurde, um weltweite Kampfbereitschaft für deutsche Werte zu demonstrieren.

Während sich der erste Teil unseres Heftes zum 80ten Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg der Frage der Remilitarisierung und der erneuten Herstellung von »Kriegstüchtigkeit« widmet, werfen wir im zweiten Teil einen Blick auf die Restauration des Kapitalismus in Deutschland.

Die »Zerschlagung des Faschismus mit seinen Wurzeln« – wie es im Schwur der überlebenden Häftlinge von Buchenwald hieß – beinhaltet die Erkenntnis, dass es die wirtschaftlich Mächtigen waren, die ein nicht nur ökonomisches Interesse an der Errichtung und Stabilisierung der faschistischen Herrschaft hatten. 1946 forderten 77,56 % in einer Volksabstimmung in Sachsen die entschädigungslose Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern sowie im selben Jahr in Hessen ebenfalls über 76,8 % in einer separaten Volksabstimmung die Sozialisierung der Schlüsselindustrie. In unserem Heft müssen wir leider resümieren, dass mit dem (vorläufigen?) Sieg des Neoliberalismus auch auf diesem Feld alle Chancen eines Neuanfangs verspielt wurden.

Spaß können wir der Leser:innenschaft dieses Heftes nicht verkünden. Wir hoffen Erkenntnisgewinn, Zuversicht und Mut zu demokratischem Handeln zu schaffen. »Denn ewig kanns nicht Winter sein.« (Lied der Moorsoldaten)

seine Verwirklichung nach Innen. Diese Realität würde am härtesten jene Treffen, die bereits im kapitalistisch-neoliberalen Normalvollzug nicht mithalten können.

5 Die AfD mit mehr Demokratie bekämpfen

»Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen« – diese berühmte Sentenz Max Horkheimers aus dem Jahr 1939 wird zwar auch heute noch gelegentlich zitiert, erscheint aber selbst vielen Linken als nicht mehr als sonderlich zeitgemäß. Mit Verweis auf die stalinistische Borniertheit der Dimitroff-Formel, auf die von Kapitalinteressen unabhängige Eigendynamik faschistischer Massenbewegungen, auf die aus keiner Profitlogik ableitbare Judenvernichtung, auf die Weltmarktorientierung westdeutscher Großkonzerne in der Nachkriegszeit sowie auf die Stärke antifaschistischer Traditionen gerade auch in bürgerlich-kapitalistischen Staaten wie Großbritannien oder den USA werden Wechselbeziehungen zwischen Faschismus und bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft schon seit Längerem eher heruntergespielt. Konjunktur hatten in den zurückliegenden Jahrzehnten stattdessen Erklärungsansätze, die – manchmal von einem falschen Extrem bloß ins spiegelverkehrte verfallend – die Volksgemeinschaftsideologie des Nationalsozialismus, ihren sozialen Rückhalt auch in unterbürgerlichen Milieus, den »Populismus« der Nazis und die Bedeutung bürgerlich-liberaler »Werte« beim Kampf gegen alte und neue Nazis hervorgehoben haben.

Eine ebenso bemerkenswerte wie weithin sichtbare Zuspitzung erfuhr diese sich selbst als entschieden antipopulistisch verstehende Position in der zwar kurzlebigen, dafür aber umso breiteren Bewegung gegen die vom Medienunternehmen »Correctiv« einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemachten Vertreibungs ideen der AfD, der sich im Januar und Februar 2024

immerhin auch ein Großteil des politischen Establishments anschloss – die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Bündnisse vor Ort deckten grob gesprochen das gesamte politische Spektrum zwischen der Linkspartei und dem rechten Flügel der CDU ab. Auf die Straße gingen zwar allem Anschein nach in erster Linie die über den Aufstieg der AfD besonders beunruhigten Wähler*innen von Grünen, Linkspartei und SPD, eine zumindest symbolische Rückendeckung erfuhren die vielen kleinen und großen Demonstrationen aber auch von der lokalen Wirtschaft, bürgerlichen Medien und nicht zuletzt großen Konzernen. »Demokratie ist ein Standortfaktor«, ließen bspw. zahlreiche sich selbst »progressiv« nennende Unternehmen in einer explizit gegen die AfD gerichteten PR-Kampagne verlauten und außer zu den Vorteilen der europäischen Integration bekannte sich im Vorfeld der Europawahl 2024 auch eine Allianz großer deutscher Konzerne in Zeitungsanzeigen »zu den Werten Vielfalt, Offenheit und Toleranz«: Aus Gründen der Exportorientierung, des durch Zuwanderung zu bekämpfenden Fachkräftemangels und des Betriebsfriedens in divers zusammengesetzten Belegschaften sei es wichtig, »sich gegen Populismus und Extremismus zu stellen und für unsere Werte einzustehen.«

Einer echten Belastungsprobe wurde dieser bürgerliche Antifaschismus unterzogen, als das politische Establishment während der ostdeutschen Landtagswahlkämpfe im Sommer 2024 mit einer rassistischen Kampagne, drastischen Verschärfungen der Ausländer- und Sicherheitsgesetze sowie der Wiedereinführung von Polizeikontrollen an den europäischen Binnengrenzen auf ein islamistisch motiviertes Attentat in Solingen reagierte. Wochenlang schienen Regierungsparteien in Bund und Ländern wie Journalist*innen unterschiedlicher Couleur nur mehr noch um den Gewinn eines imaginären AfD-Ähnlichkeitswettbewerbs zu konkurrieren, um – so die offizielle Begründung – auf die »Sorgen und Nöte der Bürger« einzugehen und das Thema Migration nicht der

zu werden. Den Wähler*innen wird suggeriert, dass sie mit ihren Bedürfnisse erst dann zum Zuge kämen, wenn die Flüchtlinge nicht mehr da seien. »Unser Volk zuerst« ist die rechte Parole der Stunde. Abgesehen von derartig schlichten Parolen bietet die Partei wenig Greifbares, was ihrem »nationalsolidarischen« Kurs Substanz verschaffen könnte: Sichere Grenzen und härtere Strafverfolgung gibt die AfD einfach als Allheilmittel für sozialen Frage aus und lässt an die Stelle des Gegensatzes zwischen unten und oben jenen zwischen »innen« und »außen«, Einheimischen und Zugewanderten treten. Mithilfe einer solch nationalistischen Verkehrung der sozialen Frage definiert sich die extrem rechte »Volksgemeinschaft« durch den Ausschluss von »Fremden« (Geflüchtete) und »Volksverrättern«.

Die AfD spricht hauptsächlich Menschen an, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als prekär einstufen und die sich um den Wirtschaftsstandort Deutschland sorgen. Studien z. B. von Hövermann zeigen deutlich, dass ein Hauptgrund für die Wahl der AfD ein Vertrauensverlust in demokratische Strukturen ist. Dabei sind vielen Wählenden gerade jene politischen Themen besonders wichtig, die auch von Gewerkschaften angesprochen werden. Der große Unterschied ist jedoch, dass die Wählenden der AfD alle im weitesten Sinne sozialpolitischen Themen durch die Brille der Migration betrachten und rassistisch aufladen. Der offen propagierte Verteilungskampf gegen migrantisierte Menschen ist ein Versuch, soziale Fragen nach nationaler Herkunft zu beantworten und macht den Modus einer Politik aus, die ihren im Kern prokapitalistischen Kurs mit einer imaginierten Rückkehr zur unheimlich heimeligen »Volksgemeinschaft« bemäntelt – ohne Ausländer, ohne Grüne und ohne Gendersternchen. Unterhalb des gemeinsamen Bekenntnisses zur nationalen Gemeinschaft koexistieren in der sozialpolitischen Programmatik der AfD allerdings die »nationalsolidarischen« Linie des NS-affinen Höcke-Lagers mit dem neoliberalen Sozialchauvinismus der Fraktion um Alice Weidel. Die

Partei als Ganze bewegt sich ambivalent zwischen diesen beiden Polen und kennt keines der beiden Lager. Diese Ambivalenz ist für die Formulierung einer »Alternative« zu den Herrschenden sicherlich kein Hindernis, sondern eher ein Vorteil.

Wie nichts anderes bestimmt der unbedingte Wille zur Nation die Politik der AfD und die Wünsche ihrer Wähler*innen. Die rassistische Aufladung der Sozialpolitik der AfD ist getrieben vom Wunsch zur Unterscheidung, zur Rückkehr zum klassischen Nationalismus, der sortiert, abwertet und abwehrt, was fremd ist und damit die den Souverän und seine völlige, unbeeinflusste Kontrolle über das eigene Territorium und die eigenen Subjekte als zentrales politisches Anliegen versteht. Gegen die globalisierte Welt der Moderne tritt die AfD als Restauratorin der Nation an. Diese Zielvorstellung erklärt nicht nur ihre rassistische Migrationspolitik, sondern auch den Hass auf EU und USA, die die nationale Souveränität ebenso bedrohen würden wie das deutsche Weltmachtstreben. Die Beschwörung der nationalen Souveränität ist untrennbar mit einer Ideologie der Ungleichheit verbunden, weil andernfalls das Besondere an der deutschnationalen Identität nicht aufrecht erhalten werden könnte. Durch die Leugnung bzw. Verfremdung des Klassensatzes zwischen Oben und Unten wird auch die gewerkschaftsfeindliche Haltung der AfD erklärbar: Wer im Volk einen Platz hat, der hat seine Interessenvertretung im Souverän, sie sind identisch, Gewerkschaften stören diesen Frieden.

Praktisch bedeutet diese Politik, dass die AfD trotz anderslautender Verlautbarungen keinerlei Antworten auf reale sozialen Frage hat, sondern den Klassenkampf zwischen Oben und Unten mit neoliberalen Forderungen befeuert und mit rassistischer Innenpolitik praktisch zu beantworten sucht. Der faschistische Kampf der Nationen, der Sieg des Stärkeren über den Schwachen, der dem Faschismus zugrunde liegt, findet in der neoliberalen Sozialpolitik der AfD keinen echten Widerspruch, sondern viel eher

2 Friedensbewegung in Aachen 1944–1990

Von Jens Jürgen Korff

1 Nie wieder Krieg! 1944–2024

Im Juni 2024 veröffentlichten Yusuf As, Reiner Braun u. a. einen Friedensaufruf zum Krieg in der Ukraine mit dem Titel »Nie wieder Krieg! Die Waffen nieder!« Der erste Imperativ stammt aus dem Jahr 1945, der zweite aus dem Jahr 1914. Im Frühjahr 1945 war der II. Weltkrieg zu Ende. Die aus den Konzentrationslagern der Nazis befreiten antifaschistischen Widerstandskämpfer und viele andere überlebende Opfer des Naziregimes verlangten damals wie aus einem Munde: »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« In Aachen war es schon im Herbst 1944 so weit, weil die US Army die Grenzstadt als erste deutsche Großstadt besetzte und so vom Faschismus befreite. »Die Waffen nieder!« war der Titel eines Buches von Bertha von Suttner, das Anfang 1914 erschien, kurz vor dem Ausbruch des I. Weltkriegs. Beide historischen Bezugspunkte sind 80 bzw. 110 Jahre später noch so aktuell, dass die damaligen Parolen auf die heutige Situation noch anwendbar sind.

Im Juli 2024 kündigte das NATO-Gipfeltreffen in Washington unter Beteiligung von US-Präsident Joe Biden und Bundeskanzler Olaf Scholz an, in Mitteleuropa, also in Deutschland, wieder weitreichende Marschflugkörper vom Typ Tomahawk zu stationieren, die Ziele in Moskau und anderen Zentren Russlands mit Atomsprengköpfen angreifen können. Die Aachener Zeitung schlagzeilte: »Erinnerungen an den Kalten Krieg«. Es handelt sich dabei um jene Waffen, gegen die die westdeutsche

Friedensbewegung in den frühen 1980er Jahren zu Hunderttausenden auf die Straße gegangen ist und die nach dem INF-Vertrag von 1987 zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow abgezogen worden waren.

Welche Lehren haben die Nazigegner 1944/45 aus dem Ende des Naziregimes und des II. Weltkriegs gezogen, vor allem in Bezug auf eine friedliche Zukunft Deutschlands und der Welt? Welchen Nutzen hatten diese Lehren in den Kämpfen der acht Jahrzehnte, die darauf folgten? Welche der damaligen Ziele konnten sie durchsetzen, welche nicht? Um diese Fragen soll es hier gehen. Dabei knüpfen wir bewusst auf jeder Station der Geschichte an Aachener Ereignisse an. Geschichtsbücher, auch solche aus linker und linksdemokratischer Perspektive, gibt es viele. Das Besondere an dieser Studie sind die konkreten lokalen Bezüge und zugleich die offene Perspektive auf die Welt jenseits von Vaalserquartier und Nirmertunnel.

2 1944/45: Über die Trümmer hinweg

Im Oktober 1944 schloss die US-Armee in schweren Kämpfen bei Verlautenheide und Würselen ihren Ring um Aachen. Am 21. Oktober kapitulierte das Wehrmacht-Kommando im Bunker Rütcher Straße. Damit fiel die erste deutsche Großstadt in die Hände der Alliierten, in Aachen endete das Naziregime. Die Stadt war im September von den Nazis evakuiert worden. Nur rund 5000 (nach anderen Angaben 20 000) Einwohnerinnen und Einwohner waren es gelungen, sich in Aachen vor der SS zu verstecken und so hinter die Westfront zu gelangen. Darunter waren die Textilgewerkschafter Matthias Wilms (1893–1978) und Nikolaus Kreitz, der Drucker Heinrich Hollands (1877–1953), der Schlosser Peter Spiegelmacher, der Metallgewerkschafter Jean van Wersch und die Milchkünderin Anna Braun-Sittarz (1892–1945). Sie trafen sich bereits im November 1944,

um darüber zu beraten, wie sie sich in den neuen Verhältnissen politisch organisieren wollten. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass als erstes eine freie Gewerkschaft aufgebaut werden müsse, die für alle Arbeiterinnen und Arbeiter, unabhängig von ihrer Weltanschauung, offen sein sollte. Das schlugen sie auch der amerikanischen Militärregierung vor, doch die wollte zunächst nichts davon wissen.¹ Bis auf Anna Braun-Sittarz waren alle Sozialdemokraten; Wilms und Spiegelmacher hatten als Organisatoren des SPD-Widerstands Gefängnisstrafen abgesessen. Anna Braun-Sittarz war KPD-Stadtverordnete gewesen, 1927 aus der Partei ausgeschlossen worden, hatte in der Nazizeit den kommunistischen Widerstand unterstützt und war mehrfach im Gefängnis. Hollands hatte seinen Arbeitsplatz verloren und die ganze Nazizeit in großer finanzieller Bedrängnis verbracht.²

Nach einem weiteren Gespräch mit der amerikanischen Militärregierung am 10. März 1945 konnte Matthias Wilms per Einladungszettel zur ersten Gründungsversammlung einer deutschen Gewerkschaft nach dem Kriege aufrufen, die am 18. März 1945 mit etwa 80 Teilnehmern stattfand.³ Anna Braun-Sittarz sprach dort über die Schuld derjenigen, »die zu feige waren, dem Nazismus zu trotzen«, und erklärte:

»Wir wollen nicht, dass unsere Nachkommen wieder in ein Völkerringen gestürzt werden. Wie wäre es uns ergangen, wenn die Nazis den Krieg gewonnen hätten? Deshalb müssen wir alle zur Rechenschaft ziehen, die daran schuldig sind. Die Alliierten verlangen von uns, dass wir uns wieder würdig erweisen, in der Welt gleichberechtigt zu stehen. Wir sind bereit, diesen Beweis zu erbringen.«

Die von Wilms vorgelegten »13 Aachener Punkte« wurden einstimmig beschlossen.⁴ Die ersten vier lauteten:

1. Mithilfe zur Verständigung der Völker untereinander und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsbewegungen der Welt.
2. Aufklärung durch Wort und Schrift, insbesondere bei der Jugend, über die Verständigung der Völker untereinander.
3. Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus.
4. Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung.

Die ersten drei der Aachener Punkte hatten das Thema Frieden und Völkerverständigung im Blick und das, was dem auf deutscher Seite entgegenstand: der »preußische Militarismus und Faschismus«, so in einem Atemzug genannt.

Dass die Widerstandskämpferin Anna Braun-Sittarz bei dieser Gelegenheit die Frage nach der Schuld an den Naziverbrechen und am Krieg aufgeworfen hat, war kein Zufall. Dieses zentrale Thema umtrieb 1945 fast alle deutschen Antifaschistinnen, Sozialdemokraten, Kommunistinnen. Bei der ersten KPD-Versammlung in Haaren bei Aachen Mitte Januar 1946 widerlegte die Aachener Kommunistin Maria Pascher im Einzelnen die Irrlehre des »Nationalsozialismus« und appellierte vor allem an die Verantwortung und Mitarbeit der Frauen und

erhöhter Ölpreise waren gravierend. Das sogenannte »Wirtschaftswunder« – das wenig verwunderlich u. a. auf niedrigen Produktions- und Energiekosten beruhte – war endgültig vorbei und die ökonomische Rezession bereitete zudem einer neoliberalen Krisenlösung den Boden. »There is no alternative« lautete das informelle Motto einer sich auf die »Sachzwänge« der Weltmarktkonkurrenz berufenden Politik der Privatisierung und des Sozialabbaus. Der Klassenkompromiss von einst wurde aufgekündigt, Wohlstand wieder stärker nach oben umverteilt und der Sozialstaat im Sinne des »Nachtwächterstaates« umgestaltet. Spätestens nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlangte der Neoliberalismus beinahe den Rang einer Staatsdoktrin, die den Kapitalismus – vielleicht etwas vorschnell – zum endgültigen Sieger der Geschichte erklärte. Ihren größten Triumph feierte die neoliberale Ideologie, als sich in den 1990er und 2000er Jahren auch große Teile von Sozialdemokratie und Gewerkschaften das Mantra von wirtschaftlicher Eigenverantwortung, Bürgerpflichten und »aktivierendem Staat« zu eigen machten. Diese Krisenreaktion seiner einstigen Anwälte und Repräsentanten stützte dann mit dem Sozialstaat auch zahlreiche der in ihm verankerten sozialen Bürgerrechte.

Der Umstand, dass sich seit den 1980er Jahren nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa sowohl Mitte-Rechts- als auch Mitte-Linksregierungen am neoliberalen Sozialabbau beteiligt haben, kann als politisch-ökonomischer Hintergrund für den seit der Finanzkrise von 2008 noch beschleunigten Aufstieg der extremen Rechten verstanden werden. Parteien wie die AfD, der Front National oder Akteure wie Donald Trump inszenieren sich seither als einzige echte Alternative zum herrschenden Block und operieren mit der falschen Dichotomie von einem »globalistischen« Neoliberalismus und einer »nationalen« Opposition, die im Namen vermeintlicher »Volksnähe« inzwischen freilich immer öfter faschistische Krisenlösungen anbietet. Eine weitere Dimen-

sion dieses Erfolgs ist der Einfluss neoliberaler Austeritätspolitik. Immerhin belegen Studien zum Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Wahlverhalten in Europa, dass derartige Sparmaßnahmen durchaus mit Erfolgen der extremen Rechten korrelieren. Insbesondere bei Beschäftigten mit formal geringer Qualifikation sowie in wirtschaftlichen Krisenregionen kann der – häufig genug berechnete – Eindruck zu entstehen, die wirtschaftliche Zukunft der »Abgehängten« sei für die an Austeritätsmaßnahmen festhaltende Politik der Herrschenden nicht weiter von Interesse. Offenkundig stärkt ein solches Empfinden jene Bereitschaft für jene autoritäre Krisenlösungen, die sich seit längerem beobachten lässt.

Festzuhalten bleibt also: Nachdem der Wohlstand in der westlichen Welt in großem Maßstab umverteilt wurde, Standortkonkurrenz die wirtschaftliche Basis der Industriearbeit in Deutschland schwächte und ein parteiübergreifender Neoliberalismus um sich griff, konnten sich rechtspopulistische bis faschistische Parteien europaweit als vermeintlich einzige Alternative zu dieser Politik etablieren. Insofern sich in Arbeiterschaft und unterer Mittelschicht die Sorgen vor einem sozialen Abstieg verstärken, profitieren extrem rechte Parteien also zumindest indirekt von neoliberaler Austeritätspolitik.

4 Die Sozialdemagogie der AfD

Welche Alternativen bieten Parteien wie die AfD nun im Bereich der Sozialpolitik, also in Bezug auf die Ausrichtung des Sozialstaates? Unterscheiden sich die Konzept der extremen Rechten wirklich signifikant von neoliberalem »Durchregieren«?

Es ist keine große Überraschung, dass sich die Sozialpolitik der AfD in erster Linie darauf beschränkt, der angeblichen Einwanderung in den deutschen Sozialstaat mit Grenzschießungen, Abschiebungen und Anti-EU-Politik Herr

1 Klaus Brülls, Winfried Casteel: »Schafft die Einheit!« Aachen 1945: Die Freien Deutschen Gewerkschaften werden gegründet. Aachen 1985, S. 7ff

2 Zu Hollands und Braun-Sittarz: Saul Padover: Experiment in Germany. The Story of an American Intelligence Officer, New York 1946, S. 127–131 und 136–140. Auf Deutsch unter dem Titel: Lügendetektor. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45. Aus dem Amerikanischen übersetzt durch Matthias Fienborck. Eichborn, Frankfurt am Main 1999; Neuauflage: Ullstein, Frankfurt am Main 2001

3 Zum Ablauf: Brülls/Casteel S. 15ff; AN 21. 3. 1945, dort das Zitat Anna Braun-Sittarz

4 Brülls/Casteel, S. 48; AN 21. 3. 1945

5 AN 22. 1. 1946

Die Demokratisierung des politischen Lebens muss deshalb durch die Demokratisierung der Wirtschaft ergänzt werden.« Weil den Gewerkschaften und linken Parteien nach der militärischen Niederlage des deutschen Faschismus allerdings die Kraft und den Westalliierten nach Ausbruch des Kalten Krieges wiederum der Wille fehlte, der Restauration des deutschen Kapitalismus (und Militarismus) den nötigen Widerstand entgegenzusetzen, konnten in der Folge allenfalls ein Klassenkompromiss erzielt werden, der von der ursprünglich angestrebten Wirtschaftsdemokratie weit entfernt war.

2 Wirtschaftswunderzeit – Politische Stabilisierung durch ökonomische Teilhabe

Ähnlich wie in vielen anderen Ländern nahm der Klassenkompromiss der ersten Nachkriegsjahrzehnte auch in der Bundesrepublik fordistische Formen an. Mit Fordismus sei hier ein auf der Massenproduktion langlebiger Konsumgüter (idealtypisch dem Automobil) sowie auf sozialstaatlicher Absicherung beruhendes Entwicklungsmodell des Kapitalismus gemeint, das in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem bestimmenden Moment westlichen Wirtschaftens und Lebens wurde. Die großen Fabriken dieser Periode sorgten außer für die Massentauglichkeit der produzierten Waren auch für eine sehr hohe Nachfrage nach Arbeitskräften, so dass die Arbeitslosenquote in Westdeutschland zwischen den Jahren 1959 und 1974 nie über 2,6 Prozent anstieg. Massenproduktion, Vollbeschäftigung, ein hoher gewerkschaftlicher Organisationsgrad und vergleichsweise hohe Löhne führten im antikomunistischen Frontstaat BRD zu einem spürbaren Anstieg des Wohlstands und ermöglichten zumindest den besser bezahlten Teilen der Arbeiterklasse eine Art »Ankommen« in der bürgerlichen Gesellschaft. Zumindest das Bild der arbeitenden Klasse veränderte sich radikal: Dadurch, dass sich ein VW-Arbeiter das Auto,

dass er herstellte, nun auch selbst leisten konnte, wählten sich nicht nur die Ideologen des Kapitals auf der Siegerstraße, der Zugang vieler Arbeiterfamilien zu bescheidenem Wohlstand hatte auch faktisch einen enorm integrativen Effekt und immunisierte effektiv gegen sozialistische Experimente.

Der starke Sozialstaat, der den Fordismus prägte und tatsächlich eine relativ solide soziale Absicherung darstellte, ermöglichte es, auch im Falle des Arbeitsplatzverlustes den eigenen Lebensstandard noch zu halten. Auf diese Bedingungen wirkte möglicherweise auch die Systemkonfrontation zwischen Ost und West ein, sie waren aber in erster Linie ein Produkt starker gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Kräfte in der BRD selbst. Dadurch, dass die produzierende Arbeiterschaft sehr groß war, einen erhöhten Lebensstandard genoss und durch diesen an das System gebunden wurde, konnten die politischen Repräsentanten der Arbeiterklasse auch einen beträchtlichen Ausbau des Sozialstaats durchsetzen. Zur fordistischen Kompromissformel zwischen Kapital und Arbeit – politische Stabilisierung durch ökonomische Teilhabe – gehörten eindrucksvolle Errungenschaften wie z. B. die Arbeitszeitverkürzung: in den Kernsektoren von Industrie und Verwaltung die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf zunächst fünf Tage und zeitweise sogar nur noch 35 Stunden. Diese Entwicklungen bauten auf der wirtschaftlichen Prosperität der Nachkriegszeit – einer Hochphase industrieller Wertschöpfung in Deutschland – und also auch auf dem Kalkül des Kapitals auf, trotz hoher Löhne und Steuern Waren in Deutschland profitabler als anderswo produzieren zu können.

3 Der Neoliberalismus und der Aufstieg der Rechten

Schwer erschüttert wurden die Weltwirtschaft und mit ihr der gesellschaftliche Wohlstand erst durch die Ölkrise der Jahre 1973/74. Die Folgen

Mütter der künftigen Generation.⁵ Der frühere KPD-Reichstagsabgeordnete Jakob Dautzenberg (1897–1979), an dessen Körper im KZ lebensgefährliche Experimente mit Pilzen durchgeführt worden waren, berichtete über die Nazi-»Kultur« in Bergen-Belsen und erklärte, nur die gemeinsame Erkenntnis der Schuld könne die Deutschen wieder aufwärts führen. Im Aufruf des Berliner Zentralkomitees der KPD vom Juni 1945 und im Aufruf des Berliner Zentralaussschusses der SPD im gleichen Monat spielte die Schuldfrage eine zentrale Rolle. Dort hieß es:⁶

Das deutsche Volk muss die Kosten der faschistischen Hochstapellei bezahlen! Ehrlose Hasardeure und wahnwitzige Machtpolitikaster haben den Namen des deutschen Volkes in der ganzen Welt geschändet und entehrt.

Für die KPD war die Schuldfrage besonders heikel, weil sie in den 1930er Jahren den Schutz der Sowjetunion vor Angriffen von außen, aus Deutschland, als ihre große Aufgabe angesehen hatte. Dann aber hatten die Kommunisten erleben müssen, wie Millionen von Deutschen, Millionen von deutschen Arbeitern, sich als Soldaten und als Waffenproduzenten in den Dienst des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion gestellt hatten – viele nur gezwungenermaßen, viele aber auch mit der Überzeugung, dass das richtig sei. Deshalb sprach die KPD-Führung damals am eindeutigsten von der »Mitschuld des deutschen Volkes am Krieg«. Die Mitschuld an der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden spielte damals eine Nebenrolle, da die Nazis versucht hatten, dieses Verbrechen geheim zu halten. Wie viele Deutsche in dieses Verbrechen verwickelt gewesen waren, war 1945 nur den wenigsten bekannt und bewusst.

Die Aachener Gewerkschaftsgründung war zu dem frühen Zeitpunkt ein historischer Sonderfall, bedingt durch den Zeitpunkt der Befreiung vom Faschismus. In Köln, Düsseldorf, So-

lingen, Duisburg und anderen rheinischen Industriestädten entstanden ab Mai 1945 stattdessen »Antifaschistische Ausschüsse«, meist aus alten Aktiven der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD bestehend, zuweilen auch unter Einbeziehung christlicher und liberaler Personen.⁷ Diese Ausschüsse nahmen sich vieler praktischer Alltagsfragen an, die zu organisieren waren; ein gemeinsamer Nenner war überall der Wunsch, diejenigen Kreise zu entmachten und aus allen Führungspositionen in Nachkriegsdeutschland auszuschließen, die im Naziregime Rang und Namen gehabt oder vom Krieg profitiert hatten.

Die Ziele der in den Städten aktiven deutschen Antifaschistinnen und Antifaschisten waren praktisch identisch mit den Zielen der 21 000 überlebenden politischen Häftlinge des KZ-Lagers Buchenwald, die am 19. April 1945 auf einer Totengedenkfeier in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache gemeinsam schwuren:

»Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht. Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden und ihren Angehörigen schuldig.«

Aus dem Schwur von Buchenwald ging die verkürzte Parole »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« hervor. Zugleich entsprachen diese Ziele weitgehend den Beschlüssen der Alliierten (Großbritannien, Sowjetunion und USA) zur Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dezentralisierung Deutschlands, die sich im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 auf Grundsätze der Behandlung des besiegten Deutschland einigten.

Allerdings blieb diese Position in Aachen, Köln und vielen anderen Städten Westdeutschlands

⁵ Dokumente und Materialien, S. 28

⁷ Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland. Hg. v. Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf u. Peter Brandt, Wuppertal 1976

praktisch in der Opposition. Regieren taten andere. In Aachen zum Beispiel installierte die amerikanische Militärregierung im November 1944 nach Rücksprache mit dem katholischen Bischof Johannes Joseph van der Velden (1891–1954) eine von Oberbürgermeister Franz Oppenhoff (1902–1945) geleitete Stadtregierung, die aus lauter konservativen und teilweise faschistischen Juristen, höheren Verwaltungsbeamten und Unternehmern bestand. Neben Oppenhoff waren das Karl Breuer, Heinrich Faust, Josef Hirtz, Hans Mies, Matthias Op de Hipt, Kurt Pfeiffer, Hans Schefer, Hans Schwippert u. a. Einige davon hatten Führungspositionen in den Aachener Rüstungsbetrieben Veltrup und Talbot innegehabt. Eine Dreierkommission des amerikanischen Geheimdienstes OSS unter Leitung von Saul K. Padover (1905–1982) untersuchte im Januar 1945 die Hintergründe und die antidemokratische Politik der Aachener Verwaltungsspitze.⁸ Die Ermordung Oppenhoffs durch ein faschistisches Terrorkommando im März 1945 ließ später die Erinnerung an diese Kritik in den Hintergrund treten; Oppenhoff wurde als Opfer eines Naziverbrechens postum unangreifbar.

Am 5. Februar 1946 trat die von der britischen Militärregierung ernannte Stadtvertretung zu ihrer ersten Sitzung zusammen.⁹ Gleich in der ersten Sitzung brachten SPD, KPD und FDGB eine gemeinsame Anfrage zu Nazi-Umtrieben an der Technischen Hochschule ein. Maria Pascher (KPD, 1884–1969) erklärte beim Vortrag der Anfrage, nach den Erkenntnissen der drei Arbeiterorganisationen nehme »der überwiegende Teil der Studentenschaft« eine »von Nazi-Ideologie und preußischem Militarismus zeugende Einstellung« ein. Das stehe »im schroffen Widerspruch zu der Auffassung des größten

Teils der Aachener Bevölkerung, die in einem demokratisch-antimilitaristischen Geiste unser Land wiederaufgebaut wissen möchte.«

Doch war diese Annahme über die Haltung »des größten Teils der Aachener Bevölkerung« richtig? Im Herbst 1946 fanden die ersten freien Kommunal- und Kreistagswahlen in Nordrhein-Westfalen statt. Das Wahlergebnis beförderte die konservative CDU landesweit zur Mehrheits- und Regierungspartei; eine bittere Pille für SPD und KPD. Die CDU erzielte bei den Gemeinderatswahlen am 15. 9. 1946 49,1 % der Stimmen, bei den Land- und Stadtkreiswahlen am 13. 10. 1946 46,0 % der Stimmen. Die SPD erzielte 30,2 bzw. 33,4 % der Stimmen, die KPD nur 6,7 bzw. 9,4 %. Die CDU hatte mehr Stimmen bekommen als SPD und KPD zusammen. Die Sitze wurden überwiegend nach dem Mehrheitswahlssystem verteilt, was die CDU als größte Partei stark begünstigte. In der Stadt Aachen erzielte die CDU sogar 61,3 % der Stimmen und 34 der 40 Sitze im Stadtrat; die SPD erzielte 23,7 % der Stimmen und 4 Sitze, die KPD 6,4 % der Stimmen und einen Sitz. Im Kreistag des Landkreises Aachen bekam die CDU 40, die SPD 6, die KPD 2 Sitze.¹⁰ Bei den letzten freien Wahlen 1932 hatte die KPD in Aachen rund 20 % der Stimmen bekommen. Schon im Wahlkampf hatten Max Reimann, Rudi Wascher und andere KPD-Politiker bemerkt, dass die KPD als Freundin der Sowjetunion wegen der vielen in der Sowjetunion zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen und wegen der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Schlesien, Ostpreußen und anderen Ostgebieten stark unter Druck geraten und sehr unpopulär geworden war. Reimann distanzierte sich deshalb am 20. September 1946 in Wuppertal vor tausend KPD-Delegierten sogar vorsichtig von den in der

dem Dezember 1946) und zur Zerschlagung des IG-Farben-Konzerns (September 1945).

Bis zum Beginn des Kalten Krieges im Jahr 1947 gingen die Alliierten bei der konkreten Umsetzung ihrer antifaschistischen Besatzungspolitik vor Ort auch deshalb auf überlebende oder aus dem Exil zurückgekehrte Kader der Arbeiterbewegung zu, weil gerade die gewerkschaftlichen Vorstellungen zur Neuordnung von Staat und Gesellschaft ebenfalls wirtschaftsdemokratisch und planwirtschaftlich grundiert waren und insofern zumindest in eine ähnliche Richtung wiesen wie die Potsdamer Beschlüsse. In ihrer nicht allein antifaschistisch-demokratischen, sondern zumindest teilweise sogar dezidiert sozialistischen Stoßrichtung gingen die gewerkschaftlichen Forderungen allerdings noch deutlich über die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens hinaus.

So bekannten sich bereits die auf der Aachener Gründungsversammlung des FDGB im März 1945 beschlossenen »13 Punkte« zum »Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus«, zur »Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung« sowie zu »Vertretungen der Gewerkschaften in allen Zweigen des öffentlichen Lebens«. Konkrete Vorstellungen für eine »wirtschaftsdemokratische« Neuordnung formulierte die Münchener Interzonenkonferenz der Gewerkschaften im Mai 1947: »Aufbau eines Systems geplanter und gelenkter Wirtschaft. Vergesellschaftung der für die Lenkung der Gesamtwirtschaft wichtigen Schlüsselindustrien, Kredit- und Versicherungsinstitute. Errichtung eines zentralen deutschen Amtes für Wirtschaftsplanung und -lenkung und Aufbau eines Systems von Organen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. In diesen Organen sowie bei der Kontrolle des zentralen Amtes müssen die Gewerkschaften in voller Gleichberechtigung vertreten sein.« Dass gemeinwirtschaftliche Neuordnungsvorstellungen wie diese keine Spezialität der Arbeiterorganisationen waren, zeigte sich nicht zuletzt am Ahlener Programm der CDU vom Februar 1947. An die Stelle des als überkommen

charakterisierten kapitalistischen Macht- und Gewinnstrebens sollte eine gemeinwirtschaftliche Wirtschafts- und Sozialverfassung treten, »die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.«

Niedergeschlagen hat sich solch parteiübergreifende Kapitalismuskritik nicht zuletzt in Länderverfassungen wie der hessischen vom Dezember 1946, deren sogar durch eine Volksabstimmung bestätigter Sozialisierungsartikel 41 die Überführung von Bergbau, Eisen- und Stahlerzeugung, Energiewirtschaft, Schienen- und Verkehrswesen in Gemeineigentum vorsah und von weiteren antimonopolistischen Verfassungsnormen ebenso flankiert wurde wie von einem Verbot der Aussperrung. Selbst in der westdeutschen Verfassung von 1949 finden sich mit den Bestimmungen des Artikels 14 zur Sozialverpflichtung des Eigentums und zur Zulässigkeit von gemeinwohlorientierten Enteignungen sowie zum Sozialstaatsgebot in Artikel 20 noch bemerkenswerte Instrumentarien für eine nichtkapitalistische Wirtschaftsordnung.

Die antikapitalistische Orientierung etlicher wirtschaftlicher Neuordnungskonzepte der unmittelbaren Nachkriegszeit reflektierte zum einen, dass maßgebliche Kapitalfraktionen wie etwa die Schwerindustrie die Errichtung der faschistischen Diktatur nicht nur aktiv befördert, sondern von der Zerschlagung der Arbeiterbewegung sowie von Aufrüstung, Zwangsarbeit und imperialistischem Raubkrieg auch massiv profitiert haben. Gewerkschaftliche Kapitalismuskritik zog aber auch den Schluss daraus, dass eine nur auf den im engeren Sinne politischen Bereich des Staates beschränkte Demokratie nicht in der Lage ist, die sozial ungleichen Effekte der Klassengesellschaft auf politische Entscheidungsprozesse auszugleichen. »Die Erfahrungen der Jahre 1918 bis 1933 haben gelehrt«, hieß es etwa noch im DGB-Programm von 1949, »dass die formale politische Demokratie nicht ausreicht, eine echte demokratische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen.

8 S. Padover, L. Gittler, P. Sweet: The Political Situation in Aachen. In: Propaganda in War and Crisis, ed. D. Lerner, New York 1951, S. 434–456. Deutsch unter dem Titel »40 Jahre CDU. Wie es begann. Der Padover-Bericht: Aachen 1944/45«. Aus dem Englischen übersetzt und mit Erklärungen versehen von Kurt Heiler, Jens Jürgen Korff, Michael Propers. Hg. v. Seniorat Geschichte in der Fachschaft 6/1 (RWTH Aachen); VVN – Bund der Antifaschisten, Aachen, Aachen 1985.

9 Stadtarchiv Aachen, Protokoll der Stadtvertretersitzung vom 5. 2. 1946; AN 8. 2. 1946; zur Zusammensetzung: AN 5. 2. 1946

10 AN 20. 9. und 15. 10. 1946; Prozentzahlen aus den dort angegebenen absoluten Zahlen errechnet.

4 Antifaschistische Konsequenzen aus dem Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Gewerkschaftliche Positionen 1945 und heute

Benjamin Hoven, Malte Meyer

Als Konsequenz aus den Erfahrungen mit Faschismus und Krieg haben die deutschen Gewerkschaften in der unmittelbaren Nachkriegszeit bemerkenswerte Vorschläge zur wirtschaftlichen Neuordnung unterbreitet. Auch wenn diese teilweise weitreichenden Konzeptionen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges nicht realisiert werden konnten, brachten bereits die fordistische Klassenkompromiss bis in die 1970er Jahre hinein auch für viele Arbeiter*innen und Angestellte erhebliche Wohlstandsgewinne mit sich. Die neoliberale Konterrevolution indes hat zahlreiche dieser temporären Errungenschaften kassiert und in den Metropolen des Kapitals für eine Wiederkehr von Erwerbslosigkeit, Armut und sozialer Unsicherheit gesorgt. Leider gelingt es der extremen Rechten seit dem Ende der Systemkonfrontation zwischen Ost und West zusehends besser, für die soziale Spaltung und den eben nicht nur gefühlten Verlust sozialer Sicherheiten »die Ausländer« und »das Ausland« verantwortlich zu machen. Vor dem Hintergrund von solcherlei Sozialdemagogie könnte nach Auffassung von **Benjamin Hoven** und **Malte Meyer** die Erinnerung an die Wechselbeziehungen und Zusammenhänge von Kapitalismus und Faschismus durchaus hilfreich sein.

1 Die Aussichten 1945 – Entmilitarisierung und Wirtschaftsdemokratie

Um einer »Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus« dauerhaft vorzu-

beugen, einigten sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs in ihrem Potsdamer Abkommen vom August 1945 auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik im Sinne der vier berühmten »Ds«: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung. Demnach sollten nicht nur sämtliche militärischen Einheiten und Verbände aufgelöst, alle Naziorganisationen verboten und die politischen Verhältnisse nach demokratischen Grundsätzen neu aufgebaut werden, das Abkommen sah darüber hinaus auch weitreichende wirtschaftspolitische Maßnahmen vor. Geplant war erstens eine »völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung«, zweitens eine durchgreifende Dezentralisierung der Wirtschaft durch die Zerschlagung von Trusts, Syndikaten, Kartellen und Monopolen sowie drittens die Entfernung aller NSDAP-Mitglieder aus den Leitungsebenen privater Unternehmen. Um die Grundversorgung der deutschen Bevölkerung ebenso zu gewährleisten wie alliierte Reparationsansprüche, einigten sich die Siegermächte viertens auf eine planwirtschaftliche Kontrolle des deutschen Wirtschaftslebens. Ganz auf dieser wirtschaftspolitischen Linie der Potsdamer Beschlüsse lagen die alliierten Kontrollratsgesetze zur paritätischen Besetzung von Arbeitsgerichten (März 1946) und zur Bildung von Betriebsräten (April 1946), aber auch die zum Verbot militärischer Bauten (ebenfalls vom März 1946) sowie zum Verbot der Herstellung von Kriegsmaterial (aus

Konferenz von Jalta 1944 festgelegten Ostgrenzen eines Nachkriegsdeutschland.¹¹ Doch auch die SPD hatte als traditionell antifaschistische Partei damit zu kämpfen, dass die CDU ein gutes Gefühl dafür entwickelt hatte, jene Mehrheit der Deutschen zu integrieren, die auf einen Sieg der Nazis im Kriege gehofft hatte, und diesen Menschen unangenehme Debatten um Schuld und Verantwortung der Deutschen vom Leibe zu halten. Die Kölner SPD bilanzierte zu Jahresende: »Das Jahr 1946 war das Jahr bitterster Enttäuschungen. Auch nicht bescheidenste Hoffnungen haben sich erfüllt.«¹²

3 1948/49: Die Teilung Deutschlands

Im Dezember 1949 stellte der Aachener Unternehmer Kurt Pfeiffer (1893–1987) sein **Konzept eines »Karlspreises der Stadt Aachen«** vor, der der »Einigung Europas« gewidmet sein sollte. In kurzer Zeit gewann er den Aachener Bürgermeister Albert Maas (CDU), den Oberstadtdirektor Albert Servais (CDU), Bürgermeister Ludwig Kuhn (SPD), den katholischen Bischof Johannes Joseph van der Velden, den Ingenieur und RWTH-Direktor Wilhelm Müller, die Hochschulprofessoren Peter Mennicken und Franz Krauß, die Unternehmer Hermann Heusch, Carel Nieuwenhuijsen, Jean Louis Schrader und Erasmus Schlapp für seinen Vorschlag und stellte Weihnachten 1949 das Konzept eines jährlich zu verleihenden Preises vor. In der Proklamation¹³ hieß es,

die Grenzstadt Aachen sei »durch furchtbare Erfahrungen bereichert, mehr als je bereit, für die abendländische Einigung und als unerläßliche Vorstufe dazu, für wirtschaftliche Einheit sich einzusetzen. Da die Fortschritte der Menschheit immer

von einzelnen genialen Persönlichkeiten ausgegangen sind, die sich trotz aller Widerstände ganz ihrer Idee hingegen haben, muß es nützlich und förderlich sein, auf diese Männer als Vorbilder hinzuweisen, zur Nachahmung und zur Verwirklichung ihrer Ideen aufzufordern.« Der nach dem Frankenkönig Karl dem Großen benannte Preis werde »jährlich an verdiente Persönlichkeiten verliehen, die den Gedanken der abendländischen Einigung in politischer, wirtschaftlicher und geistiger Beziehung gefördert haben«.

Erster Preisträger war 1950 der österreichische Philosoph und Pazifist Richard Coudenhove-Kalergi (1894–1972), der 1924 die Paneuropa-Union gegründet hatte, die sich vor allem für die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich einsetzte. Wie konservativ und zugleich pro-kapitalistisch der Karlspreis ausgerichtet war, lässt sich schon daran erkennen, dass von den 66 Preisträgerinnen¹⁴ und -trägern der Jahre 1950–2023 21 konservative und christdemokratische Politikerinnen und -tiker waren, darunter Konrad Adenauer, Karl Carstens, Winston Churchill, Alcide De Gasperi, Edward Heath, Henry Kissinger, Helmut Kohl, Joseph Luns, George C. Marshall, Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Antonio Segni und Leo Tindemans. Mit Luns, Marshall und Javier Solana waren Militärpolitiker gut vertreten. Gleichwohl präsentiert sich der Karlspreis seit 1949 als eine Institution des Friedens; freilich mit der Einschränkung auf ein »abendländisches« Friedensverständnis. Als Bundeskanzler Willy Brandt sich bemühte, Polen und die Sowjetunion in die europäische Friedensordnung mit einzubeziehen, kam er für einen Karlspreis der Stadt Aachen nicht in Frage. Als Bundeskanzler Helmut Schmidt Westdeutschland in die UNO und in die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) führte, war das dort ebenfalls kein Thema – denn diese Art

¹¹ Volksstimme 26. 9. 1946

¹² Zitiert nach Otto Dann: Die Anfänge der Sozialdemokratie in Köln nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Köln nach dem Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 167

¹³ karlspreis.de > Karlspreis > Entstehungsgeschichte > Proklamation von 1949 (gelesen Juli 2024)

¹⁴ Die erste Frau darunter war 1981 die französische Politikerin Simone Veil (1927–2017).

von Frieden und Zusammenarbeit ging über das hinaus, was die Ex-Nazis Pfeiffer, Servais und Mennicken unter »abendländisch« verstanden hatten. Es war der wahrscheinlich berühmteste Karlspreisträger der Geschichte, der britische Staatsmann Winston Churchill (1874–1964), der in seiner Preisrede 1956 den »abendländischen« Grundkonsens der Karlspreis-Clique erschütterte, als er – als letzter Überlebender der Anti-Hitler-Koalition von 1944 – in seiner Rede ausführlich auf die Potsdamer Konferenz von 1945 einging. Er sah nach dem Tod Josef Stalins 1953 ein »neues Russland« entstehen und empfahl, die Sowjetunion in die NATO aufzunehmen: »Wir müssen einsehen, wie tief und aufrichtig die russischen Befürchtungen wegen der Sicherung ihrer Heimat gegen eine Invasion von außen sind. In einer wahren Einheit Europas muss Russland eine Rolle erhalten.«¹⁵

Der Karlspreis ist eines der Beispiele dafür, wie Aachen und vor allem die Aachener Führungsschicht von der **Spaltung Deutschlands** und der Gründung eines separaten westdeutschen Staates 1949 profitierte. Die war vor allem das Werk des ehemaligen Zentrums politikers Konrad Adenauer (1876–1967), der 1917–1933 als Kölner Oberbürgermeister bekannt geworden war und von 1946 an unbestrittener Chef der CDU in der Britischen Zone war. Und schon 1948 hatte Adenauers Deutschlandpolitik eine militärische Komponente. Adenauer wurde September 1948 Präsident des Parlamentarischen Rates, der im Museum Koenig in Bonn über das Grundgesetz, also die Quasi-Verfassung einer Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen der drei westlichen Besatzungszonen, beriet. Ein Jahr später wählte ihn der im August 1949

gewählte erste westdeutsche Bundestag denkbar knapp mit 202 von 402 Stimmen zum Bundeskanzler.

1965 bekannte Adenauer sich in seinen Erinnerungen dazu, in seiner Deutschlandpolitik den Ost-West-Gegensatz bewusst zugespitzt zu haben, um ein remilitarisiertes Westdeutschland im Rahmen eines von den USA dominierten, gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnisses durchzusetzen.¹⁶ Das bedeutete damals faktisch die Spaltung Deutschlands in zwei getrennte, einander feindlich gegenüberstehende Staaten. Seit Gründung der Westeuropäischen Union im März 1948, dem Vorläufer der NATO, war Adenauer mit amerikanischen Militärs und Politikern wie John Foster Dulles im Gespräch, die deutsche Militärkontingente gegen die Sowjetunion in Stellung bringen wollten.¹⁷ Diese Gespräche wurden zunächst geheim gehalten, weil eine Rückkehr des Militärs in Deutschland äußerst unpopulär war. Adenauer jedoch sah 1950, wie er zehn Jahre später zugab, nur in einem bewaffneten Westdeutschland ein Deutschland, das die »Kraft« habe, von anderen Staaten gehört zu werden.¹⁸

Der Unternehmer und BDI-Präsident Fritz Berg ergänzte im November 1950 den kapitalistischen Aspekt dieser Politik: Laut Rhein-Neckar-Zeitung forderte er die »Gleichberechtigung« Deutschlands vor allem in Form der »Eigentumshoheit auf allen Gebieten«.¹⁹ Das zielte auf die von den Besatzungsmächten verfügbaren Maßnahmen gegen deutsche Konzerne, die zuvor die deutschen Waffen für den II. Weltkrieg produziert hatten. Wie eng Adenauer mit diesen Kreisen verbunden war, zeigt der

lung des »Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB)« in Aachen, ist nach wie vor gültig:

»Wir wollen nicht, dass unsere Nachkommen wieder in ein Völkerringen gestürzt werden.«

Die VVN-BdA ist verbunden mit vielen anderen Gruppen der Aachener Friedensbewegung. Mit dem Antikriegsbündnis-Aachen, der »Deutsche Friedensgruppe / Vereinigte Kriegsgegnerinnen

und Kriegsgegner (DFG/VK)«, dem »Aachener Aktionsbündnis gegen Atomwaffen rund um Aachen« und vielen anderen kämpfen wir für eine Umkehr von Kriegslogik in Friedenslogik. Wir kämpfen für eine Politik der Deeskalation und Entspannung. Abrüstung und Zusammenarbeit in einem europäischen Sicherheitssystem wie der OSZE soll das Verhältnis der Staaten untereinander bestimmen. Wir kämpfen weiterhin für eine Welt des Friedens und der Freiheit.

¹⁵ Wolfgang Kraushaar: Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie. 4 Bände, Hamburg 1996, S. 1379

¹⁶ Fritz Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD 1949–55. Frankfurt/Main 1971, S. 17

¹⁷ F. Krause, S. 19, 23–27. Dulles schrieb 1950 hoffnungsfroh, Deutschland könne »ein großer Trumpf in den Händen des Westens sein. Indem es Ostdeutschland in den Machtbereich des Westens zieht, kann es eine vorgeschobene strategische Position in Mitteleuropa gewinnen, welche die sowjetkommunistischen militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen Staaten unterminiert.« (War or Peace, New York 1950, dt. Wien 1950, S. 229)

¹⁸ So 1960 in einem Rückblick, nach F. Krause, S. 19

¹⁹ Zitiert nach F. Krause, S. 18

wäre, wenn wir wie die Schweiz völkerrechtlich neutralisiert würden.« Bernd Engelmann benennt die wichtigsten Parolen des Zeitgeistes direkt nach dem Ende des Nationalsozialismus: »Nie mehr Nazismus, nie mehr Diktatur, nie mehr Kapitalismus, nie mehr Ausbeutung, nie mehr Militarismus, so lauteten die Parolen, und die wichtigste hieß: Nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung, nie wieder deutsche Soldaten!«²¹

Wir können heute davon sprechen, dass mit der Remilitarisierung Westdeutschlands ab Beginn der 1950er Jahre ein Prozess permanenter Militarisierung und Herstellung von »Kriegstüchtigkeit« eingesetzt hat, der dem Vermächtnis der Überlebenden des antifaschistischen Widerstandes mit Füßen tritt. Unterbrochen wurde diese Entwicklung durch die Jahre der Entspannungspolitik ab den 1970er Jahren, in der eine neue Dialogbereitschaft mit dem (sozialistischen) Osten zu konkreten Abrüstungsschritten, Rüstungsabkommen und einem Mehr an Sicherheit geführt haben. Nach dem Ende des Sozialismus und der Eingliederung der DDR in das westdeutsche Staatsgebiet bestimmten wieder die Tendenzen zurück zu Aufrüstung und Krieg die außen- und sicherheitspolitische Agenda des Landes.

In einem Aufruf zu einer Friedensdemonstration am 3. Oktober 2024 in Berlin hieß es:²²

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese auch gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die deutsche Regierung rüstet auf wie nie zuvor. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Eine »neue« Wehrpflicht droht. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern und Pflege, Rente und Sozialleistungen, Bildung und

Kitas, Bahn und Nahverkehr. Globale Herausforderungen, die weltweit nur gemeinsam gelöst werden können, um den Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu erhalten, werden nicht in Angriff genommen. ... Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam. Es ist kurz vor 12! Widerstand und Protest – jetzt! Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehrt den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Der zitierte Satz zum Abschluss ist erschütternd: Wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind! Das bleibt festzuhalten, 80 Jahre danach sind wir zurück im Krieg. Es steht die Frage, befinden wir uns wieder in der Vorgeschichte eines großen Krieges.

Der Historiker Manfred Weißbecker ordnet unsere Zeit so ein:

*Das Ende des Krieges von 1914/18 hatte keine Gewähr geboten für ein tatsächliches Ende von Kriegswilligkeit und Vorbereitung neuer Kriege. Das Kriegsende von 1945 wie auch das Ende des sogenannten Kalten Krieges boten offensichtlich ebenfalls kein Aus für materielles und psychologisches Aufrüsten. Diesen Nachkriegszeiten folgte unsere jetzige Vorkriegszeit, in der Militärs, Politiker und Intellektuelle erneut den Einsatz von Atomwaffen für möglich halten, künstliche Intelligenz zu nutzen bereit sind und Grundlagen für eine neurologische Kriegsführung schaffen.*²³

Die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)« hält fest am Schwur von Buchenwald. »Nie wieder Krieg« bleibt unsere Losung. Diese Losung bleibt unser Ziel, um einen neuen Weltkrieg zu verhindern, der ziemlich sicher durch den Einsatz von Atomwaffen und Zerstörung des Klimas das Ende der Menschheit bedeuten würde.

Der Satz von Anna Braun-Sittarz, gesprochen am 18. März 1945 auf der Gründungsverstamm-

Umstand, dass sein engster wirtschaftspolitischer Berater, der Kölner Bankier Robert Pferdmenges (1880–1962), 1948–51 zugleich treuhänderisch den Flick-Konzern leitete, während Friedrich Flick als Kriegsverbrecher in amerikanischer Haft saß.²⁰ Der dritte Grund, der aus Sicht Adenauers und seiner Freunde für eine Spaltung Deutschlands sprach, war die Frage der Reparationen. Die Sowjetunion hatte 1945 im Potsdamer Abkommen durchgesetzt, dass sie Reparationsleistungen aus ganz Deutschland erhielt, vor allem aus dem hoch industrialisierten Ruhrgebiet, um für die unermesslichen Schäden, die deutsche Truppen an der sowjetischen Infrastruktur und Industrie angerichtet hatten, einen gewissen Ausgleich zu erhalten. Die Form dieser Reparationen waren Demontagen: der Abbau deutscher Maschinen und deutscher Eisenbahngleise, die in die Sowjetunion geschafft werden sollten, um dort beim Wiederaufbau zu helfen. Die Demontagen, die teilweise auch nach Großbritannien und Frankreich gingen, waren in der deutschen Arbeiterschaft äußerst unbeliebt. Bereits im Mai 1946 hatte General Lucius D. Clay als stellvertretender Gouverneur der amerikanischen Zone unter einem Vorwand Reparationslieferungen aus der US-Zone an die Sowjetunion gestoppt. Damit begann die Spaltung des deutschen Wirtschaftsgebiets.²¹ Leidtragende dieser Entwicklung war neben der Sowjetunion die Bevölkerung der Sowjetischen Zone und der späteren DDR, weil sie am Ende etwa gleich hohe wirtschaftliche Verluste erlitt wie die viel größere Bevölkerung der drei Westzonen. In der SBZ sank das Brutto-Anlagevermögen 1945–48 durch Demontagen von 123 % des Vorkriegsstandes (1936) auf 74,3 % des Vorkriegsstandes.

des.²²

Was wäre die Alternative zu dieser Entwicklung gewesen? Es war vor allem Stalin, der 1947 darauf drängte, die Einheit Deutschlands als eines demilitarisierten und denazifizierten Staates zu erhalten, mit dem die Alliierten des II. Weltkriegs einen Friedensvertrag hätten schließen können.²³ Doch einer solchen Perspektive widersetzten sich nicht nur die US-Regierung, sondern auch die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder und die westdeutschen Parteiführungen von CDU/CSU, SPD und Liberalen.²⁴ Ein Vorstoß des Berliner Bürgermeisters Ferdinand Friedensburg und des Soziologen Alfred Weber, die im November 1947 auf einer Zusammenkunft in Berlin-Wannsee einen Aufruf zur Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands verfassten, wurde von westdeutschen CDU- und SPD-Politikern massiv bekämpft, und zwar, wie amerikanische Beobachter feststellten, »aus Furcht, dass die radikalisierte Ostzone den Staatskörper der Westzonen infizieren könnte.«²⁵ Mit Radikalisierung waren ostzonale Maßnahmen wie die Bodenreform und die Enteignung von früheren Rüstungsbetrieben gemeint. Von Westen her lockte der Marshallplan, die von US-Außenminister George C. Marshall erstmals im Juni 1947 versprochene Wiederaufbauhilfe für eine am kapitalistischen Freihandel orientierte europäische Wirtschaft.

Im November 1947 initiierte die SED in der Ostzone auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht eine **Volkskongressbewegung**, die ein gesamtdeutsches Volksbegehren für die Bildung eines demokratischen deutschen Staates und für einen Friedensvertrag der Alliierten

²⁰ Wikipedia: Robert Pferdmenges (Stand Juli 2024)

²¹ Wolfgang Benz: Wie es zu Deutschlands Teilung kam. München 2018, S. 97. Nach Wikipedia: Potsdamer Konferenz (Stand Juli 2024)

²² André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR. Berlin 2007, S. 31f (mit eigener Berechnung der Prozentzahlen)

²³ Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994

²⁴ Rolf Badstübner: Vom »Reich« zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S. 327ff

²⁵ Zit. nach R. Badstübner, S. 330

²¹ Bernd Engelmann. Weissbuch Frieden. Köln 1982

²² <https://nie-wieder-krieg.org/>

²³ Manfred Weißbecker. Den Frieden im Mund. Junge Welt 31. 8. 2024

mit diesem Staat (»Einheit Deutschlands und gerechter Friede«) in die Wege leiten sollte.²⁶ Die Bewegung fand auch in der CDU und der Liberalen Partei (LDPD) der Ostzone starken Widerhall, denn viele empörten sich darüber, wie die Ostzone von den Westzonen abgekoppelt wurde. In den Westzonen beteiligte sich praktisch nur die KPD daran, und deren Unterschriftensammlungen wurden z. T. von den Besatzungsmächten verboten. Bis Juni 1948 wurden 14,8 Millionen Stimmen für das Volksbegehren gesammelt, davon nur 1,5 Millionen in den Westzonen.

4 1948/49: Die Menschenrechte

Ein positiver Aspekt der Entwicklung dieser Jahre war die Entstehung des Grundgesetzes mit seiner deutlichen Ausrichtung auf die Menschenwürde und seinem kräftig und eindeutig ausformulierten Grund- und Menschenrechtskatalog. Hier wirkte die furchtbare Erfahrung mit den unmenschlichen Naziverbrechen auf positive Weise nach. Zeitlich parallel entstand die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Dezember 1948 in Paris verabschiedete. Ihr Artikel 1 lautet:

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.

Einige der Artikel setzten erste Pflöcke gegen den damals in Afrika, Asien und Ozeanien noch weit verbreiteten Kolonialismus. So verbietet Artikel 2 ausdrücklich die Diskriminierung von Menschen, die in Kolonien leben:

Des Weiteren darf kein Unterschied gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebiets, dem eine Person angehört, gleichgültig ob dieses

unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder sonst in seiner Souveränität eingeschränkt ist.

Artikel 4 verbietet ausdrücklich die Sklaverei:

Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

Der Versuch der Nazis, im II. Weltkrieg riesige Länder zu unterjochen und deren Bevölkerung in die Sklaverei zu führen, vorübergehend verwirklicht durch Deportation und Zwangsarbeit, war der letzte, der sich auf zweideutiges Völker- und Kriegsrecht früherer Zeiten berufen konnte. Artikel 23 und 24 richten sich gegen sklaviereähnliche Praktiken, wie sie auf Plantagen oder in Textilfabriken üblich waren und leider noch sind:

(23.1) Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.

(23.2) Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(23.3) Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.

(23.4) Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

(24) Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit und insbesondere auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 13 und 14 sichern jedem Menschen Freizügigkeit, das Recht auf Auswanderung und das Asylrecht zu:

Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags stellen in einem Gutachten fest, ab welchem Punkt Waffenlieferungen an die Ukraine Deutschland zu einem Kriegsteilnehmer machen:

Erst wenn neben der Belieferung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen.¹⁹

Eskalations- und Kriegslogik wurde zur Leitlinie der Bundesregierung. Sie genehmigte die Lieferung schwerer Artillerie an die Ukraine. Geliefert wurden zunächst 14 "Panzerhaubitzen 2000[2033?], mit einer Reichweite von 30 bis 40 Kilometern. Hinzu kamen fünf Raketenwerfer des Typs Mars II mit einer Reichweite von bis zu 84 Kilometern. Ab Januar 2023 folgten Leopard-2-Kampfpanzer, im August 2023 Taurus-Marschflugkörper, die als bunkerbrechende Waffe eine reguläre Reichweite von mindestens 500 Kilometern haben. Und ab 31. Mai 2024 erlaubte die Bundesregierung den ukrainischen Streitkräften, Waffen aus Deutschland gegen Ziele in Russland einzusetzen.

Doch Kriegtüchtigkeit soll nicht nur militärisch hergestellt werden. Als mindestens genauso bedeutend muss der Prozess einer breiten Militarisierung der ganzen Gesellschaft betrachtet werden. Bundeswehrsoldaten in Uniform wurden stärker in das Alltagsbild integriert, seit sie in Uniform die Bundesbahn kostenlos nutzen dürfen. In NRW dürfen Jugendoffiziere der Bundeswehr im Rahmen von schulischen Veranstaltungen informieren, in Bayern soll die Entsendung der Werber für die Bundeswehr in Schulen gar gesetzlich vorgeschrieben werden.

Schließlich wird es spätestens ab 2027 zu erheblichen sozialen Verwerfungen kommen. Dann ist die Schuldenaufnahme »Sondervermögen«

für die Bundeswehr aufgebraucht und Zinszahlung und Tilgung beginnen, zudem wird der Anteil des Rüstungsausgaben am Bundeshaushalt massiv steigen, wenn das 2-Prozentziel erreicht werden soll.

»Wir werden zu Not auch einmal ohne Butter fertig werden, niemals aber ohne Kanonen.« So warb Goebbels 1936 für Aufrüstung. »Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.« Mit dem selben Metapher wirbt Clemens Fuest, der Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts ifo, in einem Artikel der Tagesschau²⁰ für Aufrüstung auf Kosten von Sozialleistungen.

8 2024: Fazit 80 Jahre nach Kriegsende

Vor achtzig Jahren, nach dem Zweiten Weltkrieg, war ein großer Teil der Deutschen antimilitaristisch eingestellt. Niemand wollte noch etwas mit Soldaten und Militär zu tun haben. Symptomatisch dafür ist ein berühmter Ausspruch des späteren Verteidigungsministers Franz-Josef Strauß (CSU), der im ersten Bundestagswahlkampf 1949 den später oft zitierten Satz sagte: »Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.« Auch der erste Bundespräsident Theodor Heuß betonte 1949, er sei »absolut gegen eine deutsche Wehrmacht, auch wenn die Alliierten sie vorschlagen sollten.« Und Konrad Adenauer hatte Ende 1946 gesagt: »Wir sind einverstanden, dass wir völlig abgerüstet werden, dass unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, dass wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden. Ja, ich will noch weitergehen: Ich glaube, dass die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden

19 Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konfliktteilnahme / Wissenschaftliche Dienste des Bundestages, März 2022

20 <https://www.tagesschau.de/inland/lindner-moratorium-100.html>. Zuletzt abgerufen 4. 9. 2024

26 R. Badstübner, S. 354–360

Die ständige Wiederholung, dass Deutschland *mehr Verantwortung übernehmen* müsse und *wir uns nicht wegducken* können, dass *ein Land unserer Größe* nicht einfach nur *zuschauen* könne, und deshalb Militäreinsätze im Ausland notwendig seien, hat Wirkung gezeigt: Inzwischen waren (und sind) Bundeswehrsoldaten mit größter Selbstverständlichkeit weltweit im Einsatz – vom Kosovo über Afghanistan bis Mali – und ihre Einsätze wurden immer wieder ohne große Debatten von einer großen Mehrheit im Bundestag abgesegnet. Ja, auch die damalige Bundesvorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock, zeigte sich bald offen für weitere, neue Auslandseinsätze. Der »Süddeutschen Zeitung« sagte sie Ende 2020, es sei an der Zeit, auf Vorschläge des französischen Präsidenten für eine souveräne europäische Verteidigungspolitik zu antworten: »Und das heißt, auch über Auslandseinsätze zu sprechen. Einfach wird das nicht. Aber wir dürfen uns nicht wegducken.«¹⁴

Nach dem Angriff Putins auf die Ukraine Ende Februar 2022 ist das Schlagwort »Verantwortung übernehmen« zum unstrittigen Terminus im politischen Diskurs geworden. Als typischer Beleg dafür mag eine Stelle aus einem Kommentar von Katrin Pribyl in den Aachener Nachrichten vom 1. März 2022 genügen, die positiv hervorhebt, dass nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine die EU dabei sei, sich von einem »mächtigen Wirtschaftsblock zu einer globalen Macht« zu entwickeln, und, wie sie dann weiter voller Begeisterung vermerkt, »alle Mitglieder leisten ihren Beitrag, übernehmen Verantwortung.«¹⁵ Auch die neue Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) forderte angesichts »der neuen sicherheitspolitischen Wirklichkeit« eine, wie es heißt »sicherheitspolitische Neuaufstellung« und verlangt von Deutschland mehr »Verantwortungsübernahme« in der NATO.¹⁶

Gemeint ist damit natürlich militärisches Eingreifen, Aufrüstung und das Liefern von Waffen an die Ukraine.

7 2022: Ukrainekrieg

Der russische Überfall auf die Ukraine markiert einen vorläufig letzten Wendepunkt in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Krieg hätte schon nach wenigen Wochen beendet werden können, hätten die westlichen Unterstützterstaaten der Ukraine dies gewollt. Moskau und Kiew waren nach Kriegsbeginn im Grunde zu Verhandlungslösung bereit, die NATO hingegen trug zur Eskalation bei. Das erläuterten z. B. der Politikwissenschaftler Hans-Joachim Funke sowie der Luftwaffen-General a. D. Harald Kujat.¹⁷

Der Ukraine-Krieg und seine Ursachen sind nicht Thema dieser Ausarbeitung. Als Einstimmung zu diesem Thema sei auf den Aufsatz »Wer hat den Ukrainekrieg verursacht?«¹⁸ von John J. Mearsheimer verwiesen. Der Autor ist ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler an der University of Chicago und in den USA einer breiten Öffentlichkeit bekannt.

In zweierlei Hinsicht machte die deutsche Politik den Krieg zu einem Wendepunkt. Erstens wurde er zur Ankurbelung einer nahezu ungezügelten Hochrüstung genutzt, in dessen Folge der deutsche Waffenproduzent Rheinmetall zu einem in der Weltspitze agierenden Rüstungsproduzenten aufsteigen konnte. Deutschland soll künftig mindestens 2 % des Bruttoinlandproduktes für Kriegsausgaben ausgeben. Und alle Beschränkungen für Waffenlieferungen, insbesondere in Gebiete, in denen Krieg stattfindet, wurden praktisch aufgehoben.

(13.1) *Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.*

(13.2) *Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.*

(14.1) *Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.*

(14.2) *Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.*

Inwieweit die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verbindliches internationales Recht ist, ist umstritten. In der Aachener Karlspreis-Proklamation fehlt eine Bezugnahme auf die Menschenrechte, was uns in Anbetracht der historischen Rolle des Namenspatrons sowie der Nazivergangenheit einiger Initiatoren nicht verwundert.

5 1950–53: Nie wieder Barras²⁷! Gegen die Wiederbewaffnung

Am 13. Januar 1952 veranstalteten evangelische und katholische Frauen in der Frankfurter Paulskirche den ersten »Hessischen Frauenfriedenstag«. Die Paulskirche war das Symbol der demokratischen deutschen Revolution von 1848. Unter den Rednerinnen war die Aachener Katholikin Maria Deku (1901–1983), die aus Düsseldorf stammte und 1943–48 in Oberbayern gelebt hatte, dort Landtagsabgeordnete der

CSU gewesen war.²⁸ Unter dem Motto »Frauen und Mütter dürfen nicht schweigen« wandten sich die Frauen dagegen, dass in Deutschland sieben Jahre nach dem Ende des verbrecherischsten aller Kriege wieder ein Militär entstand.²⁹ Die Bonner Professorin Klara-Marie Faßbinder sprach, ebenso wie Erica Küppers (Frankfurt), Maria Häffner (Gelnhausen) und Maria Deku (Aachen). Sie forderten die deutschen Frauen zur Zivilcourage und zur Wachsamkeit auf. Der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller (1892–1984) verteidigte das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Der Staat dürfe nicht Herr über das Gewissen werden. Die mehreren hundert Teilnehmerinnen schlossen sich einem von der Dortmunder Zentrumspolitikerin Helene Wessel (1898–1966) und dem ehemaligen Bundesinnenminister Gustav Heinemann (1899–1976) unterzeichneten Aufruf »gegen eine westdeutsche Aufrüstung und für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands« an, der als Petition an den Bonner Bundestag ging.

Seit dem Koreakrieg 1950 hatte Adenauer seine Politik der **Remilitarisierung Westdeutschlands** im Rahmen einer sog. **Europa-Armee** immer offener verfolgt. Bei der Kabinettsitzung am 31. August 1950 hatte er seinem Kabinett mitgeteilt, er habe mit dem US-amerikanischen Hochkommissar John Jay McCloy und anderen Amerikanern Geheimverhandlungen über den Aufbau einer Bundespolizei und einen deutschen Wehrbeitrag in einer Europäischen Armee geführt und dabei McCloy »einen Beitrag in Form eines deutschen Kontingents« angeboten. Aus Protest gegen diese Pläne war Bundesinnenminister Gustav Heinemann zurückgetreten, Jurist, ehemaliger Rechtsberater der »Bekennenden Kirche« und 1947–55 Präses der gesamtdeutschen Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD). Heinemann erklärte seine Gründe

¹⁴ Aachener Nachrichten vom 1. 12. 2020

¹⁵ Aachener Nachrichten vom 1. 3. 2022

¹⁶ junge Welt 19./20. März 2022

¹⁷ Hans-Joachim Funke, Harald Kujat. Wie ein früher Frieden im Ukraine-Krieg scheiterte. *Telepolis* 10. 11. 2023

¹⁸ Overton vom 15. 8. 2024, overton-magazin.de/hintergrund/politik/wer-hat-den-ukraine-krieg-verursacht/

²⁷ Barras war ein damals verbreiteter umgangssprachlicher Ausdruck für Militärdienst und Soldatenschinderei.

²⁸ Wikipedia: Maria Deku (Stand Juli 2024)

²⁹ Wolfgang Kraushaar: Die Protest-Chronik 1949–1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie. Hamburg 1996, S. 545

³⁰ Wikipedia: Gustav Heinemann (Stand Juli 2024)

im Oktober 1950 so:³⁰

Was für Rußland ... und für die Westmächte ... immerhin noch Chancen des Gewinnens oder doch des Überlebens in sich schließt, ist für uns in jedem Falle der Tod, weil Deutschland das Schlachtfeld ist. [...] wir legitimieren unser Deutschland selbst als Schlachtfeld, wenn wir uns in die Aufrüstung einbeziehen. [...] Es kommt darauf an, daß die Chance für eine friedliche Lösung nicht verloren geht. Unsere Beteiligung an der Aufrüstung würde das Aufkommen einer solchen Chance kaum mehr offen lassen. [...] Wir können noch nicht von einem gefestigten demokratischen Staatsbewußtsein sprechen. Es wird deshalb nicht abzuwenden sein, daß die antidemokratischen Neigungen gestärkt und die Remilitarisierung die Renazifizierung nach sich ziehen wird.

Heinemann gründete November 1951 gemeinsam mit Hans Bodensteiner, Hermann Etzel, Diether Posser, Helene Wessel und anderen Freunden die »Notgemeinschaft für den Frieden«. Der Name spielte auf den »Pfarrernotbund« an, den 1933 gegründeten Vorläufer der »Bekennenden Kirche«. Ein Jahr später ging daraus die **Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP)** hervor, in der sich auch Carl Amery, Thea Arnold, Erhard Eppler und Johannes Rau engagierten. Die Militärfraktion der CDU trat aggressiv auf, wie folgende Episode zeigt: Am 10. März 1952 bot Josef Stalin den Westmächten in einer diplomatischen Note die **Wiedervereinigung Deutschlands auf Grundlage freier Wahlen und militärischer Neutralität** an. Die DDR stand damit zur Disposition. Am 13. März hielt Gustav Heinemann in West-Berlin eine Saalrede vor tausenden Zuhörern zur Frage der Wiederbewaffnung und der Neutralität. Er forderte, das Angebot Stalins ernsthaft zu prüfen. Die West-Berliner CDU hatte mit Plakaten zu Protesten gegen den ungehorsamen Heinemann aufgerufen, und im Saal waren zahlreiche angeworbene Störer aktiv, die minutenlange Pfeifkonzerte inszenierten, um Heinemann

am Reden zu hindern. Auf den Zwischenruf »Von Moskau bezahlt!« reagierte Heinemann mit dem Hinweis, dass man ja Eintritt bezahlt habe, um ihn zu hören. Man wolle sicher nicht, dass Ostberliner Zeitungen berichten könnten, dass man in Westberlin nicht mehr frei reden könne. Es gebe nicht nur östliche fünfte Kolonnen. Die beschämende Ansprache brachte die meisten Störer zum Schweigen; Heinemann konnte seine Rede in Ruhe beenden.³¹

Adenauer, Dulles und McCloy hatten zwei Probleme: Adenauer setzte mit seinem Kurs auf ein neues deutsches Militär seinen Rückhalt in der Wählerschaft aufs Spiel, denn der Gedanke, dass deutsche Männer wieder auf Kommando stramm stehen oder durch den Schlamm robben sollten, war äußerst unpopulär, vor allem bei jenen jungen Männern, die potenziell von einer Wehrpflicht betroffen waren. Die spontane Abneigung gegen solche Pläne kulminierte 1950 in der **Parole »Ohne mich!«**, die unorganisiert von vielen Betroffenen an Wände und Masten geklebt wurde.

Das zweite Problem bestand darin, dass nicht nur in der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Griechenland, sondern auch in Frankreich, Belgien, den Niederlande und Italien die Erinnerung an deutsche Stiefel, die sie wenige Jahre zuvor geknechtet hatten, sehr lebendig, das Misstrauen gegenüber deutschen Soldaten groß war. Auch deshalb sah Adenauer sich gezwungen, seine Pläne lange geheim zu halten und nur in kleinen Portionen zu verkünden. Nein, nein, es gehe um kein deutsches Militär; nur um einen deutschen Beitrag zu einer Europa-Armee! Das war schließlich die Formel, auf die man sich 1952 mit der französischen Regierung Plevin einigen konnte: eine **»Europäische Verteidigungsgemeinschaft« (EVG)** mit einer von Frankreich, Italien, den Benelux-Staaten und Westdeutschland gestellten gemeinsamen Armee. Im Mai 1952 unterzeichneten die Außenminister in Paris den

zu werben. Diese Rede Gaucks war ein wichtiger Wendepunkt, sie gab den Startschuss »für eine Vielzahl ähnlicher Äußerungen, ja für eine Art PR-Kampagne mit dem Ziel, eine möglichst breite Zustimmung in der Bevölkerung für eine aggressivere deutsche Weltpolitik zu gewinnen«, wie der Journalist Jörg Kronauer resümiert.

Die Grundlage dafür war eine Broschüre mit dem Titel **»Neue Macht – Neue Verantwortung«**, das die regierungsnah »Stiftung Wissenschaft und Politik« (SWP) und der Thinktank »German Marshall Fund« im Herbst 2012 gemeinsam erstellt hatten, wohlwollend begleitet vom Auswärtigen Amt. Die Erwartungen an Deutschland seien gestiegen, hieß es erläuternd zu dem Projekt, viele Nachbarn und Partner wünschten sich mehr Führung und Gestaltung von Berlin in Fragen der europäischen und weltweiten Politik. (Kronauer S. 18). Im Oktober 2013, kurz nach der Bundestagswahl, wurde das Papier **»Neue Macht. Neue Verantwortung«** vorgestellt. Darin heißt es, dass Deutschland **»noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute«** gewesen sei, Deutschland habe **»mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm«**, doch Deutschland habe diese Macht bisher kaum genutzt: **»Noch ist Deutschland eine Gestaltungsmacht im Wartestand.«** Das müsse sich jetzt ändern, denn Deutschland mit seiner stark exportorientierten Wirtschaft müsse ein außerordentlich starkes Interesse am freien Welthandel und der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen, vom Westen geprägten Ordnung der Welt haben, dies sei **»das überragende strategische Ziel Deutschlands,«** und um dieses zu erreichen, müsse Berlin sich mit **»Herausforderern«** wie Russland und China und **»Störern«** wie Iran oder Nordkorea auseinandersetzen. Das Strategiepapier forderte: **»Deutschland wird künftig öfter und entschiedener führen müssen.«** (Kronauer S. 19) Aus der gestiegenen Macht Deutschlands leite sich auch ein **»Zuwachs an Aufgaben und Ver-**

antwortung« ab.¹² Dieses Strategiepapier wurde in der Folgezeit breit propagiert. Die Rede Gaucks am 3. Oktober 2013 hat dann stark zur Verbreitung der dort vertretenen Ansichten beigetragen.

Deutschland hätte es in der Tat gut zu Gesicht gestanden, mehr Verantwortung zu übernehmen. Auf allen Feldern politischen Handelns, in denen ein besseres und würdevolles Leben der Menschen im Mittelpunkt steht, bestand und besteht Handlungsbedarf. Ohne entschiedenen verantwortungsvolles Handeln droht unser Planet in der Klimakrise unterzugehen, ohne eine menschenrechts-orientierte Asylpolitik hält das Sterben in Wüsten und im Mittelmeer unvermindert an, und die Gefahr einer nuklearen Vernichtung der Menschheit wird erhöht, wenn Deutschland nicht Verantwortung übernimmt und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag der UNO ablehnt.

Doch die von der Bundesregierung und den meisten Medien pausenlos eingeforderte Verantwortungsübernahme Deutschland bezieht sich immer nur auf Krieg, Hochrüstung und Waffenlieferungen.

Immer wieder wurde in den Jahren nach 2013 für Auslandseinsätze der Bundeswehr geworben, so beispielsweise von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) am 27. 1. 2020 im Nachgang zu Gedenkveranstaltungen zum 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz für Auslandseinsätze der Bundeswehr: **»Wir können nicht alles den Franzosen und den Amerikanern überlassen.«** Die Lehren aus Auschwitz dürften kein Argument sein, dauerhaft **»kein Engagement zu übernehmen.«** Denn **»wir können uns nicht wegducken. Wenn Europa eine stärkere Rolle spielen soll, dann müssen wir unseren Beitrag leisten. Ich bin da ganz bei [Verteidigungsministerin] Annegret Kramp-Karrenbauer«**, die dafür wirbt, dass wir mehr Verantwortung übernehmen.¹³

³¹ Werner Koch: Bezahlte Rowdys, gekaufte Gewalt. In: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt Nr. 27, 6. Juli 1986. Nach Wikipedia: Gustav Heinemann (Stand Juli 2024)

¹² Werner Ruf: Vom Underdog zum Global Player. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Köln 2020. S. 71

¹³ Michael Lüders: Die scheinheilige Supermacht. S. 102

2022 erklärte »Zeitenwende« eingeläutet wurde. Deutschland beteiligte sich im Rahmen der NATO an einem Angriffskrieg gegen ein anderes Land, noch dazu gegen ein Land, das im 20. Jahrhundert bereits zweimal Opfer deutscher Aggression geworden war. Im Verlauf des Krieges bombardierte die NATO gezielt Brücken, Schulen, Krankenhäuser, Einrichtungen der Strom- und Wasserversorgung, den staatlichen Fernsehsender und andere zivile Einrichtungen. Viele Zivilisten wurden Opfer dieser Angriffe, worüber in den deutschen Medien kaum berichtet worden ist.

6 2014: »Neue Macht – Neue Verantwortung«

Schon 1991 war ein Streit darüber losgegangen, deutsche Soldaten in Kampfeinsätze im Ausland entsenden zu können. Im Mai 1993 erscheint eine Schrift des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit dem Titel »Deutschland: Die neue Verantwortung«, die, wie Martin Wengeler vermerkt, »schon durch die Bilder auf der Titelseite (Militärhubschrauber, UN-Lastwagen, deutsche Soldaten in Kambodscha) eindeutig macht, zu welchem Zweck der Ausdruck Verantwortung hier gebraucht wird«. Der positiv besetzte Begriff »Verantwortung« wurde zu einer Parole für Aufrüstung und Kriegseinsätze.

1994 veröffentlichte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) eine Schrift mit dem Titel »Deutschlands Verantwortung. Perspektiven für das neue Europa.« Darin forderte der Verteidigungsminister: »Der Aufbruch zu Neuem braucht Mut zur Verantwortung. Die deutsche Geschichte darf nicht als Alibi für Handlungs- und Politikverzicht missbraucht werden, sie begründet dagegen mehr als bei anderen

den Mut zur Verantwortung, den Willen zur Solidarität, die Fähigkeit zur Gemeinsamkeit und zum Handeln.« (S. 145). Rühe fordert *Mut zur Verantwortung* – und denunziert die Rücksichtnahme auf die Verbrechen der deutschen Geschichte, auf Holocaust und den verbrecherischen Krieg der Nazis, die Hintergrund der Beschränkungen des Grundgesetzes waren, als *Alibi für Handlungs- und Politikverzicht*.

Diese Haltung fand 1998 mit der rot-grünen Bundesregierung ihre Fortsetzung: Der neue sozialdemokratische Kanzler Gerhard Schröder proklamierte für Deutschland das »Selbstbewusstsein einer erwachsen gewordenen Nation«. Kurz danach beteiligte sich Deutschland im Kosovokrieg erstmals an einer Militäraktion der NATO.

In einem von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Band über »Weltpolitik im neuen Jahrhundert« wird im Jahr 2000 zufrieden festgestellt, dass Deutschland mit »der Teilnahme der Bundeswehr am erfolgreichen Kampfeinsatz im Kosovo« den ethnischen Säuberungen ein Ende gemacht, »dieser gewachsenen Verantwortung gerecht geworden« sei.¹⁰

Einen neuen Schub erhielt die militaristisch gewendete Parole einer Übernahme von *Verantwortung* in den Jahren 2012 bis 2014: Am 3. Oktober 2013 hält Bundespräsident Joachim Gauck eine Festrede. In dieser Rede beschäftigt sich Gauck auch mit Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt: »Es stellt sich tatsächlich die Frage, entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes? Deutschland ist bevölkerungsreich, in der Mitte des Kontinents gelegen und die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt ... Nimmt Deutschland seine Verantwortung ausreichend wahr?«¹¹ Das alles sind natürlich rhetorische Fragen. Anliegen Gaucks war es, für eine offensivere Weltpolitik Deutschlands

EVG-Vertrag und zugleich einen »Deutschlandvertrag« (auch »Generalvertrag« genannt), der die BRD aus den Besatzungsstatuten entlassen und ihr die volle Souveränität geben sollte. Stalin reagierte umgehend mit dem erwähnten Angebot, auf der Grundlage freier Wahlen einen militärisch neutralen deutschen Gesamtstaat zu bilden, mit dem die Alliierten einen Friedensvertrag schließen sollten. Obwohl die verhasste DDR damit zur Disposition stand, lehnten Westmächte und Bundesregierung es umgehend ab, darüber zu verhandeln.

Schon im Vorjahr hatte es eine Welle von Protesten gegen eine mögliche Remilitarisierung gegeben. Ausgehend von einem Aufruf, den der kommunistische Gewerkschafter Willi Agatz (1904–1957), der Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, der rheinische CDU-Politiker Wilhelm Elfes (1884–1969), der Generalmajor a. D. Karl Hentschel u. a. im Januar 1951 in Essen aufgesetzt hatten, entstand eine Bewegung für ein **Volksbegehren gegen die Remilitarisierung**.³² Die Regierung Adenauer verbot im April 1951 per Erlass das angeblich verfassungswidrige Volksbegehren und strengte ein langwieriges Ermittlungsverfahren gegen Elfes wegen »staatsfeindlicher Umtriebe« an.³³ Das Volksbegehren wurde trotzdem in vielen Städten und Betrieben durchgeführt, auch in Aachen, wo 94,2 % der befragten Personen die Frage bejahten: »Sind Sie gegen eine Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrags mit Deutschland im Jahre 1951?«³⁴ Besonders die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die damals auch in Westdeutschland existierte, machte sich für die Volksbefragung stark – mit der Folge, dass die Bundesregierung die FDJ in Westdeutschland im Juni 1951 per Erlass verbot, weil sie und speziell die Volksbefragung sich angeblich »gegen die verfassungsmäßige Ord-

nung« richte. Zwar wurde das Verbot erst im Juli 1954 durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts rechtskräftig, aber die Landespolizeien zerschlugen die FDJ sofort, ohne Rechtsgrundlage auf Befehl Adenauers. Der gleiche Verbotserlass traf auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die in Hamburg, Rheinland-Pfalz und anderen Ländern zeitweise verboten war.³⁵

Gegen den Generalvertrag und die damit verbundene westdeutsche Wiederbewaffnung entstand 1952 erneut eine breite Protestbewegung. Zeitgleich löste der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf für ein **Betriebsverfassungsgesetz** heftige Proteste der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften aus, da er die Mitbestimmung der Betriebsräte auf soziale und Personalfragen beschränken und alle Sozialisierungspläne begraben sollte. Die beiden Themen wurden in den gleichen Demonstrationen problematisiert. Am 23. Mai 1952 demonstrierten in Aachen 30 000 Menschen gegen den Generalvertrag und das Betriebsverfassungsgesetz, Tausende legten die Arbeit nieder. Herbert von Pastor, Vertreter des Unternehmerverbandes, hatte zuvor alle Betriebsleitungen in Aachen aufgefordert, Streikenden mit Entlassung zu drohen. Am nächsten Tag fand in den Dortmunder Westfalenhallen eine Großkundgebung mit 80 000 Teilnehmern statt. Dort distanzierte sich der DGB-Landesvorsitzende Werner Hansen von KPD-Aktionen zum Thema Generalvertrag.³⁶ Weitere Großkundgebungen gab es in Bielefeld, Bochum, Braunschweig, Bremen, Duisburg, Düsseldorf, Gelsenkirchen, Frankfurt (100.000), Hagen, Hamburg (150.000), Hannover, Kassel, Kiel, Köln, Lübeck, Ludwigshafen, Mannheim, Minden, Nürnberg, München (120.000), Osnabrück, Reutlingen, Wuppertal und anderen Städten,

32 F. Krause, S. 44f

33 Wikipedia: Wilhelm Elfes (Stand Juli 2024)

34 F. Krause, S. 72. Die Frage wird auf S. 44 zitiert.

35 Wikipedia: Freie Deutsche Jugend (Stand Juli 2024)

36 W. Kraushaar: Die Protest-Chronik, S. 614

37 W. Kraushaar, S. 2##

9 Martin Wengeler: Vom Wehrbeitrag bis zu Friedensmissionen. In: Georg Stötzel und Martin Wengeler, Hg.: Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. S. 157 Anm.

91

10 Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz, Hrsg.: Weltpolitik im neuen Jahrhundert. Bonn 2000. S. 602

11 Jörg Kronauer: Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen. Köln 2015. S. 10

dazu kamen zahlreiche Warnstreiks und ein bundesweiter Druckerstreik.³⁷ Dieser wurde im August vom Arbeitsgericht Köln für illegal erklärt. Das Betriebsverfassungsgesetz trat mit kleinen Änderungen im Oktober 1952 in Kraft. Es verbot den Betriebsräten jede »allgemeinpolitische« Stellungnahme, z. B. Proteste gegen die Umtriebe von Faschisten.³⁸

An den westdeutschen Militärplanungen waren schon im Oktober 1950 etliche ehemalige **Offiziere der Nazi-Wehrmacht** beteiligt. Diese drängten darauf, dass zunächst die Kriegsverbrecher in ihren Reihen straflos gestellt werden müssten. Die Westmächte, vor allem die US-Regierung, kamen dem eilends nach, rehabilitierten die Wehrmachts-Offiziere pauschal und ließen ab Dezember 1949 zahlreiche Kriegsverbrecher aus der Haft frei.³⁹ Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und der damit verbundene »Deutschlandvertrag« (»Generalvertrag«) allerdings scheiterten im August 1954 in der französischen Nationalversammlung, die sich mehrheitlich weigerte, die Verträge zu ratifizieren. Dabei spielte die Angst vor einem wieder erstarkenden deutschen Militarismus eine Rolle. Zudem war inzwischen durch den Tod Stalins und das Ende des Koreakrieges (beides 1953) eine entspanntere internationale Lage entstanden.

Die weit verbreitete Empörung über Adenauers Wiederbewaffnungspläne wirkte sich nur relativ geringfügig auf die **Wahlergebnisse der BRD** aus. 1950/51 erzielte die SPD, die im Wahlkampf gegen die Wiederbewaffnung aufgetreten war, bei den Landtagswahlen in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bremen deutliche Gewinne.⁴⁰ Obwohl ihre Führungsspitze um Kurt Schumacher, Fritz Erler und Waldemar von Knoeringen eine unklare Haltung einnahm⁴¹

und z. B. mit Parteiausschlüssen gegen Sozialdemokraten vorgeing, die sich an der Volksbefragung beteiligt hatten, galten SPD und DGB als Gegner einer Remilitarisierung. Bei der Bundestagswahl im September 1953 allerdings gewann die CDU/CSU gegenüber 1949 14,2 Prozentpunkte hinzu und kam auf 45,2 %; die SPD verlor 0,4 Punkte und kam auf 28,8 %. Das war ein klarer Wahlsieg Adenauers. Die beiden Parteien, die die Opposition gegen die Wiederbewaffnung am stärksten verkörperten, scheiterten an der 5-Prozent-Hürde: Die KPD verlor 3,5 Punkte und kam auf mickrige 2,2 %; Heinemanns Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) erzielte nur 1,2 % der Stimmen und verschwand danach von der Bühne; Heinemann, Eppler, Posser und Rauschlossen sich der SPD an und machten dort Karriere. Zu diesem für die Friedensbewegung bitteren Wahlergebnis hatte paradoxerweise beigetragen, dass die weltpolitische Entspannung des Jahres 1953 das Thema Wiederbewaffnung hatte in den Hintergrund treten lassen. Im Vordergrund stand nun das »Wirtschaftswunder«, die weit verbreitete Hoffnung auf Wohlstand und Aufstieg. Dazu kam eine infame und systematisch angelegte antikommunistische, antisozialistische und antirussische Propaganda der CDU/CSU, die sich nicht scheute, sich aus Goebbels' bewährtem Arsenal zu bedienen. Ein Beispiel dafür ist das berühmte Plakat »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau« mit der rassistisch angelegten Fratze eines mongolisch anmutenden Sowjetsoldaten im Hintergrund. Motive wie diese wiegen alle, die vom Naziregime profitiert hatten, in der Sicherheit, wieder auf der Seite der Gewinner zu stehen.

3 1992: Kurs der Bundeswehr auf Kampf um Rohstoffe

Nach Ende des Zweiten Golfkriegs beteiligte sich die Bundesrepublik Deutschland mit einzelnen Inspektoren sowie drei Hubschraubern und zwei Flugzeugen der Bundeswehr samt Personal an der Sonderkommission der Vereinten Nationen (UNSCOM) im Irak. Es handelte sich dabei um den ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr, gedeckt als eine Maßnahme der Vereinten Nationen. Nach der personellen Nichtbeteiligung am Zweiten Golfkrieg erhofften sich das Auswärtige Amt und das Bundesministerium der Verteidigung hierdurch, Widerstände in der Bevölkerung gegen Bundeswehr-Auslandseinsätze zu überwinden.

Bereits zwei Jahre nach dem Ende der DDR erließ Verteidigungsminister Volker Rühe dann Ende 1992 die »Verteidigungspolitischen Richtlinien«. Darin hieß es, Sicherheitspolitik müsse unter den neuen Verhältnissen »risiko- und chancenorientiert angelegt sein«, sie lasse sich »weder inhaltlich noch geografisch eingrenzen«⁸, müsse lediglich deutschen Interessen entsprechen wie das Streben nach Erlangung von Rohstoffen und Sicherung der Handelswege.

Das Antikriegserbe von 1944/45 war endgültig ausgeschlagen.

4 1994: Auslandseinsätze der Bundeswehr gebilligt

Am 12. Juli 1994 billigte das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze, obwohl das Grundgesetz in Art. 87a besagt, dass der Bund Streitkräfte nur zur Verteidigung aufstellen darf. SPD und FDP hatten eine Organklage eingereicht, nachdem 1992 deutsche Soldaten an NATO-Überwachungsflügen über Bosnien-Herzegowina und weiteren Auslandseinsätzen

beteiligt waren. In einem »System gegenseitiger kollektiver Sicherheit« dürfe die Bundeswehr durchaus agieren, also auch an NATO-Einsätzen teilnehmen.

5 1999: Zeitenwende Jugoslawienkrieg

Deutscher Soldaten waren an dem völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Rahmen der »Operation Allied Force« vom 24. März bis 10. Juni 1999 beteiligt. Die »Büchse der Pandora« für Angriffskriege und zur Ziehung neuer Grenzen war in Europa geöffnet und sollte später als Blaupause für den russischen Einmarsch in die Ukraine dienen.

Bei dem Bundeswehreinsatz gegen Jugoslawien flogen Luftwaffen-Piloten über 400 Kampfeinsätze und feuerten dabei über 200 Raketen des Typs AGM-88 HARM auf jugoslawisches Gebiet ab.

Weder die UN-Charta noch der NATO-Vertrag, der seine Mitglieder ausdrücklich zur Beachtung der UN-Charta und auf das geltende Völkerrecht verpflichtet, legitimierten einen solchen völkerrechtswidrigen Angriff. Im Rückblick erklärte selbst Altbundeskanzler Gerhard Schröder, dass der Bundeswehr-Einsatz gegen Jugoslawien völkerrechtswidrig war. Bei einem Gespräch im Rahmen der sogenannten »ZEIT Matinee« hatte er am 9. März 2014 erklärt:

»Ich habe (...) gegen das Völkerrecht verstoßen. Wir haben unsere Tornados nach Serbien geschickt, und die haben zusammen mit der NATO einen souveränen Staat gebombt, ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.«

Wir sehen die Beteiligung Deutschlands am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999 auch als die eigentliche »Zeitenwende« an, mit der die von Bundeskanzler Scholz

³⁸ Sept. 1955 bestätigte das Bundesarbeitsgericht die Entlassung von drei Betriebsräten, die auf einer Betriebsversammlung gegen ein Bundstreffen des faschistischen »Stahlhelm«-Verbandes protestiert hatten. W. Kraushaar, Die Protest-Chronik, S. 1253

³⁹ F. Krause, S. 36f

⁴⁰ F. Krause, S. 54

⁴¹ F. Krause, S. 56ff

⁸ Bundesministerium der Verteidigung, Verteidigungspolitische Richtlinien, 26. 11. 1992, Ziffer III.24

»The Germans to the Gulf!« heißt jetzt die Parole der Verbündeten im Krieg gegen Saddam Hussein. Aber das Grundgesetz verbietet es den Deutschen, diesem Ruf zu folgen. Die Bundeswehr darf außerhalb des NATO-Gebietes nicht eingesetzt werden, es sei denn, ein Mitglied dieses Verteidigungsbündnisses würde angegriffen.⁵

Ein Kampf um die Überwindung historischer Lehren und die Beschränkungen des Grundgesetzes war eingeleitet. Deutschland sollte auf den Weg gebracht werden, wieder Kriege zu führen, und Kriegsführung wurde als »Verantwortungsübernahme« verkauft.

Auf diese grundsätzlich neue Situation musste die Friedensbewegung eine Antwort finden. Jürgen Link machte am 1. September 1990 einen Aufschlag mit seinem »Plädoyer für eine Friedensbewegung ›No Germans to the front‹«. Er entwickelte weitsichtig ein Szenario, das die Zukunft treffend vorformulierte⁶:

»Zu den Änderungen wird u. a. gehören, daß der Bundeswehr militärische Out-of-Area-Einsätze erlaubt werden. Als Rahmen wird mindestens die UNO genannt werden, eventuell mit einer Formulierung, die später als Öffnungsklausel interpretiert werden kann. Bereits 1991 werden dann erste deutsche militärische Einheiten in die Dritte Welt geschickt werden können.«

Am Ende seines damals für die Friedensbewegung einflussreichen Plädoyers leitet er den Entwurf einer Anti-Eskalationserklärung ein:

Der Bundestag ... soll hier und heute definitiv erklären, daß er unter keinen Umständen, unter keinem Vorwand und in keiner denkbaren Situation deutsche Truppen ... zum militärischen Einsatz außerhalb des Gebiets der NATO-Staaten ... schicken wird, solange kein allgemeiner erklärter Krieg

... zwischen NATO und Warschauer Pakt bzw. einem anderen gegnerischen Block nach einer entsprechenden »general-war«-Aggression gegen das NATO-Territorium herrscht. Das gilt ... im Rahmen der NATO wie der EG, WEU sowie für alle denkbaren bi- oder multilateralen Vereinbarungen einschließlich der von sog. »task forces« bzw. »Friedenstruppen« innerhalb oder außerhalb der UNO

Was unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus für alle Zeiten undenkbar schien und von Willy Brandt mit seiner Formel »Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen« bestätigt war, sollte im Rahmen eines strategisch angelegten Diskurses über »Deutsche Verantwortung« überwunden werden. Kriegsführungsfähigkeit war – damals noch unausgesprochen – das strategische Ziel.

Doch Anfang der 1990er Jahre konnte die Friedensbewegung dem Militarisierungsdruck noch standhalten. Eine 1990 gegründete »Initiative Radikale Linke Aachen« hat bei mehreren Gelegenheiten gewarnt, »das neue Großdeutschland [glaubt] militärische Außenpolitik machen zu müssen«. Dem Sog der neuen Berliner Politik hielt diese Gruppe die Forderung entgegen: »Keine Aktion der Bundeswehr im Ausland! Entmilitarisierung der BRD!«⁷.

Am 14. Januar 1991 nahmen an einer Demonstration gegen den drohenden Irakkrieg über 10 000 Aachenerinnen und Aachener teil. Am 26. Januar demonstrieren im Bonner Hofgarten über 200 000 Menschen gegen den drohenden zweiten Golfkrieg. Dort war ein Plakat der Grünen mit der Parole »Sagt Nein! Kein Blut für Öl«, aber auch des CDU-nahen RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) »Ja zum Frieden – Ja zur UNO« zu sehen. Im folgenden Monat fiel auch in Aachen der Rosenmontagszug wegen des Golfkriegs aus.

6 1954–55: Gegen die Pariser Verträge und die endgültige Spaltung

Im November 1954 brach die Aachener Polizei den geplanten Auftritt eines Schülerchores aus Thüringen in Aachen ab, der unter dem Motto »Schlagt Brücken zueinander!« stehen sollte.⁴² 110 Schülerinnen und Schüler zwischen 10 und 14 Jahren wurden von der Polizei einen Tag lang festgehalten und dann in die DDR abgeschoben. NRW-Innenminister Franz Meyers (CDU) hatte zuvor per Erlass sämtliche Auftritte ostdeutscher Gruppen und Ensembles bei Kulturveranstaltungen pauschal verboten. Auch umgekehrt wurden westdeutsche Jugendgruppen, die zu Veranstaltungen in die DDR reisen wollten, immer wieder von der westdeutschen Bahnpolizei vor der DDR-Grenze aufgehalten, in Gewahrsam genommen und gewaltsam zurück in ihre Herkunftsorte geschoben. Auf diese Weise sorgten die westdeutschen Regierungen gezielt dafür, dass politische und kulturelle Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland zum Erliegen kamen und die Spaltung Deutschlands vertieft wurde. Für die meisten Westdeutschen, die keine Verwandten in der DDR hatten, wurde die DDR zu einem unbekannten Land, über das niemand sprach.

Adenauer und die Westmächte, namentlich US-Präsident Dwight D. Eisenhower und der britische Premierminister Winston Churchill, verfolgten nach dem Scheitern der EVG das Ziel weiter, Westdeutschland wiederzubewaffnen und in ein Militärbündnis westeuropäischer Staaten und der USA einzubinden. Resultat waren Ende 1954 die **Pariser Verträge**, die die Bildung einer Westeuropäischen Union (WEU), den **Eintritt Westdeutschlands in die NATO** und die weitgehende Aufhebung der Besatzungsstatute für Westdeutschland vor-

sahen. Kurz bevor diese Verträge zur Ratifikation in den Bundestag und die Parlamente der anderen beteiligten Länder gelangten, bot die Sowjetunion in ihrer »Erklärung zur Deutschlandfrage« im Januar 1955 gesamtdeutsche freie Wahlen zur Bildung eines einheitlichen Deutschland an, das über einen Friedensvertrag die volle Souveränität erlangen sollte.⁴³ Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer forderte im Januar 1955 im Bundestag Adenauer auf, in Verhandlungen mit der Sowjetunion die Chancen einer Wiedervereinigung auszuloten, doch der bestand darauf, zunächst die Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der NATO unter Dach und Fach zu bringen. Schon seit 1950 arbeitete Adenauers Beauftragter Theodor Blank gemeinsam mit den früheren Wehrmachtsoffizieren Wolf Graf Baudissin, Adolf Heusinger und Hans Speidel im »Amt Blank« an Details für die zukünftige »Bundeswehr« aus, zunächst im Geheimen. Nach der Ratifikation der Pariser Verträge erklärte die sowjetische Regierung, dass sie nicht mehr über eine deutsche Wiedervereinigung sprechen werde. Adenauer und die Westmächte taten diese Erklärungen als »taktische Störmanöver« ab; doch die Tatsache blieb in der Welt, dass mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen der NATO eine Wiedervereinigung Deutschlands für die nächsten 35 Jahre ausgeschlossen war. Stattdessen wurde Deutschland alsbald zum Planungsschauplatz eines Atomkriegs.

Das erkannten viele in Westdeutschland und protestierten. Als Adenauers Militärplaner Theodor Blank am 12. Februar 1955 bei einer CDU-Veranstaltung in Aachen auftrat, demonstrierten Militärgegner vor dem Gebäude. Die Polizei war mit Wasserwerfern gegen die Pazifisten aufgefahren und nahm den Demonstranten ihre Transparente ab. Zwischenrufer im Saal wurden abgeführt.⁴⁴ Die Aachener Kund-

42 W. Kraushaar, Die Protest-Chronik, S. 1063

43 Erklärung der UdSSR zur Deutschlandfrage. In: Heinrich Bodensieck: Die Deutsche Frage seit dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1975, S. 56 f.

44 W. Kraushaar, Die Protest-Chronik, S. 1133f

5 Spiegel 7/1991 S. 21

6 Privataarchiv Detlef Peikert

7 Privataarchiv Detlef Peikert

gebung war ein Teil der **Paulskirchenbewegung gegen die Wiederbewaffnung**. Am 29. Januar 1955 hatte in der Frankfurter Paulskirche eine Kundgebung der Friedensbewegung stattgefunden. Diether Posser sprach dort für die GVP und erinnerte an die Präambel des Grundgesetzes, nach der »das gesamte deutsche Volk« dazu aufgerufen sei, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«.⁴⁵ Posser schlug eine politische Lösung analog zur Genfer Indochinakonferenz vor. Dort hatten sich die Sowjetunion, die USA und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich im Juli 1954 darauf geeinigt, Vietnam auf Basis freier Wahlen und internationaler Garantien wiederzuvereinigen. (Die Lösung wurde dort 1956 vom südvietnamesischen Diktator Ngo Dinh Diem, dem Adenauer Vietnams, torpediert.) Posser spottete über Adenauer: »Bei Politikern ist es wie beim Salat: Entweder haben sie einen Kopf oder sie schießen.« In Anspielung auf Atomwaffen prägte Posser in der Paulskirche die Parole »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv«, die in den 1970er Jahren von der Bewegung gegen Atomkraftwerke aufgegriffen wurde. Die Versammlung in der Paulskirche verabschiedete ein »Deutsches Manifest«, das gesamtdeutsche Wahlen und die Bildung eines militärisch neutralen, friedfertigen deutschen Staates forderte.

Im Januar bis März 1955 gab es eine Welle von Kundgebungen der Paulskirchenbewegung in vielen Städten Westdeutschlands; die größten fanden mit rund 20 000 bzw. 10 000 Teilnehmerinnen und -nehmern in München und Stuttgart statt. Insgesamt blieb die Teilnehmerzahl hinter denen des Jahres 1952 deutlich zurück. Die SED organisierte für den 24. Februar Großkundgebungen in Berlin (Ost), Leipzig, Halle, Magdeburg, Rostock und anderen ostdeutschen Städten mit insgesamt über 1 Million Teilnehmerinnen und -nehmern.⁴⁶ Das waren DDR-offizielle Kundgebungen für freie Wahlen in Gesamtdeutschland, obwohl Walter Ulbricht

und Wilhelm Pieck wissen mussten, dass ein Erfolg der Kampagne das Ende ihrer Herrschaft herbeigeführt hätte. Die Bundestagsmehrheit ignorierte die Proteste und beschloss die Ratifikation der Pariser Verträge. Dem folgten jetzt rasch die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Aufstellung der Bundeswehr 1956. Theodor Blank wurde im Juni 1955 der erste Bundesverteidigungsminister; schon im Oktober 1956 wurde er von dem bayerischen Militaristen und Atomwaffenfan Franz Josef Strauß (1915–1988) abgelöst. Die Sowjetunion, die DDR, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien reagierten im Januar 1956 mit der Aufstellung eines osteuropäischen Verteidigungsbündnisses, der im Westen abfällig Warschauer Pakt genannt wurde. Die DDR wurde Mitglied des Bündnisses, stellte mit der Nationalen Volksarmee (NVA) ein eigenes Militär auf und erhielt innerhalb des Ostblocks eine zur BRD analoge völkerrechtliche Souveränität als Staat.

7 1957/58: Kampf dem Atomtod

*Achtzehn professoren durchbrachen | das tobende
schweigen der schallmauer, | aufgebaut von be-
zahlter journaille | um den massenmordplan.
Aber meine Herren, was geht denn Sie das an? |
Sie glauben, daß man einfach hereinreden kann? |
Das ist doch politik, wovon Sie nichts verstehn! |
Mund halten! Weiterforschen! Sie sind gar nicht
gefragt! Keine diskussion! Weitergehn! (Gerd Sem-
mer: Atomgedicht 57)*

Seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 war der Welt klar, dass die US-Regierung über **Atomwaffen** verfügte. 1948 verfügten die USA über rund fünfzig atomare Sprengköpfe. Das Konzept der »massiven Vergeltung« sah vor, jeden sowjetischen Angriff auf NATO-Gebiet mit der atomaren Zerstörung von mindestens 20 sowjetischen Städ-

auf. Kroatien und Slowenien wollten aus der Bundesrepublik Jugoslawien ausscheren. Die EG sprach sich für den Erhalt des Bundesstaates Jugoslawien aus, die EG-Außenminister bestätigten das im Juni 1990. Als dann Zagreb und Ljubljana wenige Tage später dennoch ihre Unabhängigkeit erklärten, setzte sich Deutschland in einem längeren Prozess in der EG durch, und für die folgenden Jahre sollte Krieg der Dauerzustand in dem Balkanstaat werden.

Der entscheidende Schwenk in deutscher Außenpolitik erfolgte dann 1991 im Golfkrieg. Der Irak unter Saddam Hussein hatte Kuwait überfallen und annektiert. Die UN haben mit Resolution 662 diese Annexion für »null und nichtig« erklärt, die Arabische Liga beschloss, eine Friedenstruppe aufzustellen. Doch die USA schmiedeten ohne ein geeignetes Mandat eine Militärallianz, verjagten eigenmächtig den Irak aus Kuwait und überzogen das Land mit Bombenteppichen.

Deutschland war an diesem Krieg nicht aktiv beteiligt. Aber hier wurden erstmals Argumente geliefert, die prägend für die folgenden Jahrzehnte wurden. SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose fragte, »Sollen wir uns von diesen (kriegführenden, DP) Regierungen absondern? Gibt es wieder so etwas wie eine deutsche Sonderrolle?«³ Es waren auf einmal nicht mehr die Lehren aus Faschismus und Krieg, die Zurückhaltung anmahnten, sondern das Vermächtnis des Antifaschismus wurde mißbraucht um Kriegsfähigkeit herstellen. Genau deshalb auch wurde Saddam Hussein nicht schlicht als Kriegstreiber behandelt, sondern als »Hitlers Wiedergänger« (Hans-Magnus Enzensberger) dämonisiert.

Zu einem Kriegseintritt Deutschlands reichte die Propaganda am Ende nicht, immerhin war zu diesem Zeitpunkt die »Wiedervereinigung« völkerrechtlich noch nicht abgesichert. Aber der Marsch in Richtung Macht, Militär und

Krieg war angetreten, die Rechtfertigungsschablone »Hitlers Wiedergänger« war erschaffen und lag für künftigen Gebrauch auf dem Tisch kommender Kriegspropaganda.

Von da an marschierte Deutschland immer weiter Richtung »Kriegstüchtigkeit«. Bedenken der (europäischen) Partnerstaaten wurden systematisch überwunden. Und in mehrere Wellen wurde versucht, die Meinung der Bevölkerung für erneute Kriegsbereitschaft zu gewinnen. An einigen Wegmarken dieses deutschen Weges können wir »Wendepunkte« ausmachen, an denen jeweils eine weitere Hürde auf diesem Weg in die Kriegstüchtigkeit aus dem Weg geräumt wurde.

2 1991: Golfkrieg

Als 1991 der Golfkrieg begann, stellte der *Spiegel* auf der Titelseite seiner Ausgabe am 11. Februar 1991 die Frage »Streitfall Golfkrieg – Sind die Deutschen Drückeberger?« Auf dem Titelbild sind missmutig dreinschauende deutsche Soldaten mit dreckverschmierten Gesichtern zu sehen. Das illustriert den Unmut der Deutschen, sich militärisch zu engagieren – wie *Drückeberger* eben, die sich davor *drücken* wollen, *Verantwortung* zu übernehmen. Im Inneren der Ausgabe wird dies weiter präzisiert. Da heißt es: »Der Krieg am Golf macht die Deutschen zu Außenseitern im befreundeten Ausland. Als Drückeberger sind sie verschrien, weil sie es an der nötigen Unterstützung fehlen ließen und sich mit Geld frei von Verantwortung hielten. Aus der Brüsseler NATO-Zentrale ergeht die harsche Aufforderung, den Spannungsfall zu erklären. Bonner Hinweise auf Beschränkungen durchs Grundgesetz werden als Ausflucht abgetan.«⁴ Die Nichtteilnahme am Krieg wird hier als Drückebergerei denunziert.

In einem Kommentar mit dem Titel »To the front!« stellte Rudolf Augstein, der Herausgeber des Nachrichtenmagazins, eindeutig klar:

⁴⁵ W. Kraushaar, S. 1132f

⁴⁶ W. Kraushaar, S. 2509

³ Zitiert nach Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. II, S. 625

⁴ *Spiegel* 7/1991 S. 4

3 Deutsche Kriegspolitik 1990–heute

Josef Thieken (gest. 17. 6. 2024), Detlef Peikert

1 Großmachtpolitik, Militär und Krieg zurück auf der Tagesordnung

Nach dem unmittelbaren Beginn des Ukrainekrieges mit dem Einmarsch russischer Truppen in dieses Land hielt Bundeskanzler Scholz am 27. Februar 2022 seine »Zeitenwende-Rede« und kündigte, ohne zuvor die parlamentarischen Gremien gefragt zu haben, ein Sonder-Schuldenprogramm in Höhe von 100 Milliarden Euro zu Gunsten der Bundeswehr an. Es ist allerdings ein Irrtum zu glauben, die »Zeitenwende« sei mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine eröffnet worden.

Seit 1990 hat es in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik mehrere »Wendepunkte« gegeben, die den Weg zur Zeitenwenderede markierten.

Im Mai 1989 feierte die BRD zu ihr 40jähriges Jubiläum. Man war mit dem Land und seiner Position in der Welt zufrieden. »Die Bundesrepublik kann sich feiern«, hieß es im Kölner Stadt-Anzeiger, »Die erste Republik von Dauer«¹. Für diese BRD hatte Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz festgehalten, die Außenpolitik des Deutschen Reiches sei nach 1945 »verständlicherweise stark diskreditiert –« gewesen, »also die deutsche Großmachtpolitik, die Absolutsetzung der Nation, das Vertrauen auf autonome Sicherheit durch militärische Macht

oder die Hinnahme des Krieges als *ultima ratio* der Außenpolitik«.

Dann fiel die Mauer.

Und deutsche Großmachtpolitik, das Setzen auf militärische Stärke und die Hinnahme des Krieges als *ultima ratio* der Außenpolitik kehrten zurück auf die Agenda deutscher Außenpolitik.

Der erste große Akt war die als »Wiedervereinigung« titulierte Einvernahme der DDR. Denn die europäischen Nachbarn Frankreich (Präsident François Mitterrand), Großbritannien (Premierministerin Margaret Thatcher), Italien (Ministerpräsident Giulio Andreotti), Dänemark (Premier Paul Schlüter) und weitere haben sich genauso vehement wie am Ende vergeblich gegen die »Wiedervereinigung« gestemmt. Es waren die USA, die Deutschland beistanden und die »Wiedervereinigung« durchsetzten: »In Anbetracht der ablehnenden Haltung Frankreichs und Großbritanniens wäre die deutsche Einheit ohne die nachdrückliche Unterstützung Washingtons wohl kaum zustande gekommen«, wußte US-Diplomat Richard Holbrooke zu berichten.

Der nächste Schritt aus dem Status als »wirtschaftlicher Riese, aber politisch ein Zwerg« (Franz-Josef Strauß) folgte schon 1990 im Rahmen der »Jugoslawienkrise«.

Deutschland hatte früh seine Finger nach Jugoslawien ausgestreckt. Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom berichtete, dass schon »unmittelbar vor dem Tode Titos ... alle Entscheidungen in strategischen Fragen nur noch in Absprache mit BND-Instanzen und Ustascha-Repräsentanten getroffen werden«². So konnte es kommen, dass schon im Februar 1990 unter Außenminister Genscher der deutsche Geheimdienst BND ein Geheimabkommen mit dem kroatischen Geheimdienstchef schloss. Es flossen 800 Millionen Mark nach Zagreb und die secessionistischen Mühlen nahmen Betrieb

ten zu beantworten. August 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe, Oktober 1952 folgte Großbritannien, Februar 1960 Frankreich, Oktober 1964 China. November 1952 zündeten die USA ihre erste Wasserstoffbombe, die 800 Mal destruktiver war als die Atombombe von Hiroshima; August 1953 folgte die sowjetische Wasserstoffbombe. Bis zum weltweiten Verbot atmosphärischer Kernwaffentests 1962 verseuchten die Atommächte die Atmosphäre weltweit massiv radioaktiv mit ihren Atomtests.

Für Deutschland und große Teile Europas bedeutete diese Entwicklung, dass ein möglicher Dritter Weltkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion die komplette Zerstörung und die Tötung sämtlicher Einwohner bedeutet hätte. Adenauer und sein Verteidigungsminister Strauß verfolgten indessen den Plan, der Bundeswehr direkten Zugriff auf »moderne Atomwaffen« zu verschaffen. Strauß erklärte Februar 1957 in Bad Boll, die atomare Bewaffnung komme in allen europäischen Heeren, ein Krieg in Europa werde ein Atomkrieg sein, und die Bundeswehr müsse sich dem anpassen.⁴⁷ April 1957 wiesen 18 deutsche Atomphysiker, darunter Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue, Fritz Straßmann und Carl-Friedrich von Weizsäcker, in ihrem »Göttinger Manifest« Bundeskanzler Adenauer darauf hin, dass auch »taktische Atomwaffen« die destruktive Wirkung von Hiroshima-Bomben hätten, und forderten die Bundesregierung auf, auf eine Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten. Die »friedliche Nutzung« der Atomkraft allerdings solle weitergehen.⁴⁸ Im gleichen Monat warnte der elsässische Arzt und Pazifist Albert Schweitzer in seiner Rede zum Friedensnobelpreis vor der Gefahr eines Atomkriegs.

Für Adenauer hingegen waren atomare Sprengköpfe »nur eine Weiterentwicklung der Artillerie«, wie er am 5. April in einem Interview gesagt hatte.⁴⁹ Die Interventionen Schweitzers und der Physiker fanden weltweit Beachtung; auch in der DDR schlossen sich zahlreiche Physiker dem Appell an. In der CDU hatten andere das Kommando: Juli 1957 ließen 44 CDU-Abgeordnete im Bundestag einen zuvor mit der SPD ausgehandelten Entwurf für ein Atomgesetz scheitern, weil er Forschungen zum Strahlenschutz und zur Atomenergie auf »friedliche Zwecke« beschränkte.⁵⁰ Diese Abgeordneten wollten ausdrücklich, dass deutsche Atomforschung Bomben und Kraftwerke gemeinsam anstrebe.

Um die Atomkriegsgefahr zu verringern, legte der polnische Außenminister Adam Rapacki Oktober 1957 einen Abrüstungsplan für Mitteleuropa vor, den **Rapacki-Plan**. Er sah die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in beiden deutschen Staaten, Polen und der Tschechoslowakei vor. Doch US-Präsident Dwight D. Eisenhower, US-Außenminister John F. Dulles, die britische Regierung und die Regierung Adenauer lehnten den Plan ab, u. a. deshalb, weil die sog. Hallstein-Doktrin der westdeutschen Regierung jede diplomatische Beziehung und Verhandlung verbat, an der auch die DDR beteiligt war.⁵¹

März 1958 tobten im Bundestag heftige Debatten über eine Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und die Teilung Deutschlands.⁵² Der Bundestag beschloss am 25. März die Ausrüstung der Bundeswehr mit den »modernsten Waffen«. Zeitgleich, am 23. März, gründete die oppositionelle SPD, geführt von Erich Ollenhauer und unterstützt vom DGB, in Frankfurt einen **Aktionsausschuss »Kampf dem Atom-**

47 FAZ 13. 2. 1957. In: Dokumentation zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, hg. v. Karl D. Bredthauer, Köln 1980, Dok. 95, S. 54

48 Wikipedia: Göttinger Achtzehn (Stand Juli 2024)

49 Archiv der Gegenwart, Jg. 1957, S. 6370. Nach: Dokumentation zur Wiederaufrüstung, Dok. 97, S. 55

50 Süddeutsche Zeitung 4. 7. 1957. Nach: Dokumentation zur Wiederaufrüstung, Dok. 99, S. 56

51 Wikipedia: Rapacki-Plan (Stand Juli 2024)

52 W. Benz: Deutschland seit 1945, S. 36

1 Zitiert nach Klaus Naumann, »Neuanfang ohne Tabus«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1994, S. 435ff.

2 Erich Schmidt-Eenboom. Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995, S. 226

tod«. Ende März demonstrierten in Berlin (Ost), Erfurt und Leipzig sowie in Hamburg Hunderttausende. Die Hamburger Friedensdemonstration am 17. April 1958 war mit 150 000 Teilnehmerinnen und -nehmern eine der größten in der Geschichte Westdeutschlands. Weitere größere Kundgebungen gab es in Bielefeld, München, Stuttgart und Wuppertal. 1800 Maikundgebungen des DGB standen unter dem Motto »Kampf dem Atomtod«.⁵³ April 1958 befürworteten 52 % der Westdeutschen laut einer repräsentativen Umfrage einen politischen Streik gegen die drohende Atombewaffnung.⁵⁴ SPD und DGB bogen jedoch Streikbeschlüsse einzelner Gewerkschaften ab und orientierten stattdessen auf Stadtratsbeschlüsse, Landtagsbeschlüsse und eine Volksbefragung. Juni 1958 hielt die Kette der Protestkundgebungen der Anti-Atomtod-Bewegung an. Auf der Kundgebung in Aachen sprach der hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller (1892–1984).⁵⁵ Die Bundesregierung mobilisierte ihr antikommunistisches Arsenal und behauptete, eine Volksbefragung könne die Machtübernahme der Kommunisten einleiten.⁵⁶ Auf Antrag der Bundesregierung verbot das Bundesverfassungsgericht am 30. Juli die in Hamburg und Bremen angelaufene Volksbefragung zur Atomrüstung als »verfassungswidrig«.⁵⁷ Danach zogen sich die SPD- und die DGB-Führung aus den Aktionsausschüssen zurück. Ein Kern pazifistischer Aktivisten blieb in Hamburg, Bremen und Hessen erhalten und organisierte in den 1960er Jahren die Ostermärsche.

8 1960er Jahre: Kubakrise, Vietnamkrieg, Ostermärsche

Es ist schwer zu sagen, ob die Bewegung »Kampf dem Atomtod« einen Erfolg erzielt hat oder nicht. Die Bundesregierung verzichtete letztlich auf eigene Atomsprengköpfe, auch weil US-Präsident Eisenhower skeptisch blieb. Man fand in der NATO den Kompromiss, dass die Bundeswehr Trägersysteme bekam, die Atomsprengköpfe tragen konnten, die Sprengköpfe selber aber unter Kontrolle der US Army blieben. So wurden 1960 u. a. in Bergen-Hohne Raketen stationiert, die atomar bestückbar waren. Dagegen richteten sich ab 1960 die **Ostermärsche der Friedensbewegung**. 1958 gab es den ersten von London nach Aldermaston in Großbritannien. Dafür hatte Februar 1958 der britische Künstler Gerald Holtom das sog. Peace-Zeichen als Symbol entworfen. Das Zeichen ist eine Kombination der Zeichen N (für »nuclear«) und D (für »disarmament« = Abrüstung) aus dem Winkeralphabet, das von Seeleuten benutzt wird. Am Karfreitag, dem 15. April 1960, starteten in Norddeutschland Atomkriegsgegnerinnen und -gegner zum ersten Ostermarsch in der BRD, zu einem Sternmarsch von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig aus zum NATO-Raketenübungsplatz Bergen-Hohne.⁵⁸ Die Märsche führten oft bei Regen und Schnee über einsame Landstraßen – auch wegen polizeilicher Schikanen – und erinnerten an die gewaltfreien Aktionen Mahatma Gandhis in Indien, wie den Salzmarsch von 1930. Zu den Organisatoren gehörten der Hamburger Pädagoge Konrad Tempel (*1932), Andreas Buro (1928–2016) und Klaus Vack (1935–2019).

Da die KPD 1956 verboten worden war und die SPD sich 1959 im Godesberger Programm

Schrader, Jean Louis, 7
Schumacher, Kurt, 14
Schweitzer, Albert, 17
Schwippert, Hans, 6
Schäuble, Wolfgang, 7
Seeger, Pete, 20
Segni, Antonio, 7
Semmer, Gerd, 20
Servais, Albert, 7
Solana, Javier, 7
Speidel, Hans, 15
Spiegelmacher, Peter, 3
Staak, Werner, 26
Stalin, Josef, 8, 9, 12
Stoph, Willi, 21
Strauß, Franz Josef, 16, 17, 19, 21, 24
Straßmann, Fritz, 17
Strässer, Christoph, 24, 25
Stütz, Hannes, 20

Tempel, Konrad, 18
Thatcher, Margret, 30
Thüsing, Klaus, 24
Tindemans, Leo, 7
Trapp, Horst, 23
ter Veer, Ben, 22, 26

Uexküll, Gösta von, 25
Ulbricht, Walter, 16

Vack, Klaus, 18
Voigt, Roland, 26
van Wersch, Jean, 3
van der Velden, Johannes Joseph, 6, 7

Wader, Hannes, 27
Wascher, Rudi, 6
Watkins, Peter, 26
Weber, Alfred, 9
Weber, Josef, 25
Wehner, Herbert, 21
Weizsäcker, Carl-Friedrich von, 17
Wessel, Helene, 11, 12
Willms, Matthias, 3
Witte-Rang, Greetje, 27
Wutschetsch, Jewgeni, 29

⁵³ W. Kraushaar, Die Protest-Chronik, S. 2511

⁵⁴ Christoph Kleßmann: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, Göttingen 1988, S. 159

⁵⁵ W. Kraushaar, S. 1908f

⁵⁶ Ch. Kleßmann, S. 160

⁵⁷ W. Benz, S. 37

⁵⁸ Nina Hager: 60 Jahre Ostermarsch in Deutschland. Unsere Zeit 10.4.2020; Ch. Kleßmann, S. 161f

Hildebrandt, Dieter, 23
 Hiob, Hanne, 24
 Hirtz, Josef, 6
 Hoffmann, Heiko, 26
 Hollands, Heinrich, 3
 Homann, Peter, 29
 Horton, Zilphia, 20
 Häffner, Maria, 11
 Hüsich, Hanns Dieter, 23

Jansen, Fasia, 20
 Jansen, Mechtild, 23
 Jaruzelski, Wojciech, 29
 Johnson, Lyndon B., 20
 Jost, Ludwig, 24
 Jungk, Robert, 27

Kade, Gerhard, 23
 Kals, Hans, 26
 Kamp-Bandau, Irmel, 29
 Kelly, Petra, 23, 25, 27
 Kennedy, John F., 19
 King, Coretta, 27
 Kissinger, Henry, 7
 Klose, Hans-Ulrich, 26
 Knoeringen, Waldemar von, 14
 Kohl, Helmut, 7, 27
 Kossygin, Alexej, 24
 Krauß, Franz, 7
 Kreitz, Nikolaus, 3
 Kuhnen, Ludwig, 7
 Kühnl, Reinhard, 24
 Küppers, Erica, 11

Laue, Max von, 17
 Leist, Otmar, 27
 Linsen, Renate, 23
 Luns, Joseph, 7
 Lübbert, Konrad, 23

Maas, Albert, 7
 Maiwald, Peter, 26
 Mannhardt, Klaus, 23
 Marshall, George C., 7, 9
 Mattes, Eva, 29
 Matthiessen, Gunnar, 23
 McCloy, John Jay, 11, 12

Mechtersheimer, Alfred, 27, 29
 Mennicken, Peter, 7
 Merkel, Angela, 7
 Mertes, Alois, 27
 Meyers, Franz, 15
 Mies, Hans, 6
 Möllemann, Jürgen, 27
 Müller, Wilhelm, 7

Ngo Dinh Diem, 16
 Niemöller, Martin, 11, 18, 23, 25
 Nieuwenhuijsen, Carel, 7

Ohnesorg, Benno, 20
 Ollenauer, Erich, 15, 17
 Op de Hipt, Matthias, 6
 Oppenheoff, Franz, 6

Padover, Saul, 6
 Paier, Klaus, 22
 Pascher, Maria, 4, 6
 Pastor, Herbert von, 13
 Pfeiffer, Kurt, 6, 7
 Pferdenges, Robert, 9
 Pieck, Wilhelm, 16
 Posser, Diether, 12, 14, 16

Ranke-Heinemann, Uta, 27
 Rapacki, Adam, 17
 Rau, Fritz, 29
 Rau, Johannes, 12, 14
 Reagan, Ronald, 24, 30
 Reimann, Max, 6
 Reza Pahlevi, Mohammed, 20
 Ridder, Helmut, 25, 27
 Rondi, Hans, 19, 26
 Rossaint, Joseph, 23

Sanders, Hans, 23
 Sanß, Werner, 19, 26
 Scheel, Walter, 21
 Schefer, Hans, 6
 Schinzel, Dieter, 21
 Schlapp, Erasmus, 7
 Schleier, Irmgard, 29
 Schmidt, Helmut, 7, 22, 24, 26, 27
 Scholz, Olaf, 3

zur Bundeswehr und zur NATO bekannt hatte, gab es 1960 keine Partei mehr in Westdeutschland, die die Perspektive eines neutralen, pazifistischen und wiedervereinigten Deutschland vertrat. Diese Lücke füllte die Dezember 1960 in Stuttgart gegründete **Deutsche Friedens-Union (DFU)**.⁵⁹ Der Name ihres Parteiorgans »Deutsche Volkszeitung« (DVZ) adressierte die Hoffnung auf ein vereinigtes Deutschland. In der DFU waren auch etliche evangelische Pfarrer aktiv, darunter der Westfale Werner Sanß (1913–2004) und der Düsseldorfer Pfarrer Hans Rondi, der oft in Aachen auftrat. Die DDR-Führung unterstützte zwar verdeckt die DFU finanziell, rückte selbst aber nach dem Bau der Berliner Mauer August 1961 von der Perspektive Wiedervereinigung ab.

Oktober 1962 passierte das, wovon die Friedensbewegung jahrelang gewarnt hatte: Die Menschheit geriet in der **Kuba-Krise** hart an den Rand eines Atomkriegs und ihrer Selbstauslöschung im thermonuklearen Feuersturm. Die Sowjetunion begann, Mittelstreckenraketen auf Kuba zu stationieren, um die revolutionäre Insel vor einer Invasion der US Army zu schützen (einen ersten Versuch dazu hatte es April 1961 gegeben) und um strategisch mit den USA gleich zu ziehen, die April 1962 atomar bestückte Mittelstreckenraketen in Süditalien und der Türkei stationiert hatten.⁶⁰ US-Präsident John F. Kennedy reagierte mit einer – völkerrechtlich verbotenen – Seeblockade Kubas, während große Teile seiner Militärführung einen Luftangriff auf die auf Kuba entdeckten Raketenstellungen forderten. Die meisten Militärs rechneten nicht damit, dass sich dort bereits scharfe Atomraketen befanden, die amerikanischen Städte zerstören konnten. Während der Seeblockade kam es zu mehreren gefährlichen Begegnungen zwischen amerikanischen

Kriegsschiffen und atomar bestückten sowjetischen U-Booten. Kennedy und der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow einigten sich in geheimen Verhandlungen darauf, dass die Sowjetunion ihre Raketen aus Kuba wieder abzog, die USA einen Verzicht auf Invasionsversuche gegen Kuba erklärten und – letzteres im Geheimen – ihre Mittelstreckenraketen aus der Türkei abzog. In den USA und in Westdeutschland verbreiteten die Regierungen Broschüren, wie sich die Bevölkerung (zumindest die in Büroberufen tätigen Männer) im Falle eines Atomangriffs schützen könne: mit einer Aktentasche über dem Kopf. Für Bauern lautete die Empfehlung, sich rechtzeitig (also drei Sekunden vor der Explosion) in eine Erdkühle zu ducken.⁶¹

Auch die zeitgleich mit der Kubakrise ablaufende »**Spiegel**«-Affäre hing direkt mit den Kriegsplanungen der NATO zusammen. Der am 10. Oktober 1962 erschienene »Spiegel«-Bericht »Bedingt abwehrbereit« über das NATO-Herbstmanöver »Fallex 62« deckte auf, dass ein Planspiel des Manövers ergeben hatte, dass bei einem Atomangriff auf Westdeutschland dort das Sanitätswesen, die Lebensmittelversorgung, das Fernmeldenetz usw. zusammenbrechen würden.⁶² Adenauer und Strauß tobten vor Wut, ließen den »Spiegel«-Herausgeber Rudolf Augstein und den zuständigen Redakteur Conrad Ahlers verhaften und die Redaktion von Polizisten besetzen. Augstein saß 103 Tage in U-Haft. Die Strafverfahren wegen Landesverrats wurden später sang- und klanglos eingestellt. Adenauer musste zum ersten Mal erleben, dass er fast die komplette Presse gegen sich hatte. Die FDP, deren Minister Adenauer und Strauß übergegangen hatten, löste eine Regierungskrise aus, in deren Verlauf Strauß zurücktreten musste. Ein Jahr später gab auch der greise Kanzler sein Amt auf.

⁵⁹ Wikipedia: Deutsche Friedensunion (Stand August 2024)

⁶⁰ Wikipedia: Kubakrise (Stand Juli 2024)

⁶¹ Ch. Kleßmann, S. 161. Der amerikanische Dokumentarfilm »The Atomic Café« karikierte 1982 entsprechende Anleitungen in USA, darunter den 1951 entstandenen Lehrfilm »Duck and Cover«. Wikipedia.de: The Atomic Café (Stand August 2024)

⁶² Ch. Kleßmann, S. 162–166

Die Ostermarschbewegung erreichte 1966 ihren Höhepunkt mit rund 150 000 Teilnehmerinnen und -nehmern. Ostern 1966 nahm die amerikanische Sängerin Joan Baez am Ostermarsch in Frankfurt teil.⁶³ Einige **Lieder dieser Zeit** wurden prägend für die Friedensbewegung bis in die 1980er Jahre und auch in Aachen häufig gesungen: »Blowin' in the wind« von Bob Dylan, »Unser Marsch ist eine gute Sache« von Hannes Stütz, »Verbrannte Erde in Deutschland« von Gerd Semmer und Fasia Jansen, »We shall overcome« von Zilphia Horton und Pete Seeger (oft gesungen von Joan Baez), der Kanon »Wehrt euch, leistet Widerstand« (umgedichtet auf »Hejo, spann den Wagen an«), »Where have all the flowers gone« von Pete Seeger (auf Deutsch: »Sag mir, wo die Blumen sind«).⁶⁴ Das Kampflied »Verbrannte Erde in Deutschland« bezog sich auf Planungen der NATO im Jahr 1965, ein Gebiet in Ostthessen (das sog. Fulda Gap) und andere Gebiete nahe der deutsch-deutschen Grenze mit Atomminen (Atomic Demolition Munitions) zu spicken, die etwaige Angriffe von Osten in einem Feuergürtel versinken lassen sollten.⁶⁵

Feuer! Vorsicht, man legt Feuer. / Ein Atomminen-gürtel wird geplant. / Geht auf die Straße und schreit: Feuer! / Feuer, unsre Erde wird verbrannt. (Gerd Semmer, Fasia Jansen 1965)

Die NATO rückte dann davon wieder ab. Ab 1965 beteiligte sich die Ostermarschbewegung an Protesten gegen die von der Bundesregierung geplanten Notstandsgesetze, die es ermöglichen sollten, im Falle von Kriegsgefahr oder inneren Unruhen praktisch eine Diktatur der Bundesregierung zu errichten; dadurch entstand eine Verbindung zur entstehenden Studentenbewegung. Auch der Protest gegen den Vietnamkrieg, den US-Präsident Lyndon B. Johnson ab 1965 eskalieren ließ, brach-

te Studenten- und Ostermarschbewegung zunächst zusammen.

Mai 1967 besuchte Mohammed Reza Pahlevi, **Schah des Iran**, die Bundesrepublik und West-Berlin. Am 29. Mai wurde er nach Aachen eingeflogen, besuchte das Rathaus, die RWTH und die Kernforschungsanlage Jülich; er interessierte sich für ein iranisches Atomkraftwerk. Studentinnen und Studenten der RWTH protestierten gegen den von US-Regierung und Bundesregierung hofierten Diktator,⁶⁶ der 1953 durch einen vom US-Geheimdienst CIA mitorganierten Putsch an die Macht gekommen war. Am 2. Juni besuchte er die West-Berliner Oper. Mit Dachlatten bewaffnete sog. Jubelperser und die West-Berliner Polizei trieben gewaltsam die Gegendemonstration auseinander, ein Polizist erschoss den Demonstranten Benno Ohnesorg. Die von der Obrigkeit betriebene Eskalation trug zur Radikalisierung der außerparlamentarischen Opposition (APO) und der Proteste bei. Ein Symbol dafür in Aachen war die Umbenennung des Alexander-von-Humboldt-Hauses in der Pontstraße in **Che-Haus**. Das Begegnungszentrum für ausländische Studierende war inoffiziell ab 1968 dem kubanischen Revolutionär Ernesto Che Guevara gewidmet, der 1967 bei einem Versuch, die Weltrevolution nach Bolivien zu tragen, getötet worden war.

Als sich die Studentenbewegung nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke April 1968 weiter radikalisierte, zerbrach das Bündnis mit der Ostermarschbewegung. Auch der Streit um die Einschätzung des Prager Frühlings (Alexander Dubčeks Reformkommunismus) und seiner militärischen Unterdrückung August 1968 schwächte die Ostermarschbewegung und führte letztlich 1970 zur Einstellung der Ostermärsche.

Personenregister

Adenauer, Konrad, 7, 8, 11, 12, 14, 15, 17, 19, 21
 Agatz, Willi, 13
 Ahlers, Conrad, 19
 Albertz, Heinrich, 27
 Albrecht, Ernst, 22
 Amery, Carl, 12
 Apel, Hans, 26
 Arnold, Thea, 12
 As, Yusuf, 3
 Augstein, Rudolf, 19

Baez, Joan, 20
 Bahr, Egon, 21, 22
 Bahro, Rudolf, 29
 Bastian, Gert, 25, 27
 Baudissin, Wolf Graf, 15
 Bechert, Karl, 25
 Benz, Georg, 27
 Berg, Fritz, 8
 Biden, Joe, 3
 Blank, Theodor, 15, 16
 Bodensteiner, Hans, 12
 Borchert, Wolfgang, 22
 Borm, William, 27
 Born, Max, 17
 Brandt, Willy, 7, 21, 27
 Brauchitsch, Manfred von, 13
 Brauksiepe, Aenne, 21
 Braun, Rainer, 3
 Braun-Sittarz, Anna, 3
 Breschnew, Leonid, 24
 Breuer, Karl, 6
 Brzezinski, Zbigniew, 24
 Buro, Andreas, 18
 Böll, Heinrich, 27, 29

Carstens, Karl, 7
 Carter, Jimmy, 22, 24
 Celan, Paul, 22
 Che Guevara, Ernesto, 20
 Chruschtschow, Nikita, 19
 Churchill, Winston, 7, 8, 15
 Clay, Lucius D., 9

Coudenhove-Kalergi, Richard, 7
 Daume, Willi, 24
 Dautzenberg, Jakob, 5
 De Gasperi, Alcide, 7
 Deku, Maria, 11
 Dorner, Klaus, 26
 Dubček, Alexander, 20
 Dulles, John Foster, 8, 12, 17
 Dutschke, Rudi, 20
 Dylan, Bob, 20

Eisenhower, Dwight D., 15, 17
 Elfes, Wilhelm, 13
 Eppler, Erhard, 12, 14, 27, 29
 Erler, Fritz, 14
 Etzel, Hermann, 12

Faust, Heinrich, 6
 Faßbinder, Klara-Marie, 11
 Filbinger, Hans, 21
 Flick, Friedrich, 9
 Forsberg, Randall, 27
 Friedensburg, Ferdinand, 9

Gandhi, Mahatma, 18
 Goebbels, Joseph, 14
 Gray, Colin S., 25
 Greiner, Bernd, 26
 Gromyko, Andrej, 24
 Guha, Anton Andreas, 26

Haase, Martina, 22
 Hahn, Otto, 17
 Hansen, Werner, 13
 Heath, Edward, 7
 Heiler, Kurt, 23
 Heinemann, Gustav, 11, 12, 14
 Heisenberg, Werner, 17
 Hekmatyar, Gulbuddin, 24
 Hentschel, Karl, 13
 Heubeck, Thomas, 27
 Heusch, Hermann, 7
 Heusinger, Adolf, 15

⁶³ Wikipedia: Ostermarsch (Stand August 2024)

⁶⁴ Liederbuch, Köln 1972/1984, Nr. 60, 125, 131; Wikipedia: We Shall Overcome (Stand August 2024); Wir wollen Frieden für alle Zeiten. Neue und alte Friedenslieder, zusammengestellt von Andreas Kettel, Dortmund 1982

⁶⁵ Wikipedia: Atomic Demolition Munitions (Stand August 2024); Hartmut König: Fasia's Marsch. Unsere Zeit 7.6.2024

⁶⁶ RWTH Aachen, Archiv: Die 68er-Bewegung in Aachen. rwth-aachen.de, Stand August 2024

land entstand sogar kurzzeitig eine Bewegung »Bundesrepublik ohne Armee« (BoA). Die US- und NATO-Militärs brauchten dringend neue Feinde, um den Volkswirtschaften weiterhin Milliarde um Milliarde entziehen zu können, und fanden sie alsbald im Irak, im Islamismus, im serbischen Nationalismus, im Terrorismus.

Für die Aachener Friedensbewegung hatten diese Ereignisse zahlreiche Konsequenzen. Ein wichtiges Hemmnis aller Friedensbemühungen, der in Westdeutschland eingefleischte Antikommunismus und das starke Ressentiment gegen Russland und die Sowjetunion fielen auf Jahre hinaus weg. Ein Zeichen dafür waren Solidaritätskampagnen für notleidende Menschen in der Sowjetunion (z. B. in Köln für die Partnerstadt Wolgograd) 1990. Der Antikommunismus fiel auch deshalb weg, weil Kommunismus und Sozialismus als reale Alternativen zum Kapitalismus weggefallen und diskreditiert wa-

ren. Der Konsumkapitalismus triumphierte (so gar in China), und es dauerte einige Jahre, bis ökologische und Klimafragen so stark werden konnten, dass sie die Profitlogik der Konzerne ernsthaft wieder in Frage stellten. Ein erstes Anzeichen dafür war der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992. Die traditionelle Infrastruktur der westdeutschen und auch der Aachener Friedensbewegung brach zunächst zusammen, auch deshalb, weil Teile davon wie DKP und DFU auf die eine oder andere Weise von der DDR mitfinanziert worden waren. Auch das Thema Atomkriegsgefahr, das die Friedensbewegung der 1980er Jahre dominiert hatte, rückte stark in den Hintergrund und machte neuen Friedensthemen Platz wie dem Unmut über den sich abzeichnenden »Krieg ums Öl«, der allzu deutlich von den spätkolonialistischen Profitinteressen einiger gieriger Konzerne getragen wurde.

9 1970er Jahre: Entspannungspolitik und AKW Nee

1969 gewann die SPD die Bundestagswahlen und bildete gemeinsam mit der FDP eine Bundesregierung mit **Bundeskanzler Willy Brandt** (1913–1992) und Bundesaußenminister Walter Scheel (1919–2016). Brandt hatte bereits 1966 als Außenminister der Regierung Kiesinger (Große Koalition) begonnen, Möglichkeiten einer westdeutschen »Ostpolitik« oder »Entspannungspolitik« auszuloten, also eine Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion, zu Polen, zur Tschechoslowakei und zur DDR einzuleiten. Brandt und Herbert Wehner (1906–1990) waren die ersten antifaschistischen Emigranten, die ein Ministeramt in Bonn bekleideten. 1968/69 gab es noch eine dritte Ex-Emigrantin, Aenne Brauksiepe (CDU). Schon 1961, als Brandt erstmals als Kanzlerkandidat der SPD auftrat, hatte Adenauer gegen den früheren Emigranten gehetzt (»Brandt alias Frahm«), der als aktiver Sozialist im norwegischen Exil einen anderen Namen angenommen hatte, um seine Familie vor der Rache der Naziverbrecher zu schützen. Das galt Adenauer und seinen Anhängern als unpatriotisch und verwerflich. 1970 fanden militante Faschisten in einer »Aktion Widerstand« zusammen, die mit der Parole »Brandt an die Wand« direkt an die Mordhetze der Nazipartei anknüpfte.

Als Architekt der neuen Ostpolitik und der Ostverträge galt der Sozialdemokrat Egon Bahr (1922–2015), der die Formel »Wandel durch Annäherung« dafür prägte. März 1970 besuchte Brandt als erstes westdeutsches Regierungsmitglied die DDR und traf in Erfurt mit dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph zusammen. Im Mai kam Stoph nach Kassel. Dezember 1970 reiste Brandt nach Warschau und unterzeichnete den Warschauer Vertrag mit der Regierung Polens, in dem die BRD die 1945 entstandene Westgrenze Polens an Oder und Neiße anerkannte. Der offizielle Verzicht auf deutsche Ansprüche in Schlesien, Pommern und Ostpreußen und Brandts symbolträchtiger Kniefall vor

dem Mahnmal für den Warschauer Ghettoaufstand von 1943 machten Brandt zur Hassfigur der Deutschnationalen und Faschisten. Dezember 1972 unterzeichneten BRD und DDR einen Grundlagenvertrag über ihre Beziehungen; danach wurden eine Ständige Vertretung der BRD in Ost-Berlin und eine Ständige Vertretung der DDR in Bonn eingerichtet. Ende 1973 folgte der Prager Vertrag mit der Tschechoslowakei, in dem die BRD die Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 über das Sudetenland anerkannte. Juli 1973 begannen die Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Auch Sowjetunion und USA nahmen 1969 Verhandlungen über eine Begrenzung der Atomrüstung auf und schlossen 1972 den ABM-Vertrag ab, der die Einführung von Raketenabwehrsystemen begrenzte.

Die Entspannung zwischen Ost und West, das Abflauen des Kalten Krieges, ließ die Themen der Friedensbewegung in den Hintergrund treten. Die von der CDU erzwungene vorgezogene **Bundestagswahl November 1972** führte zu einer starken Politisierung zugunsten der SPD, viele Menschen engagierten sich in den Ortsvereinen der SPD und der Jungsozialisten (Jusos). Auch die Aachener SPD erlebte einen starken Aufschwung, der Sozialdemokrat Dieter Schinzel gewann 1972 überraschend das Aachener Direktmandat für den Bundestag.

Die außerparlamentarische Opposition konzentrierte sich um 1975 auf den **Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken** und erzielte dabei spektakuläre Erfolge: Der von Ministerpräsident Hans Filbinger betriebene Bau eines AKW Wyhl am Kaiserstuhl wurde bis 1979 gestoppt, der »Schnelle Brüter« in Kalkar am Niederrhein (SNR-300) wurde 1985 zwar fertig, ging aber nie in Betrieb und wurde 1991 stillgelegt. Ähnlich erging es dem Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop (THTR-300) und dem AKW Würgassen an der Weser. Der vom bayerischen Ministerpräsidenten und Oberatomisten Franz Josef Strauß betriebene Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf scheiterte 1982; das vom niedersächsischen Ministerprä-

sidenten Ernst Albrecht betriebene Projekt eines atomaren Endlagers in Gorleben konnte die Anti-Atomkraft-Bewegung so lange verzögern, dass 1995 dort nur ein Zwischenlager für Brennelemente in Betrieb ging. Die von der Aachener AKW-Nee-Gruppe (und namentlich von Martina Haase, genannt Tutti) organisierten Proteste richteten sich meist gegen den Schnellen Brüter in Kalkar und das Zwischenlager in Ahaus, 1981 gegen das AKW Brokdorf in Schleswig-Holstein, seit den 2000er Jahren gegen das belgische AKW Tihange. Stilprägend für die Anti-Atomkraft-Proteste waren selbst gebaute Hüttendörfer wie die im Mai 1980 errichtete »Republik Freies Wendland« bei Gorleben.

Der Aachener Physiker und **Wandmaler Klaus Paier (1945–2009)** illustrierte ab 1978 die Kämpfe dieser Zeit mit zahlreichen pinselgemalten Wandbildern im Malstil von Picassos »Guernica«, die die Emotionen von Menschen zum Ausdruck brachten, oft auch mit Worten: eine Mutter mit Kind auf dem Bunker Saarstraße, die »...sagt NEIN« ruft (ein Zitat aus Wolfgang Borcherts Gedicht von 1947); ein trommelnder Tod mit Deutschlandfahne und Hakenkreuz auf der Augustinerkirche (der späteren Aula Carolina) in der Pontstraße mit den Worten »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« (ein Zitat aus Paul Celans »Todesfuge«); ein reitender Tod in der Reihstraße mit den Worten »es eilt«; die Fratze eines Atomkriegsgenerals am Augustinerbach, der eine US-Rakete befiehlt und den finalen Knopf drückt, mit den Worten »Der große Krieg« (erhalten); ein strahlendes Atomkraftwerk in der Schinkelstraße, das Leichen produziert; ein gelber Blitz, davor der schwarze Schatten eines getöteten Menschen, im Hintergrund kernphysikalische Formeln, in der Forckenbeckstraße; ein gefräßiges Auto-Ungeheuer in der Goerdelerstraße, das einen Radfahrer überfährt. Aber auch lebensfrohe Gestalten wie ein junges Liebespaar am Café Kittel

(Pontstraße Ecke Augustinerbach, erhalten), einen tanzenden Punk am Löhergraben, einen fröhlichen Hausbesitzer am Johannes-Höver-Haus in der Rütcher Straße, einen »zwischen den Tagen« träumenden Punk auf der Bank am Augustinerbach.⁶⁷

10 1977–79: Stop de neutronenbom! Beendet das Wettrüsten!

1977 wurden Pläne der US-Regierung Carter bekannt, in den Niederlanden und in Westdeutschland sog. **Neutronenwaffen** zu stationieren. Das waren Atomsprengköpfe, die den größten Teil der entfalteten Energie in Form radioaktiver Strahlung freisetzen sollten. Der militärstrategische Gedanke dahinter war die Fähigkeit, angreifende Soldaten massenhaft zu töten, ohne die Infrastruktur des Kriegsschauplatzes komplett zu zerstören. Waffen, die Menschen töten, Panzer und Gebäude aber verschonen sollten – der Sozialdemokrat Egon Bahr sprach von einer »Perversion menschlichen Denkens«. April 1978 legte US-Präsident Jimmy Carter den Plan auf Eis. Die Rolle der von Helmut Schmidt (1918–2016) geführten Bundesregierung blieb dabei unklar.⁶⁸

Die Pläne lösten zunächst in den Niederlanden heftige Proteste aus, in dem kirchliche Gruppen führend waren. Dort entstand 1977 ein von dem Friedensforscher Ben ter Veer (1935–2004) geführter Interkirchlicher Friedensrat, der gemeinsam mit vielen anderen Gruppen eine große Kampagne gegen Atomwaffen und speziell gegen die Neutronenbombe startete. Sie stand unter dem Motto: »Help de kernwapens de wereld uit, om te beginnen uit Nederland« (»Helft mit, Kernwaffen aus der Welt zu kriegen, zuerst aus den Niederlanden«). Die Kampagne gipfelte Oktober 1981 und Oktober 1983 in zwei riesigen Demonstrationen in Amsterdam und

diese Wahl, ihr Spitzenkandidat Tadeusz Mazowiecki wurde Ministerpräsident. April 1989 besetzten demonstrierende Studentinnen und Studenten den **Tian'anmen-Platz in Peking**, um eine Demokratisierung des Landes durchzusetzen. Parteichef Zhao Ziyang, der einen Kompromiss mit der Demokratiebewegung suchte, wurde abgesetzt; am 3. Juni schlug die Armee den Aufstand in Peking mit Gewalt nieder, wobei Hunderte von Menschen ums Leben kamen.¹²⁹ In der DDR erregte das offizielle Ergebnis der Kommunalwahlen vom Mai 1989 heftigen Unmut und zahlreiche Proteste, da es viele Hinweise auf eine Wahlfälschung durch die SED gab.¹³⁰ Es entstand eine Ausreisewelle, viele Menschen versuchten, über Ungarn oder Polen in die BRD zu gelangen. Die ungarische Regierung öffnete im Sommer 1989 die Grenze zu Österreich. Oktober 1989 demonstrierten in Leipzig und Plauen Tausende von Menschen für Meinungsfreiheit und Demokratie. Um ihre Diffamierung als »Rowdies« durch SED-Chef Honecker zu kontern, riefen sie die Parole »Wir sind das Volk«. Selbst aus der offiziellen FDJ-Parade zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin heraus erschollen Rufe an den anwesenden Gorbatschow: »Perestroika!« »Gorbatschow, hilf!« Die Protestbewegung führte zunächst zum Sturz Honeckers, der durch Egon Krenz ersetzt wurde. Krenz verwendete in seiner Antrittsrede den Begriff »Wende«. Am 4. November versammelten sich auf dem Berliner Alexanderplatz rund 500 000 Menschen, um gegen das SED-Regime und für politische Freiheiten und Reisefreiheit zu demonstrieren. Die DDR-Regierung lies zunächst freie Ausreisen über die Tschechoslowakei nach Westdeutschland zu. Am 9. November um 19 Uhr stieß SED-Funktionär Günter Schabowski auf einer Pressekonzferenz stotternd die Berliner Mauer um.

Januar 1990 handelte Ministerpräsident Hans Modrow (SED-PDS) eine Regierungsbeteiligung von acht Vertreterinnen und Vertretern des »Zentralen Runden Tisches« der Oppositions-

gruppen, die Auflösung des Stasi-Apparates und die Ausrufung einer Volkskammerwahl aus. März 1990 gewann entgegen vieler Wahlprognosen die von der CDU dominierte »Allianz für Deutschland« die Volkskammerwahl, ihr Vorsitzender Lothar de Maizière wurde Ministerpräsident. Kurz vor der Wahl hatte Bundeskanzler Kohl überraschend eine schnelle Währungsunion ins Spiel gebracht, also die Übertragung der D-Mark auf die DDR. Diese kam dann auch zum 1. Juli 1990. Damit war das Schicksal der DDR und einer eigenständigen Wirtschaft in Ostdeutschland, auch das Schicksal von vielen Millionen Arbeitsplätzen in Ostdeutschland besiegelt. Die D-Mark berechnete dazu, Westwaren zu konsumieren, wodurch alle ostdeutschen Produkte und Dienstleistungen schlagartig wertlos wurden. Die aus Teilen der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) wie auch die im Neuen Forum und im Bündnis90 zusammengeschlossene frühere Bürgerrechtsbewegung wurden gleichzeitig beiseite gefegt, weil die Perspektive einer reformierten DDR verschwand. Kohl handelte mit de Maizière, Gorbatschow, US-Präsident George Bush Sr., dem französischen Präsidenten François Mitterrand und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in kurzer Zeit, bis September 1990, den Zwei-plus-Vier-Vertrag aus. Danach konnte zum 3. Oktober 1990 der **Beitritt der DDR zur BRD** vollzogen werden. Kohl krönte seinen Triumph mit einem Wahlsieg bei den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen Dezember 1990. SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine (*1943) fand wenig Gehör für seine Warnungen vor einer drohenden Massenarbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern.

Der Wegfall des Ost-West-Gegensatzes stellte für einige Jahre die **Legitimation der NATO** und ihrer ständigen Aufrüstungsbedarfe in Frage. Man sprach von der »Friedensdividende«, also von Ressourcen, die jetzt endlich für friedliche Zwecke zur Verfügung standen. In Deutsch-

67 Wikipedia: Klaus Paier (Graffiti-Künstler) (Stand August 2024, mit Bildergalerie)

68 Andreas Lutsch: Gleichgewicht vor Westbindung. Die Regierung Schmidt und die »Neutronenbombe« (1977/78) – eine Neubewertung. Historische Zeitschrift 310, 2020 (Zusammenfassung)

129 Wikipedia: Tian'anmen-Massaker (Stand August 2024)

130 Wikipedia: Wende und friedliche Revolution in der DDR (Stand August 2024)

ve Kaiserplatz im Malteserkeller; den Besuch russischer Gräber in Rurberg.¹²⁶ Die genannte **Großdemo in Hasselbach** im Hunsrück fand am 11. Oktober 1986 statt. Das Gipfeltreffen von Gorbatschow und Reagan am gleichen Tag in Reykjavik machte Hoffnung, dass die gefährlichen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper alsbald wieder verschwinden könnten.

Zur Bundestagswahl Januar 1987 kandidierte noch einmal die **Friedensliste**, aber nur mit Direktkandidaten für die Erststimme. Direktkandidat für Aachen-Stadt war der Philosophieprofessor Matthias Gatzemeier.¹²⁷ Bundesweit erzielte die Friedensliste 0,5 % der Erststimmen.

Mai 1987 wurde der Karlspreis der Stadt Aachen an den früheren US-Außenminister Henry Kissinger verliehen. Die Entscheidung stieß in Aachen auf heftige Proteste von Linken, Linkliberalen und Sozialdemokraten. Schon die beiden Preisträger der Vorjahre, Ex-Bundespräsident Karl Carstens und König Juan Carlos von Spanien, waren wegen ihrer nationalkonservativen Ausrichtung umstritten gewesen. Aus den Protesten ging die Idee eines »alternativen Karlspreises« hervor. Der **Verein Aachener Friedenspreis** gründete sich Ende 1987, erster Vereinsvorsitzender war Pfarrer Albrecht Bausch. Am 1. September 1988, also bewusst am Anti-Kriegs-Tag mit Bezug zum II. Weltkrieg, wurde der Aachener Friedenspreis erstmals verliehen, und zwar an Pfarrer Werner Sanß (1913–2004), einen Aktivisten der Ostermarschbewegung der 1960er Jahre, und Pfarrerin Jutta Dahl (*1943), die den Widerstand gegen den Raketenstützpunkt Hasselbach im Hunsrück maßgeblich organisiert hatte.

1987 herrschte zwar Funkstille zwischen Bundesregierung und Sowjetunion, aber **Erich Honecker und die SED der DDR** durften sich über erhöhte Aufmerksamkeit in Bonn freuen: Im August unterzeichneten die Parteiführungen von SPD und SED ein gemeinsames Papier über

den »Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«, das auf westlicher Seite maßgeblich von Erhard Eppler und Thomas Meyer ausgehandelt worden war. Dort hieß es, BRD und DDR müssten sich »auf einen langen Zeitraum einrichten«, in dem sie »nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, dass ein System das andere abschafft. Sie richtet sich darauf, dass beide Systeme reformfähig sind und der Wettbewerb der Systeme den Willen zur Reform auf beiden Seiten stärkt.«¹²⁸ Viele oppositionelle Gruppen in der DDR erhofften sich eine Öffnung des Regimes zu Reformen und offeneren Diskussionen. Einen Monat später zog Bundeskanzler Kohl nach und empfing den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, in Bonn zum Staatsbesuch. Niemand ahnte, was der DDR und den Ostblockstaaten bevorstand.

13 Die Wende von 1989/90

Ab 1988 zeigte sich, dass **Gorbatschows Reformkommunismus** in der Sowjetunion nicht die erhofften Erfolge erzielte. Die Produktivität der Wirtschaft sank auf breiter Front, vor allem die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln verschlechterte sich. Gleichwohl erfreute sich die Demokratisierung großer Beliebtheit in Westdeutschland, in der DDR und in anderen Ostblockstaaten, vor allem in Polen und Ungarn. In **Polen** erzwang die Gewerkschaft Solidarność ab 1988 eine Demokratisierung des Landes: Anfang 1989 wurde in Polen der erste »Runde Tisch« aufgestellt, an dem Vertreterinnen und Vertreter der oppositionellen Gruppen und der polnischen Regierungspartei u. a. eine offene Wahl mit mehreren Parteien im Juni 1989 vereinbarten. Die aus der Solidarność hervorgegangene Partei gewann

Den Haag. In Europa sprach man von der »**holländischen Krankheit**«. Der Kampf gegen die Neutronenbombe prägte die Lieder und Aktionsformen der Friedensbewegung der 1980er Jahre: Das sog. Die-in, bei dem sich Aktivistinnen und Aktivisten auf ein Signal hin wie tot auf den Platz legten, simulierte die Explosion einer Neutronenbombe, die die Menschen töten, die Gebäude aber stehen lassen sollte. Die Grüne Petra Kelly (1947–1992) brachte diese Aktionsform angeblich aus Australien nach Westdeutschland mit. In dem von der niederländischen Rockgruppe »Bots« (mit dem Leadsänger Hans Sanders) gesungenen Lied »Das weiche Wasser«, das in den 1980er Jahren bei vielen Demos erklang, kamen die Zeilen vor:

Die Bombe, die kein Leben schont, / Maschinen nur und Stahlbeton, / hat uns zu einem Lied vereint: / Das weiche Wasser bricht den Stein!

Die deutsche Übersetzung stammt von Dieter Hildebrandt und Hanns Dieter Hüsch.

Im Mai 1979 fand die **erste Aachener Friedenswoche** statt. Vorbild dafür waren die niederländischen Friedenswochen, die seit 1977 jährlich im September stattfanden. In dem Rahmen lud die Evangelische Studentengemeinde (ESG) zu einem »Forum zu Abrüstung und Sicherheit« ein, gemeinsam mit DFG/VK und KoFAZ.⁶⁹ Am 1. September 1979, dem 40. Jahrestag des Kriegsausbruchs 1939, gab es die **erste Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten**. Sie stand unter dem Motto »Den Frieden sichern – das Wettrüsten beenden« und trug erstmals die von rechts unten nach links oben fliegende weiße Friedenstaube auf blauem Grund als Symbol.⁷⁰ Dazu aufgerufen hatte das 1974 gegründete Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ), das von Gunnar Matthiessen (1939–1996) geleitet wurde. Dem KoFAZ-Büro

gehörten 1979 Mechtild Jansen, Gerhard Kade, Konrad Lübbert, Klaus Mannhardt, Gunnar Matthiessen, Martin Niemöller, Joseph Rossaint und Horst Trapp an. Ende 1978 entstand auch in Aachen eine **KoFAZ-Gruppe**, geleitet von Kurt Heiler (1952–2019) und Renate Linsen, die über rund sechs Jahre hinweg die meisten Aachener Friedensaktionen vorbereitete, darunter die Aachener Friedenswochen jeweils im Mai. Sie traf sich donnerstags im Lokal »Ejjene Klenkes« in der Heinrichsallee.

11 1979–84: Hopp hopp hopp! Atomraketen stopp!

Am 12. Dezember 1979 tagte der NATO-Gipfel in Brüssel und beschloss dort, in Mitteleuropa 198 neuartige **Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II** und 464 atomar bestückte **Marschflugkörper** (Cruise missiles) von Typ Tomahawk zu stationieren.⁷¹ Die NATO begründete das mit einem angeblichen Übergewicht sowjetischer SS-20-Raketen, die im Westen der Sowjetunion auf mobilen Lafetten stationiert waren. Beigelegt war ein unverbindliches Verhandlungsangebot an den Warschauer Pakt mit der Floskel, man sei gegebenenfalls bereit, den Beschluss »im Lichte neuer Verhandlungsergebnisse« zu überprüfen. Deshalb sprach die NATO von einem »Doppelbeschluss«. Schon am 9. Dezember 1979 demonstrierten in Brüssel, bei Regen und Sturm, Tausende von Friedensfreundinnen, darunter viele Westdeutsche (und Aachener), gegen die drohende Aufrüstung mit neuen Raketen,⁷² die die Vorwarnzeiten eines Atomkriegs drastisch verkürzen würden, vor allem für die Sowjetunion, deren Metropolen, anders als die der USA, im Zielgebiet der neuen Atomwaffen lagen. Der NATO-Beschluss ging

⁶⁹ Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

⁷⁰ Zeitungsförmiger Aufruf im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

⁷¹ Wikipedia: NATO-Doppelbeschluss (Stand August 2024). Zur Rolle Schmidts siehe dort unter »Vorgeschichte«.

⁷² Martin Niemöller erinnerte in seiner Rede für die Bonner Demonstration vom 10. 10. 1981 an die Brüsseler Vorgängerdemonstration, an der auch der Verfasser teilnahm. Bonn 10. 10. 1981. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos..., hg. v. Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste u. a., Bonn 1981, S. 112

¹²⁷ Flugblatt der DKP-Hochschulgruppe im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

¹²⁸ Wikipedia: Der Streit der Ideologien... (Stand August 2024)

auf eine Initiative des westdeutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt zurück, der schon 1977 begonnen hatte, vor einer angeblichen »Raketenlücke« zu warnen. Diese machte, wie Schmidt behauptete, Westeuropa erpressbar.

Der NATO-Raketenbeschluss war **Symptom eines neuen Kalten Krieges** zwischen NATO und Warschauer Pakt. Die sowjetische Regierung (Generalsekretär Leonid Breschnew, Ministerpräsident Alexej Kossygin, Außenminister Andrej Gromyko) reagierte noch im gleichen Monat mit einer militärischen **Intervention in Afghanistan**. Dort führten von den USA und von Saudi-Arabien unterstützte islamistische Milizen einen Bürgerkrieg gegen die 1978 entstandene Revolutionsregierung in Kabul, die sich zur Aufgabe gemacht hatte, das rückständige Land und vor allem die Mädchen dort zu alphabetisieren. Die von Gulbuddin Hekmatyar geführten, vom Westen unterstützten »Freiheitskämpfer« oder »Mujahedin« brannten die Schulen ab und ermordeten die Lehrer. US-Präsident Carter reagierte auf den sowjetischen Einmarsch mit der Ankündigung, die Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 zu boykottieren. In Pakistan posierte sein Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski mit einer Maschinenpistole an der Grenze. Helmut Schmidt und NOK-Präsident Willi Daume sträubten sich anfangs gegen diese Zuspitzung, gaben dem amerikanischen Drängen aber schließlich nach, sodass auch die BRD die Spiele in Moskau boykottierte. Carter und sein im November 1980 gewählter Nachfolger Ronald Reagan setzten die Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion zeitweise aus. Das Verhandlungsangebot der NATO war Makulatur.

Auch die CDU/CSU stieg voll in den neuen Kalten Krieg ein und nominierte den bayerischen Ministerpräsidenten und Atomfanatiker Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten, der in Bayern mit der polarisierenden Parole »Frei-

heit oder Sozialismus« auftrat. Rasch entstand eine Bewegung **»Aktiv gegen Rechts – Stoppt Strauß!«**. In Aachen lud ein Bündnis aus Initiative gegen Berufsverbote, Jusos, VVN – Bund der Antifaschisten und SJD Die Falken für den 8. Dezember 1979 zu einer Veranstaltung mit dem Marburger Politologen und Faschismusforscher Reinhard Kühnl ein.⁷³

11.1 1980

Am 16. April 1980 sprach **Franz Josef Strauß** (CSU) im Aachener Tivoli zum Landtagswahlkampf der CDU (zunächst war der Katschhof vorgesehen).⁷⁴ Ein linkes, sozialdemokratisches und friedensbewegtes Bündnis organisierte eine Gegenkundgebung am Vortag im Audimax und eine Demo am Tag des Strauß-Auftritts vom Elsassplatz zum Elisenbrunnen mit dem Motto »Aktiv gegen rechts – Stoppt Strauß!«. Strauß wurde als Mann des Kalten Krieges, der Repression, der »zivilen und militärischen Atommacht«, als Freund faschistischer Regime und Feind der Gewerkschaften angegriffen. Es sprachen SPD-MdB Klaus Thüsing, Christoph Strässer als Bundesvorsitzender der Jungdemokraten u. a. Im Mai verlor die CDU die Landtagswahl, die SPD errang die absolute Mehrheit. Im September und Oktober zog der **»Anachronistische Zug«** unter dem Motto »Brecht statt Strauß« durch die BRD; am 4. Oktober erreichte er Aachen und zog dort vom Tivoli zum Markt. Das war eine szenische Aufführung des Brecht-Gedichts »Der anachronistische Zug« aus dem Jahr 1947 mit Hanne Hiob als Sprecherin.⁷⁵ In Aachen gab es einen Unterstützerkreis um die Gruppe »Gewerkschafter gegen Strauß« (um Betriebsrat Ludwig Jost), der Infostände und eigene Veranstaltungen organisierte. Es gab eine Aktionswoche »Aktiv gegen Rechts« vom 22. bis 27. September. Die Aachener Jusos organisierten für den 27. September eine **»Fahrradrallye gegen Militarismus«** mit kleinen Kund-

als er Oktober 1986 in einem Interview mit der US-Zeitschrift »Newsweek« über Gorbatschow sagte: »Das ist ein moderner kommunistischer Führer. Der war nie in Kalifornien, nie in Hollywood, aber versteht was von PR.« So wollte er Reagan vor den gefährlichen Abrüstungsangeboten des Kommunisten warnen. Gorbatschow sah sich deshalb gezwungen, die Beziehungen zur Bundesregierung zwei Jahre lang auf Eis zu legen.¹²²

Die Aachener VVN-BdA veröffentlichte gemeinsam mit dem Seniorat Geschichte an der RWTH April 1985 die Broschüre **»40 Jahre CDU: Wie es begann. Der Padover-Bericht: Aachen 1944/45«**. Darin legte sie die erste deutsche Übersetzung eines Berichts vor, den der amerikanische Geheimdienstoffizier Saul Padover Anfang 1945 über die von der US Army eingesetzte, von Bürgermeister Franz Oppenhoff geführte deutsche Stadtverwaltung jener Stadt angefertigt hatte, die die US Army Oktober 1944 als erste deutsche Großstadt befreit hatte. Padover hatte festgestellt, dass Oppenhoff und seine Mitbürgermeister Kurt Pfeiffer, Josef Hirtz u. a. ein streng konservatives, deutschnationales und antidemokratisches Weltbild vertraten. Padover hatte auch ganz andere Leute in Aachen interviewt, etwa den Sozialdemokraten Heinrich Hollands und die Kommunistin Anna Braun-Sittarz; auch diese Interviews übersetzten die drei Autoren Kurt Heiler, Jens Jürgen Korff und Michael Propers 1985 erstmals ins Deutsche.

April 1986 explodierte das sowjetische **Atomkraftwerk Tschernobyl**, sein Graphitkern geriet in Brand und verseuchte einige insgesamt 6400 km² große Gebiete, darunter die Stadt Prypjat, so stark, dass sie dauerhaft evakuiert werden mussten.¹²³ Radioaktive Wolken belasteten mit ihrem Fall-out große Gebiete Russ-

lands, Weißrusslands, der Ukraine, Finnlands, Schwedens, Norwegens, Bulgariens, Rumäniens, Polens, Deutschlands, Österreichs und Jugoslawiens. 356 000 Menschen wurden umgesiedelt. Rund 600 000 Menschen waren als Likvidatoren eingesetzt, um die Folgen der Katastrophe einzudämmen. Tausende von ihnen wurden schwer radioaktiv verstrahlt. Gorbatschow äußerte um 2015 in einem Interview, dass er das Ende der Sowjetunion fünf Jahre später weitgehend auf die Folgen dieser Katastrophe zurückführe. Im April und Mai stellte die AKW-Nee-Gruppe Aachen eine Bürgeranfrage an den Aachener Stadtrat zu den Gefahren, die von den Atomkraftwerken Tihange II und Kalkar ausgingen.¹²⁴ Am 31. Mai demonstrierten Aachener Atomkraftgegnerinnen und -gegner für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen.

Die Aachener Friedensbewegung setzte ihren jährlichen Veranstaltungsturnus 1985–1989 wie gewohnt fort, wenn auch auf niedrigerem Beteiligungsniveau als in den Vorjahren. **Ostermärsche** fanden in dieser Zeit weiterhin statt, so 1986 von der NATO-Kommandozentrale Linnich-Glimbach nach Jülich und am Ostermontag in Köln, 1987, 1988 und 1989 abermals bei Glimbach und dann in Köln.¹²⁵ **Friedenswochen** gab es Mai 1985, Mai 1986, Mai 1987 und Mai 1988. Besonders groß fiel die 8. Aachener Friedenswoche 1986 aus. Das Programm nennt einen Film über Willi Bleicher; eine Vorbereitungsveranstaltung zur geplanten Großdemo im Hunsrück; einen Stafettenlauf des Friedensforums Aachen; einen Frühschoppen der Friedensliste; eine Lesung über die »Bunkerrepublik Deutschland« mit Walter Popp; Infos über SDI mit Gerhard Heß; einen Liedertreff der Schüler für den Frieden im Elisengarten; ein Fest gegen Neofaschismus in Genk (Belgien); eine Kleinkunstfete der Friedensinitiati-

122 Solveig Grothe: Politiker-Entgleisungen. Spiegel Geschichte 22. 11. 2010 (online)

123 Wikipedia: Nuklearkatastrophe von Tschernobyl (Stand August 2024)

124 Flugblätter in Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

125 Archiv Peikert, Ostermarsch Glimbach 1986; Ostermarsch Köln 1986; Ostermärsche Aachen 1982–89

126 Archiv Peikert, Aachener Friedenswochen 1982–88

73 Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

74 Archiv Korff, Mappe 14: Bewegung »Stoppt Strauß!«, Aachen, Dez. 1979 bis Juni 1980

75 Archiv Korff, Mappe 15: Bewegung »Stoppt Strauß!«, Türkei-Solidaritätsbewegung, Aachen, Juli 1980 bis Sept. 1981

12 1985–88: Perestroika, Tschernobyl, Aachener Friedenspreis

März 1985 wählte das Politbüro der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPD) Michail Gorbatschow (1930–2023) zum neuen Generalsekretär. Gorbatschow begann alsbald eine Reformpolitik, die er ab 1986 als **Perestroika** (Umbau) bezeichnete. Dazu gehörte eine größere wirtschaftliche Autonomie der Betriebe, ein Abbau der zuvor gewaltigen Rüstungslast, ab 1988 auch eine erheblich vergrößerte Meinungsfreiheit (unter dem Schlagwort Glasnost) und die Einführung einer Rätedemokratie. In mehreren Gipfeltreffen mit US-Präsident Reagan vereinbarte Gorbatschow eine reale Abrüstung von Atomwaffen; im Dezember 1987 schlossen USA und Sowjetunion den **INF-Vertrag**, der u. a. den Abbau der ab 1984 stationierten amerikanischen Mittelstreckenwaffen und der sowjetischen SS-20-Raketen regelte. Gorbatschow verkündete die Vision, dass die Welt atomwaffenfrei ins neue Jahrtausend gehen könne.

Ein Vergleich mit früheren Episoden der sowjetischen Geschichte legt die Vermutung nahe, dass diese Schritte der Öffnung nur deshalb möglich waren, weil zuvor die Friedensbewegung in den westlichen Ländern das Tor zur Abrüstung, zur Beendigung des Kalten Krieges und zu einer positiven Anerkennung der sowjetischen und osteuropäischen Bevölkerungen aufgestoßen hatte. Wenn Helmut Kohl, Helmut Schmidt und andere behaupteten, sie hätten mit ihrer Treue zur NATO-Aufrüstung die Sowjetunion »totgerüstet« und so ihr Ende herbeigeführt, so können wir dem folgendes historische Faktum entgegen halten: Dank Gorbatschow hat die Sowjetunion auf die NATO-Aufrüstung von 1984 nicht mit einer weiteren Aufrüstungs-

spirale reagiert, sondern im Gegenteil mit einseitigen Abrüstungsschritten. Beispielsweise verzichtete Gorbatschow darauf, ein Gegengewicht zu den britischen und französischen Atomwaffen zu behalten. Wenn wir annehmen, dass Gorbatschows Reformkommunismus letztlich das Ende des Ostblocks herbeigeführt hat, dann wäre sogar das ein später Erfolg jenes Teils der Friedensbewegung, der wie z. B. Petra Kelly ein Ende der Blockkonfrontation hatte herbeiführen wollen.

Die Schaffung freundlicher Beziehungen zwischen USA bzw. Westdeutschland und Sowjetunion bzw. Russland musste beim Umgang mit der Erbe des II. Weltkriegs beginnen. Ein großer Schritt war die sowjetisch-amerikanische Dokumentarfilmserie »**The Unknown War**« (russisch »Der Große Vaterländische Krieg«) von 1978, die auf deutsch 1979 unter dem Titel »Die entscheidende Front« in der DDR und 1981 unter dem Titel »Der unvergessene Krieg« in der BRD ausgestrahlt wurde.¹²⁰ Sie zeigte 20 Epochen des deutsch-sowjetischen Krieges 1941–45 aus sowjetischer Sicht. Die Ausstrahlung in der BRD löste eine Welle von Hassbriefen deutscher Militaristen aus, und die ARD zeigte vorsichtshalber nur 15 der 20 Folgen, ließ u. a. die Folge über den Partisanenkrieg aus. **1985 jährte sich das Kriegsende zum 40. Mal.** In Westdeutschland ging die Rede, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Jahrestag hielt, in die Geschichte ein, weil er darin als erster offizieller Vertreter der BRD anerkannte, dass die Alliierten 1945 Deutschland vom »Nationalsozialismus« befreit hatten,¹²¹ und erstmals den kommunistischen Widerstand gegen das Naziregime und den erfolgreichen sowjetischen Feldzug gegen die Nazi-Invasoren als historische Heldentaten würdigte. Der Historiker und Bundeskanzler Helmut Kohl nutzte den Rückgriff auf die Nazizeit auf seine Weise,

gebungen vor einem Spielwarengeschäft, am Bunker Saarstraße, am Pressezentrum Bushof, vor einer Spielhöhle, vor der Maschinenfabrik Garbe-Lahmeyer, am Schießplatz Lintert, am Waldfriedhof (wo Gräber von KZ-Opfern aufgesucht wurden), vor der Gallwitz-Kaserne und in der Moltkestraße. Sie endete auf dem Neumarkt mit einem Straßenfest.

Mai 1980 fand die **2. Aachener Friedenswoche** statt. Die westdeutsche Friedensbewegung zog weitere Konsequenzen und formulierte November 1980 den **Krefelder Appell**. Der Physiker Karl Bechert (1901–1981), der evangelische Kirchenpolitiker Martin Niemöller, der Verfassungsjurist Helmut Ridder (1919–2007) und der Journalist Gösta von Uexküll (1909–1993) als Vertreter der Kampf-dem-Atomtod-Bewegung von 1957/58, der Bundeswehrgeneral Gert Bastian (1923–1992), die Grünenpolitikerin Petra Kelly und der Jungdemokrat Christoph Strässer (*1949) als jüngere Friedensbewegte hatten zum Krefelder Forum eingeladen, und 1500 Anwesende beschlossen dort den von Bastian und dem DFU-Politiker Josef Weber (1908–1985) vorgelegten Textentwurf:

Der Atomtod bedroht uns alle – keine neuen Atomraketen in Europa! Wir fordern die Bundesregierung auf,

- *die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;*
- *im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrüstens sein zu wollen.*

Bis Ende 1983 sammelte die Friedensbewegung an tausenden von Infoständen und in tausenden von lokalen Veranstaltungen zwischen 4 und 5 Millionen handgeschriebene Unterschriften

auf den linierten Listenblättern des Krefelder Appells. In Aachen kümmerte sich vor allem die lokale KoFAZ-Gruppe darum. Es war die mumaßlich größte außerparlamentarisch organisierte Petition der deutschen Geschichte. Seit dem Krefelder Appell gehört die Petition zu den politischen Standarddruckmitteln, wie sie später professionell von Internetplattformen wie Campact oder Avaaz zu tausenden von Themen betrieben wurde und wird.

Die Bundeswehr ließ sich bei der Inszenierung des neuen Kalten Krieges nicht lumpen und steuerte ab 1980 **öffentliche Rekrutengelöbnisse** bei. November 1980 war eines in Bonn geplant, und die rheinische Friedensbewegung, darunter das Aachener KoFAZ, mobilisierte zur Gegenkundgebung. Am 12. November blies das KoFAZ zur »alternativen Rekrutenvereidigung für Abrüstung, Frieden und Freundschaft« am Elisenbrunnen.⁷⁶ Ende 1980 wurde ein Beitrag des amerikanischen Politologen Colin S. Gray bekannt, der die These vertrat, ein Atomkrieg sei für die USA gewinnbar (bei eigenen Verlusten von rund 20 Mio. Menschenleben), und zwar mit Hilfe von Mittelstreckenraketen, die fast ohne Vorwarnzeit die Sowjetunion »enthaupten« könnten. 1983 übernahm das Pentagon Grays Kriegsstrategie in ein »Leitlinien-Dokument« für die Jahre 1983–88.⁷⁷

11.2 1981

Februar 1981 hob ein Gericht den Baustopp für das **AKW Brokdorf** an der Unterelbe auf. Die Anti-AKW-Bewegung rief für den 28. Februar zur Großdemonstration in Itzehoe, Wilster und der Wilstermarsch auf.⁷⁸ Der Landrat verbot die Demonstration unter Bruch der Verfassung, das Verwaltungsgericht erlaubte sie wieder, das Oberlandesgericht verbot sie während der Anfahrt der Demonstranten erneut, das Bundes-

¹²⁰ Wikipedia: Der unvergessene Krieg (Stand August 2024). Es bleibt eine Merkwürdigkeit, dass der Krieg auf Amerikanisch als »unknown war«, als »unbekannter Krieg« bezeichnet wurde, auf deutsch dagegen als »unvergessener Krieg«. Da in den USA der gleichzeitig stattfindende Seekrieg gegen Japan die Aufmerksamkeit stark dominiert hatte, war der Landkrieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion dort vergleichsweise unbekannt.

¹²¹ Wikipedia: Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges... (Stand August 2024)

⁷⁶ Flugblatt im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

⁷⁷ Hans Rondi: Wie weiter mit der Friedensbewegung? Arbeitspapier für ein DFU-Seminar, 2. 7. 1983. Im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

⁷⁸ Wikipedia: Großdemonstration bei Brokdorf (Stand August 2024)

verfassungsgericht erklärte das Verbot 1985 für unzulässig. Trotz Verbots und des größten Polizeieinsatzes in der westdeutschen Geschichte (10.000 Beamte im Einsatz) kamen rund 100 000 Demonstranten, darunter über 100 aus Aachen, nach Wilster durch, rund 50 000 marschierten bei eisigem Ostwind durch die zugefrorene Wilstermarsch auf das AKW zu, während die Polizei mit tief fliegenden Bundesgrenzschutz-Hubschraubern, zerstreut abgesetzten Knüppelgarden und Wasserwerfern auf dem Baugelände die Kathedrale der Atomzeit gegen die grünen Vorboten der Erneuerbaren verteidigte. Der Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) schloss sich dem Protest an und erwirkte einen Parteitagsschluss für den Ausstieg Hamburgs aus dem AKW Brokdorf; darauf wurde er von einer Atom- und Betonfronde in der eigenen Partei (Werner Staak und Konsorten) gestürzt, er trat im Mai 1981 zurück.⁷⁹

April 1981 fanden wieder größere Ostermärsche statt, darunter der **Ostermarsch Rheinland** von Geilenkirchen zum Flughafen Tevenen, wo die AWACS-Spionageflugzeuge stationiert werden sollten (zum Stückpreis von rund 500 Mio. DM). Im Mai organisierte die Aachener KoFAZ-Gruppe die 3. **Aachener Friedenswoche**, eine »Woche« mit 14 Tagen.⁸⁰ Den Aufruf dazu unterstützten 56 Aachener Gruppen und Organisationen, es gab 27 Veranstaltungen, darunter eine Eifelwanderung (wo gerade Manöver mit Pershing-I-Raketen stattfanden), eine Diskussion mit dem Volkswirtschaftler Klaus Dörner und dem DFU-Politiker Pfarrer Werner Sanß; ein Pressefest der Studentenzeitschrift »frontal«; einen Zeitzeugenbericht des Ostermarschierers Hans Rondi; mehrere Filmvorführungen (darunter die britische Doku »War Game« von Peter Watkins über die mutmaßlichen Folgen eines Atomkriegs);

Diskussionen über Reagans Außenpolitik (mit Bernd Greiner), Entwicklungspolitik (mit Heiko Hoffmann), den »Nachrüstungsbeschluss« und die Medien (mit FR-Redakteur Anton Andreas Guha), Katastrophenmedizin, die sowjetischen Abrüstungsvorschläge, zivile Strategien gegen Atomwaffen (mit Roland Voigt) oder die Frage, ob der Kampf der Befreiungsbewegungen den Weltfrieden gefährde; eine alternative Stadtrundfahrt zu Stätten von Widerstand und Verfolgung; Straßentheater von Zivildienstleistenden; Bücherlesungen mit Peter Maiwald und Hans Kals; eine Kranzniederlegung im Westfriedhof. Am 16. Mai fuhren Busse zu einer Friedensdemonstration in Mönchengladbach. Weitere »Friedensmärsche« fanden am 16. Mai in Hamburg, Frankfurt und Bielefeld statt.⁸¹ Bundeskanzler Schmidt drohte indessen der eigenen Partei mit Rücktritt und mit einem Koalitionswechsel der FDP für den Fall, dass sich die SPD auf die Seite der Friedensbewegung schlagen sollte.⁸²

Juni 1981 geriet der **Evangelische Kirchentag in Hamburg** zu einem neuen Höhepunkt der Friedensbewegung.⁸³ Es gab zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Rüstung und Kriegsgefahr; Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) trat auf einem Forum auf, um die NATO-Aufrüstung zu verteidigen, wurde aber von Teilen des Publikums mit Getrappel übertönt; ein Posaunenchor versuchte wiederum, das Getrappel zu übertönen. Apels Dienstwagen wurde mit Blut bespritzt. Eine Demonstration durch Hamburg zog rund 100 000 Menschen an, es war die bislang größte Demonstration für Abrüstung in der westdeutschen Geschichte. Der niederländische Friedensforscher Ben ter Veer rief in seiner Rede zu einer neuen Großkundgebung am 10. Oktober in Bonn auf. Auf den Text des Aufrufes hatten sich Ver-

neut von Düren# nach Nörvenich#. Während der 6. **Aachener Friedenswochen im Mai** sprachen Reinhard Opitz über Neofaschisten, Wilfried Duisberg und Micha Hilgers über Angst vorm Atomkrieg, Paul Schmetter über die Lage in Nicaragua, Dieter Schinzel (MdEP SPD) über »Supermacht Europa?«. Lutz Görner und Ulrich Türk präsentierten »Texte verbrannter Dichter« (also von Dichtern, deren Werke die Nazis 1933 öffentlich verbrannt hatten). Ein Friedens-Autokorso führte vom Bendplatz nach Laurensberg, Richterich, Kohlscheid, Herzogenrath, Alsdorf, Hoengen, Mariadorf, Broichweiden, Würselen und endete im Frankfurter Viertel, wo auf dem Neumarkt ein Straßenfest der Stadtteil-Friedensinitiativen stattfand. Ein weiteres Friedensfest auf Gut Kullen feierte die Ausrufung der atomwaffenfreien Zone Schürzelter Straße, deren Anwohner mehrheitlich den Aufruf unterschrieben hatten.¹¹⁴

Am 17. Juni 1984 fand die zweite Direktwahl zum Europaparlament statt. Für diese Wahl kandidierte erstmals das Wahlbündnis **»Die Friedensliste«**, das vor allem von DKP, DFU und Demokratischen Sozialisten, einer Linksabspaltung der SPD, unterstützt wurde. Sie erzielte mit den Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hansen, Ewald Lienen und Uta Ranke-Heinemann bundesweit 1,3 % der Stimmen.¹¹⁵ Die lokalen Friedensgruppen mobilisierten gleichzeitig zu einer **Volksbefragung über die Raketenfrage** vor den Wahllokalen. In Aachen erkletterten einige Tage zuvor zwei Aktivisten¹¹⁶ über ein Baugerüst das Dach des Aachener Doms und hängten dort ein Transparent auf: »Im Atomkrieg: Der Dom steht unter Schutz. Seine Besucher nicht. Stoppt Pershing II. Volksbefragung 17.6.« Die Volksbefragung war Gegenstand von zwei »Schriftlichen Fragen« der Bundestagsabgeordneten Lutz (SPD) und Christa Nickels (die Grünen) an

die Bundesregierung, weil Staatssekretär Carl-Dieter Spranger (CSU) die Aktion vor den Wahllokalen in den Geruch der Verfassungsfeindlichkeit gebracht hatte.¹¹⁷

Die Beteiligung von Aktiven an der Volksbefragung blieb hinter den Hoffnungen der Organisatoren zurück. Das gleiche galt für zwei bundesweite Großdemonstrationen im Juni und September 1984. Die Idee der Menschenkette hatte zwar die gesamte Friedensbewegung erfasst, aber das autonome Spektrum und die großen Organisationen konnten sich diesmal nicht auf gemeinsame Orte einigen. Der traditionelle Flügel rief im Juni zu einer **»Menschenkette für Frieden und Arbeit«** von Duisburg über Düsseldorf, Köln, Bonn und Koblenz nach Hasselbach im Hunsrück auf, einem Stationierungsort; die Autonomen dagegen im September zu einem **»Menschennetz im Fulda Gap«**, das die im Vogelsbergkreis nördlich von Fulda geplanten NATO-Herbstmanöver aktiv stören sollte.¹¹⁸ Gemeinsam war beiden Aktionen ihr Größenwahn, und beide scheiterten praktisch an der sinkenden Aktionsbereitschaft größerer Bevölkerungsgruppen. Die Aachener Aktiven ordneten sich zwischen Bornheim und Alfter bei Bonn in die lückenhafte Kette ein, die Duisburg, wo gerade die Arbeitsplätze der Stahlindustrie abgebaut wurden, mit dem Hunsrück als Raketenstandort verbinden sollte. In Bonn sprach dazu Pfarrerin Jutta Dahl (* 1943), die gemeinsam mit ihrem Mann August Dahl seit dem Vorjahr die lokalen Proteste gegen die Raketenstation Pydna bei Kastellaun/Hasselbach organisierte.¹¹⁹ Im Vogelsbergkreis und anschließend in Fulda kamen nur etwa 30 000 Demonstranten zusammen. Die Friedensbewegung hatte mit ihrer zumindest vorläufigen Niederlage und der beginnenden Raketenstationierung stark an Schwung verloren.

79 AN 26.5.1981

80 3. Aachener Friedenswoche vom 2. bis 16. Mai 1981. Zeitung für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit. Im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

81 AN 18.5.1981

82 Ebenda

83 Wikipedia: Deutscher Evangelischer Kirchentag 1981 (Stand August 2024)

114 Programm im Archiv Peikert, Aachener Friedenswochen 1982–88, S. 10

115 Wikipedia: Europawahl in Deutschland 1984 (Stand August 2024); Wikipedia: Die Friedensliste (Stand August 2024)

116 darunter der Autor dieser Zeilen

117 Deutscher Bundestag: Drucksache 10/1696, S. 2f, S. 5. Online

118 Wikipedia: Fulda Gap (Stand August 2024)

119 Wikipedia: Pydna (Raketenbasis) (Stand August 2024)

Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm.¹⁰⁵ Den dezentralen Ansatz hatten vor allem autonome Gruppen gegen die Vertreterinnen und Vertreter der »traditionellen Friedensbewegung« durchgesetzt.¹⁰⁶ Bei der Abschlusskundgebung in Neu-Ulm sprach u. a. Roland Jahn als Vertreter oppositioneller Friedensgruppen in der DDR. Um die Einladung hatte es zuvor schwere Konflikte im Koordinierungsausschuss und im Aktionsbüro gegeben. Die **Menschenkette** ging auf eine Idee des Karlsruher DFG/VK-Sprecher Ulli Thiel (1943–2014) zurück und ermöglichte einen Kompromiss zwischen der von den »Traditionellen« gewünschten Großkundgebung in Stuttgart und der von den Autonomen gewünschten gewaltfreien Blockade einer Kaserne in Neu-Ulm. Sie lieferte schließlich die optisch eindrucksvollsten Bilder dieses Tages: »ein schwingendes Band aus Demonstranten als lebendiges Symbol« (Stuttgarter Zeitung 24. 10. 1983).¹⁰⁷ 60 Sonderzüge fuhren nach Bonn, 48 zur Menschenkette, 20 nach Hamburg.¹⁰⁸

Es war vor allem die Menschenkette, die einige konservative Gegner in Raserei versetzte. Verfassungsschutzpräsident Heribert Hellenbroich versuchte im Juli, die Friedensbewegung mit Terroristen in einen Topf zu werfen. Ein von Offizieren und Aktivisten der Jungen Union gegründetes »Fellbacher Forum« versuchte, mit einem Autokorso den Aufbau der Menschenkette zu stören. Dabei wurde im Kreis Göppingen eine 79jährige Frau angefahren und starb an den Folgen.¹⁰⁹ In der »Welt« zeichnete ein konservativer Karikaturist eine Menschenkette aus ausgeschnittenen Papierfiguren und daneben eine Kette von Häftlingen auf dem Weg ins sibirische Lager.¹¹⁰

Am 22. November 1983 stimmte der **Bundestag über die Raketen** ab. In Aachen riefen acht Stadtteil-Friedensinitiativen zu einer Menschenkette vom Hühnerdieb bis zum Wahlkreisbüro des CDU-Abgeordneten Hans Stercken in der Annastraße und zu einer ständigen Mahnwache vor dem Wahlkreisbüro auf.¹¹¹ In Bonn versuchte ein harter Kern, illegal in der Bannmeile Straßen zu blockieren. Die Polizei löste mit Wasserwerfern und Tränengas die Blockaden auf. Die Aachener Stadtteil-Initiativen begannen im Herbst 1983, von Haus zu Haus Unterschriften für die **Ausrufung atomwaffenfreier Zonen** zu sammeln. Hildegard Schröteler von Brandt koordinierte diese Aktivitäten stadtweit 1983/84.

11.5 1984

Der Bezug zwischen aktueller Friedensbewegung und Nazifaschismus und II. Weltkrieg blieb präsent: Zum 30. Januar 1984 (51. Jahrestag der Machtübergabe an Hitler) riefen KoFAZ, VVN und 28 weitere Gruppen, darunter mehrere Stadtteil-Friedensgruppen, unter dem Motto »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg« zum »**2. Widerstandstag der Friedensbewegung**« auf. Themen waren der »Widerstand gegen Lohnraub und Demokratieabbau«, der »Widerstand gegen Pershing II und Cruise Missile« und rechte Tendenzen in der Aachener CDU sowie der Aachener Volkszeitung (AVZ).¹¹² Kurt Heiler kümmerte sich als Referent der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft auch um entlegene Themen wie den seit 1980 tobenden Krieg zwischen Iran und Irak.¹¹³

Der **Ostermarsch Rheinland 1984** führte er-

treterinnen und Vertreter der Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste, der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), der 1980 gegründeten Partei »Die Grünen«, des Interkirchlichen Friedensrates (Niederlande), der Jungsozialisten und des KoFAZ geeinigt.⁸⁴ Die westdeutschen Medien ignorierten den Aufruf fast geschlossen und berichteten erst, als der DGB-Vorstand beschlossen hatte, den DGB-Ortsverbänden die Teilnahme an der Demo zu untersagen.

Am 30. August 1981, dem Vortag des Anti-Kriegs-Tages 1. September, veranstaltete die Deutsche Friedens-Union im Aachener Westpark ein Sommer-Friedensfest.⁸⁵ Im Oktober organisierte das KoFAZ einen Sonderzug zur großen **Friedensdemo in Bonner Hofgarten** am 10. Oktober 1981. CDU und diverse Medien hetzten im Vorfeld gegen »Chaoten« und »Kommunisten«, die gemeinsam den Untergang des Abendlandes ins Visier genommen hätten. Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl beantragte im Bundestag eine regierungsamtliche Verurteilung der Demonstration, doch Brandt und Schmidt sprachen sich dagegen aus. Unter dem Motto »Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen« kamen rund 300 000 Menschen in Bonn zusammen, überwiegend mit Sonderzügen. Es war die bislang größte Demonstration in der Geschichte Westdeutschlands. Das Emblem auf den Buttons zeigte eine große schwarze Bombe auf gelbem Grund, die von einem Elternpaar und zwei Kindern weggerollt wird. Die Demonstranten trafen sich an fünf Orten zu Auftaktkundgebungen und bildeten dann einen Sternmarsch zum Hofgarten. Der war bald überfüllt, die Demonstranten stauten sich in der Poppelsdorfer Allee. Hannes Wader sang das neu umgedichtete Lied »Es ist an der Zeit«: Gedanken über ein Soldatengrab des Ersten Weltkriegs in der Champagne,⁸⁶ und dem Refrain:

*Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen
So wie sie es mit uns heute immer noch tun.
Und du hast ihnen alles gegeben:
deine Kraft, deine Jugend, dein Leben. (Hannes Wader)*

Darüber kreiste einsam ein Flugzeug mit dem Lufttransparent: »Und wer demonstriert in Moskau?« Es war von den Abgeordneten Alois Mertes (CSU), Jürgen Möllemann (FDP) u. a. finanziert worden.

Im Hofgarten sprachen die Sozialdemokraten Heinrich Albertz und Erhard Eppler, der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer, Greetje Witte-Rang für die niederländische Friedensbewegung, Randall Forsberg und Coretta King für die US-amerikanische Friedensbewegung, der Dichter Otmar Leist, der Gewerkschafter Georg Benz, der FDP-Politiker William Borm, der Kriegsdienstverweigerer Thomas Heubeck, der Ökologe Robert Jungk, der Verfassungsjurist Helmut Ridder, die Grüne Petra Kelly, der Offizier Gert Bastian, die katholische Theologin Uta Ranke-Heinemann und zum Abschluss der Schriftsteller Heinrich Böll (1917–1985). Die Rede Martin Niemöllers wurde vorgelesen, weil er erkrankt war. Ein paar Zitate aus den Reden⁸⁷ zeigen das in Bonn vertretene Spektrum der Motive:

»Jedermann weiß, dass nach dem heutigen Stand der Rüstung und der militärischen Pläne Deutschland in seinen beiden Teilen Schießplatz der Supermächte sein wird. Und dies im Zustand völliger Abhängigkeit, ohne volle Souveränität, ohne Friedensvertrag in einem geteilten Land.« (Heinrich Albertz)

»Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik verwahrt sich gegen Streicheleinheiten aus Moskau, so lange die aufkeimende Friedensbewegung in Osteuropa und in der DDR behindert wird.« (Alfred Mechttersheimer)

hg. v. d. Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner Baden-Württemberg, Karlsruhe 1984

106 Gespräch mit Ulli Thiel in Die Menschenkette, Ein Rückblick, S. 15–19

107 Die Menschenkette, Ein Rückblick, S. 146

108 Ebenda, S. 80

109 Ebenda, S. 48ff

110 Ebenda, S. 134

111 AN 18. 11. 1983, 19. 11. 1983

112 Flugblatt im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–84, Einzelstücke

113 Flugblatt zum 27. 3. 1984, ebenda.

84 Bonn 10.10.81. Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa. Reden, Fotos... Bonn 1981, S. 18ff

85 aachen.vvn-bda.de

86 Das englische Original »The Green Fields of France« dichtete Eric Bogle.

87 Nach Bonn 10.10.81, S. 81–162

»Gibt es einen zweiten politischen Schritt in der Nachkriegszeit, der mehr Vertrauen erweckt hat unter den Völkern in ganz Europa als die Ostpolitik?« (Greetje Witte-Rang)

»Seit vielen Jahren haben die USA vier Atom-U-Boote der Poseidonklasse dem NATO-Kommando unterstellt. Die Zahl der Atomsprengköpfe an Bord dieser U-Boote, insgesamt 640, entspricht der Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen, die auf Westeuropa gerichtet sind.« (Randall Forsberg)

»Ich möchte euch versichern, dass die Bewegung für Frieden und Gerechtigkeit in den USA stark ist und täglich wächst trotz der Regierungspolitik in unserem Land, Rüstungsausgaben in beängstigendem Maße zu steigern.« (Coretta King)

»Für den Fall, / daß dieser Staat, / wo ich arbeite, / einem zweiten Staate, / wo andre Leute arbeiten, / den Krieg erklärt // erklär ich / jenen Leuten / schon heut / den Frieden.« (Otmar Leist)

»Unsere Freundschaft und Solidarität gilt den amerikanischen Arbeitern, die sich in so eindrucksvoller Weise gegen die Politik Reagans zur Wehr setzten. Damit handeln wir zugleich im Interesse der Arbeitnehmer unseres Landes, denn längst ist auch hier die militärische Aufrüstung mit bedrohlicher sozialer Demontage unlösbar verbunden.« (Georg Benz)

»Wer Frieden will, muss sich mit dem, den er als einen vielleicht nur potentiellen Feind betrachtet, unterhalten, mit ihm leben lernen und leben wollen.« (Martin Niemöller)

»Wir feiern hierzulande den Mut der Polen, die sich nicht mehr vorschreiben lassen wollen, wie sie zu leben haben. Ist es so schlimm, wenn wir uns nicht vorschreiben lassen wollen, wie wir zu sterben haben?« (Erhard Eppler)

»Friede heißt Interessensausgleich zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd, zwischen Hunger und Überfluss.« (William Borm)

»Nicht wir Pazifisten sind die Träumer, sondern die angeblichen Realisten, die mit ihrer Rüstung auf Kosten des Lebens den Frieden gefährden.« (Thomas Heubeck)

»Die Umweltbewegung, für die ich hier spreche, kämpft für einen Friedensschluss der Menschen mit der Natur, für ein Ende der Ausbeutung und Vernichtung des einzigartigen Planeten Erde, mit dem Ziel der Machtvergrößerung und Bereicherung kleiner egoistischer Eliten in West und Ost, in Nord und Süd.« (Robert Jungk)

»Wir sind, solange das Militärische nicht total zum Abfallhaufen der Geschichte geworfen werden kann, für die Rückbesinnung auf das aufgeklärte konservative Genie eines Clausewitz, der das Militärische einer rationalen und humanen Politik unterwerfen wollte...« (Helmut Ridder)

»Wir lehnen atomare Bomben und Reaktoren überall ab – sie sind nicht voneinander zu trennen –, auch zivile Atomanlagen können der Verbreitung von Atomwaffen dienen, fördern die Gefahr eines Atomkrieges.« (Petra Kelly)

»Wer Pershing sagt, muss eben keineswegs auch SS-20 sagen, denn zwischen diesen gleichmaßen abzulehnenden Rüstungsschritten gibt es keinen ursächlichen Zusammenhang. Doch wer SS-20 sagt, der muss auch Polaris und Poseidon sagen...« (Gert Bastian)

»Wir lesen in der amerikanischen Presse, dass die amerikanische Regierung sich in Stand setzen will, jeden denkbaren atomaren Krieg zu gewinnen. Wir werden freilich einen solchen Krieg nicht mitgewinnen können. Unsere Karten sind zu schlecht gemischt.« (Uta Ranke-Heinemann)

»Er ist für mich eine Art Gandhi, leider ohne Rückhalt in seinem eigenen Land. Ich meine Andrej Sacharow, ... der sehr weit entfernt von hier, sehr, sehr weit entfernt, nicht verurteilt, nur verbannt, nur aus dem Verkehr gezogen ist, eine Erscheinung des Friedens – ich kenne ihn persönlich – ein Mensch, der Frieden ausstrahlt und leider an der Ausstrahlung dieses Friedens gehindert wird.

und seine Berater mit Hilfe des Geheimdienstes KGB äußerst nervös alle militärischen Aktivitäten der NATO, weil sie einen nuklearen Erstschlag der Regierung Reagan gegen die Sowjetunion ernsthaft befürchteten.⁹⁹ Einen weiteren mutmaßlich brandgefährlichen Zwischenfall dieser Art löste im November das NATO-Kommandomanöver »Able Archer 83« aus. Diesmal verhinderte ein Doppelagent Schlimmeres.¹⁰⁰

Der **Ostermarsch Rheinland 1983** führte von Düren# bei viel Sonnenschein über die Felder der Zülpicher Börde zum NATO-Fliegerhorst Nörvenich und am nächsten Tag von Köln-Weiden nach Köln-Mitte (Neumarkt). Im Mai gab es die **5. Aachener Friedenswoche**. In ihrem Rahmen brachte die VVN-BdA am 8. Mai am Bunker Saarstraße eine hölzerne Gedenktafel für zwei Jungen an, die dort im September 1944 als »Plünderer« erschossen worden waren. Im Frühjahr und Sommer 1983 gründeten Friedensbewegte in mehreren Aachener Stadtteilen wie Burtscheid, dem Frankenberger Viertel, Haaren und Hörn **Stadtteil-Friedensgruppen**. Bundesweit entstanden zahlreiche berufsbezogene Friedens-Organisationen (im Gesundheitswesen, in der Bundeswehr, in der Justiz und anderswo). Eine weitere Organisationsform dieser Zeit waren die sog. Bezugsgruppen, in denen koordiniertes und solidarisches Verhalten bei gewaltfreien Aktionen wie z. B. Straßenblockaden eingeübt wurde. Darunter war die Aachener »Bezugsgruppe Will-Friede«.¹⁰¹ Im September fand das vierte Künstler-für-den-Frieden-Konzert im Hamburger St.-Pauli-Stadion statt.

Der Konflikt zwischen Bundesregierung und Friedensbewegung spitzte sich im September und Oktober 1983 weiter zu, denn für November war die Lesung des Raketen-

Stationierungsbeschlusses im Bundestag geplant, für den Sommer 1984 die Aufstellung der ersten Pershing-II-Raketen. Die Friedensbewegung mobilisierte zu den größten demokratischen Aktionen, die die deutsche Geschichte seit der Novemberrevolution 1918 gesehen hatte. Vom 1. bis 3. September blockierten Demonstranten den **Raketenstützpunkt Mutlangen** in der Schwäbischen Alb.¹⁰² Da daran u. a. der General Gert Bastian, der Schriftsteller Heinrich Böll, der Sozialdemokrat Erhard Eppler, der Theologe Helmut Gollwitzer, der Schriftsteller Günter Grass, der Theologe Norbert Greinacher, der Rhetoriker Walter Jens, der Ökologe Robert Jungk, die Grüne Petra Kelly, die Schauspielerin Barbara Rütting und der Schauspieler Dietmar Schönherr teilnahmen, sprach man von einer »Prominentenblockade«. Vom 17. bis 21. Oktober versammelte eine **bundesweite Friedenswoche** mit dem Motto »Pershing II Cruise Missiles: Nein! Leistet Widerstand!« tausende von thematisch gegliederten lokalen Veranstaltungen: zum »Tag der Frauen« am 17., zum »Tag des Antimilitarismus und Aniiperialismus« am 18., zum »Tag der Lohnabhängigen« am 19., zum »Tag der Schulen« am 20. und zum »Tag der Parteien und Parlamente« am 21. Oktober.¹⁰³ Höhepunkt in Bonn war die Einkreisung und friedliche Blockade des Verteidigungsministeriums auf der Hardthöhe am 21. Oktober. Am **22. Oktober fanden vier »Volksversammlungen für den Frieden« statt**: Rund 300 000 Menschen kamen in Hamburg zusammen, rund 200 000 in West-Berlin, rund 500 000 in Bonn¹⁰⁴ (darunter die meisten Aachener Aktiven). Dort sprach als Abschlussredner der SPD-Vorsitzende Willy Brandt – denn die SPD war als Oppositionspartei vom NATO-Raketenbeschluss abgerückt. Rund 400 000 bildeten eine 107 km lange

99 Wikipedia: Nuklear-Fehlalarm von 1983 (Stand August 2024)

100 Wikipedia: Able Archer 83 (Stand August 2024)

101 Flugblatt »Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg« vom Jan. 1984, im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Einzelstücke

102 Wikipedia: Prominentenblockade (Stand August 2024)

103 Handschriftliche Einträge im Kalender 1983 des Autors dieser Zeilen

104 Wikipedia: Friedensdemonstration im Bonner Hofgarten 1983 (Stand August 2024)

105 Wikipedia: Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm (Stand August 2024); Die Menschenkette. Ein Rückblick,

11.4 1983

Im Januar 1983 jährte sich die **Machtübertragung an Hitler 1933** zum 50. Mal. Die Aachener VVN – Bund der Antifaschisten mobilisierte zu einer Demo in Köln am 29. Januar. Das Flugblatt machte mit Klaus Paiers Wandbild »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland – Nie wieder Faschismus« auf, das um 1980 auf der Augustinerkirche in der Pontstraße (der späteren Aula Carolina) zu sehen war. Im Aufruf hieß es:

Der demokratische Grundkonsens von 1945 lautete: Nie wieder Faschismus! Und nie wieder darf ein Krieg von deutschem Boden ausgehen! / 50 Jahre später ist die Gefahr, daß von deutschem Boden erneut ein Krieg ausgeht, noch immer nicht gebannt. Unser Land wird zum atomaren Pulverfaß, wenn noch mehr Atomwaffen hier stationiert werden... / Dies muß verhindert werden!!! / Und das heißt, sowohl gegen Säbelrasseln und Aufrüstung sich einzusetzen, als auch den Boden auszutrocknen, auf dem heute neonazistisches Gedankengut gedeihen kann.

Als Beispiele nennt der Aufruf »Ideologien des Antikommunismus und des Hasses gegen Minderheiten«. Juni 1983 luden die Aachener Jusos und die VVN-BdA den ehemaligen Buchenwald-Häftling Willy Schmidt ins Aachener Che-Haus ein, um über »die Aktualität der Buchenwald-Erklärungen« von 1945 zu sprechen.⁹⁷ Im Flugblatt wurden Passagen über die »Vernichtung des Faschismus« und über »Friede und Recht« zitiert. Die Mahnung der Buchenwalder für die 1980er Jahre bestand darin, eine europäische Friedenspolitik so durchzusetzen, dass »von Europa kein Krieg mehr ausgehen könnte«. Als Faschismus-Prophylaxe empfahlen Schmidt und die Veranstalter, »den Rüstungshaushalt deutlich zu senken und die frei werdenden Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für soziale Aufgaben einzu-

setzen«. Sie fragten: »Ist es nicht zeitgemäß, darüber aufzuklären, daß ... die Rüstung hierzulande für einige Großkonzerne ein profitables Geschäft ist?« Das sahen nicht alle so. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) an der RWTH veröffentlichte zum Jahrestag ein Flugblatt »50 Jahre Diktatur in der DDR«. In der Passage zum Aufstand am 17. Juni 1953 hieß es: »Sowjetische Panzer gegen deutsche Menschen. Ein ungleicher Kampf.« Den deutschen Panzerkrieg gegen sowjetische Menschen 1941–45 erwähnte der RCDS mit keinem Wort.⁹⁸

Die **Bundestagswahl im März 1983** gewann die CDU/CSU. Die FDP erlitt starke Verluste, aber es reichte, um die Koalition mit der CDU/CSU zu retten. Die Grünen zogen erstmals in den Bundestag ein, darunter Gert Bastian und Petra Kelly. Im gleichen März erreichte eine Gruppe von 20 buddhistischen Mönchen aus Japan auf ihrer »Wallfahrt für die Menschheit« von Brüssel nach Berlin Aachen, wo sie von Friedensgruppen vom Grenzübergang Bildchen zum Markt begleitet wurden. Sie warfen die Frage auf: »Warum sollten die gleichen menschlichen Wesen, die gemeinsam einen Planeten bewohnen und die gleiche Schicksalsstimmung teilen, sich in einen Wettkampf der totalen Vernichtung stürzen, wobei alle zusammen untergehen können?« Wie realistisch ihre Frage im Jahr 1983 gewesen war, wurde erst viele Jahre später bekannt: Am 26. September 1983 bemerkte der sowjetische Offizier Stanislaw J. Petrow (1939–2017) in der Kommandozentrale der sowjetischen Satellitenüberwachung einen vom System gemeldeten Angriff der USA mit nuklearen Interkontinentalraketen auf die UdSSR. Er stuft die Meldung korrekt als **Fehlalarm** ein und gab sie nicht weiter. Sein eigenverantwortliches Eingreifen verhinderte wahrscheinlich das Auslösen eines Atomkriegs. Denn in diesen Monaten verfolgten der neue sowjetische KPdSU-Generalsekretär Juri Andropow

Erlauben Sie mir, sich an diejenigen unter Ihnen zu wenden, die sich selbst als Kommunisten definieren... Vielleicht denken Sie einmal daran, dass Ihre Glaubwürdigkeit, Ihr Hiersein, Ihre Hilfe bei den Friedensdemonstrationen bedeutend größer wäre, ... wenn Sie einmal – Sacharow nur als Beispiel – an diese Menschen denken würden. (...) Und sollte jemand ohne böse Absichten, ganz prophylaktisch einen Stein in der Tasche haben, im Campingbeutel – ich bitte Sie: Lassen Sie ihn fallen, überlassen Sie ihn dem Fuhrpark der Stadt Bonn! Denken Sie daran, dass Bonn eine friedliche Stadt ist...« (Heinrich Böll)

Mechtersheimer und Böll hatten einen **inneren Konflikt der damaligen Friedensbewegung** angesprochen: den Umgang mit Pazifisten im Osten. Forsberg und Bastian hatten gute Gründe dafür genannt, dass sich die Bewegung auf die Kritik an den geplanten neuen NATO-Waffen konzentrierte und diese nicht mit den sowjetischen Raketen gleich setzte. Eppeler hatte einen weiteren genannt: Man muss mit der Abrüstung irgendwo anfangen; das kann man nur auf der eigenen Seite. Aber es gab keine guten Gründe, sich von der pazifistischen Opposition in Osteuropa und der DDR zu distanzieren, wie es die von der DKP beeinflussten Friedensgruppen reflexhaft und dogmatisch taten. Diese Haltung sollte ihnen alsbald auf die Füße fallen. Im August 1980 war eine große Streikwelle durch Polen gegangen, die katholisch-antikommunistische **Gewerkschaft Solidarność** war entstanden mit Millionen von Mitgliedern. In der DDR war zum Buß- und Betttag November 1980 die evangelische Friedensbewegung »**Schwerter zu Pflugscharen**« erstmals öffentlich aufgetreten.⁸⁸ Ihr Symbol zitierte eine 1959 geschaffene sowjetische Skulptur (Jewgeni Wutschetitsch) für den Garten des UNO-Gebäudes in New York und die ihr zugrunde liegenden Bibelsprüche. Als Dezember 1981 der polnische Verteidigungsminister Wojciech Jaruzelski in Abstimmung mit der sowjetischen

Führung des Kriegsrecht ausrief, um die Opposition illegalisieren und verfolgen zu können, spitzte sich der Konflikt auch in Aachen zu: In der Studentenschaft der RWTH gab es erbitterte Debatten zwischen den anarchistisch geprägten »Basisgruppen« und den »gewerkschaftlich orientierten« Gruppen MSB Spartakus und SHB, die Stellungnahmen zu Polen prinzipiell ablehnten. Im Zuge dieses Konflikts gründeten Friedensbewegte, die den Grünen nahe standen, Ende 1981 die **Aachener Friedensgruppe (AFG)**, andere, die den Basisgruppen und den autonomen Hausbesetzern nahe standen, gründeten die **Aachener Friedens-Initiative (AFI)**. Beide wurden in einer gewissen Konkurrenz zur KoFAZ-Gruppe aktiv. Auf Bundesebene trat vor allem der ehemalige ostdeutsche Regimekritiker Rudolf Bahro (1935–1997), der seit 1979 in Rheinland-Pfalz lebte, als Kritiker des DKP-Einflusses in der Friedensbewegung auf.

September 1981 präsentierte sich die von der Schauspielerin Eva Mattes, der Chorleiterin Irmgard Schleier, dem Schriftsteller Peter Homann und anderen gegründete Initiative »**Künstler für den Frieden**« mit einem ersten Großkonzert im Audimax der Uni Hamburg. Das zweite fand im November in den Dortmunder Westfalenhallen statt.⁸⁹ Der Konzertveranstalter Fritz Rau sorgte für die technische Betreuung der Konzerte.

Zum 2. Jahrestag des NATO-Raketenbeschlusses, den 12. Dezember 1981, organisierte die Aachener Friedensgruppe um Irmel Kamp-Bandau einen ökumenischen Gottesdienst, Straßenaktionen und eine Demonstration vom Elsaßplatz zum Elisenbrunnen.⁹⁰

11.3 1982

1982 wuchs die westdeutsche und die Aachener Friedensbewegung weiter an. Öl ins Feuer gegossen hatte der seit Januar 1981 amtierende

88 Wikipedia: Schwerter zu Pflugscharen (Stand August 2024)

89 Wikipedia: Künstler für den Frieden (Stand August 2024)

90 Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

97 Flugblatt ebenda

98 Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke. Der Autor dieser Zeilen verfasste damals ein Gegenflugblatt der Juso-Hochschulgruppe, der Linken Liste, des SHB und des MSB Spartakus mit dem Titel: »Von den Nazis zum RCDS: 50 Jahre Kreuzzug gegen den Kommunismus«.

US-Präsident Ronald Reagan, ein ehemaliger Western-Schauspieler: mit seiner Äußerung, die Sowjetunion sei »das Reich des Bösen«; mit einer Mikrofonprobe, bei der er scherzhaft die Bombardierung Moskaus angekündigt hatte; und mit seinem größenwahnsinnigen Plan, genannt SDI (Strategic Defense Initiative), alle Raketen, die die USA angreifen könnten, mit weltraumgestützten Laserwaffen abzuschießen. Während er zur Freude einiger US-Konzerne Hunderte von Milliarden Dollar Steuermittel in Rüstungsprojekte investierte, darunter die Entwicklung neuer MX-Interkontinentalraketen und neuer Trident-II-U-Boote, senkte er gleichzeitig die Steuern für Reiche und Unternehmen, hob gesetzliche Schranken für Finanzgeschäfte auf und fuhr staatliche Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsprogramme sowie den Umweltschutz auf nahe Null herunter. Große Teile der Bevölkerung versanken im Elend, doch das Ganze wurde Reaganomics genannt und – gemeinsam mit Margret Thatchers Versuch, die britische Arbeiterbewegung komplett zu zerschlagen – von Konservativen weltweit als das Ei des Kolumbus abgefeiert.

Die Aachener Friedensfreunde beteiligten sich am **Ostermarsch Rheinland 1982**: am ersten Tag ging der Marsch von Wegberg bei Hückelhoven zum Raketenstützpunkt Arsbeck, auf dem Pershing-I-Raketen stationiert waren; am zweiten Tag ging es vom NATO-Hauptquartier Rheindahlen in die Innenstadt von Mönchengladbach. Bei strömendem Regen sangen tausende von Marschierern spontan, gemünzt auf Verteidigungsminister Apel: »Apel, wir kommen, wenn's sein muss auch geschwommen!« Die von der KoFAZ-Gruppe organisierten **4. Aachener Friedenswochen** mit 55 Unterstützergruppen (darunter die Haarener Friedensgruppe als erste Stadtteil-Friedensgruppe) begannen am 3. Mai 1982 mit einem Auftaktveranstaltung mit Dieter Süverkrüp, Josef Weber, Pfarrer Meier-Stier im Roten Hörsaal. Am 4.

Mai diskutierten Klaus Dorner, Hans Stercken (CDU), Dieter Schinzel (SPD) und Heiner Jüttner (FDP) über die Frage: »Wie ist der Atomkrieg in Europa zu verhindern?« Der Jurist Erich Küchenhoff, der Journalist Jakob Moneta, der Psychologe Horst-Eberhard Richter und der Liedermacher Hannes Wader traten auf. Mehrere Diskussionen gingen um Befreiungsbewegungen, Neokolonialismus und Unterentwicklung, eine über »Solidarität mit Solidarnosc«. Am 8. Mai, Jahrestag des Kriegsendes, lud die VVN – Bund der Antifaschisten zum zweiten Mal zur »alternativen Stadtrundfahrt zu Stätten von Widerstand und Verfolgung in Aachen 1933 bis 1945« und wies im Flugblatt darauf hin, dass damals an der Ecke Promenadenstraße/Schumacherstraße noch nichts an den Standort der 1938 in Brand gesetzten Aachener Synagoge erinnerte.⁹¹ Es gab eine gewaltfreie Aktion vor dem Aachener Atombunker, eine alternative Friedensfahrt per Fahrrad und am 15. Mai eine alternative Rekrutenvereidigung vor der Gallwitz-Kaserne, wo anschließend ein öffentliches Gelöbnis und ein Tag der offenen Tür stattfand.

Für den 9. und 10. Juni hatte sich US-Präsident Reagan in Bonn angekündigt. Die Friedensbewegung mobilisierte zu einer neuen **Großkundgebung in Bonn am 10. Juni 1982**. Doch die Bundesregierung erklärte wegen des hohen Besuchs das komplette linksrheinische Bonn kurzerhand zur Bannmeile, in der das Demonstrationsrecht nicht galt. Deshalb musste die Demo auf die rechtsrheinischen Beueler Rheinwiesen verlegt werden.⁹² In Aachen mobilisierte die KoFAZ-Gruppe u. a. mit einem rund 5 mal 5 m großen Demoplakat, gemalt auf zehn Tapetenrollen, die ein schwindelfreier Aktivist⁹³ von einer sehr langen Leiter aus in 10 m Höhe an der Mensawand anklebte. Es zeigte das Demomotiv: eine Frau mit Stöckelschuhen, die eine große Bombe wegstößt, und die Parole »Aufstehn! Für den Frieden«. Die Aachener füllten zehn bis zwanzig Busse, die wie viele hundert andere auf

einem gesperrten Autobahnteilstück bei Beuel parken mussten. Der Künstler Joseph Beuys hatte eine Rockband gegründet und sang »Sonne statt Reagan! Ohne Rüstung leben!« Die Sonne bekam er: Bei großer Hitze versammelten sich schließlich rund 400 000 Menschen zum Protest gegen Reagan und Raketen. Anwohner servierten Wasserflaschen oder besprengten die überhitzten Demonstranten mit Gartenschläuchen. Viele erinnerten sich später vor allem an die stundenlange Suche auf der Autobahn nach dem richtigen Bus und stundenlanges Warten, bis der Bus endlich losfahren konnte.

Die schon im Vorjahr gegründete Initiative **»Künstler für den Frieden«** fand August 1982 eine lokale Niederlassung, die Aachener Künstler für den Frieden. 57 Aachener Fotografinnen, Schriftsteller, Malerinnen, Musiker, Liedermacherinnen, Buchhändler, Designerinnen, Bildhauer, Textilgestalterinnen usw. luden für den 29. August zu einem ganztägigen Kunstmarkt, Konzert- und Theaterereignis auf dem Augustinerplatz.⁹⁴ Am 11. September folgte das größte Künstler-für-den-Frieden-Konzert im Bochumer Ruhrstadion, bei dem, moderiert von Eva Mattes# und Dietmar Schönherr#, vor etwa 200 000 Zuschauern über 200 Künstlerinnen und Künstler auftraten, darunter Esther Bejano, Harry Belafonte, Joseph Beuys, die Bots, Franz Josef Degenhardt, Katja Ebstein, Maria Farrantouri, Gitte Hænning, André Heller, Hanns Dieter Hüsch, Udo Lindenberg, Miriam Makeba, Ulla Meinecke, Bill Ramsey und Konstantin Wecker. Der Schauspieler Curt Bois sprach nur drei Sätze: »Ich bin ein alter Mann. Ich habe zwei Weltkriege erlebt. Ich bin hierhergekommen, weil ich verhindern möchte, daß ein dritter Weltkrieg Sie und Ihre Kinder vernichtet.«⁹⁵

Im Sommer 1982 entschloss sich die FDP-Führung um Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher, die Koalition mit der SPD aufzukündigen, **Bundeskanzler Schmidt zu**

stürzen und dem Christdemokraten Helmut Kohl zur Regierungsmacht zu verhelfen. Als Anlass diente ein von Lambsdorff ausgearbeitetes wirtschafts- und sozialpolitisches Programm (Lambsdorff-Papier), das nach dem Vorbild von Margret Thatcher und Ronald Reagan drastische Kürzungen von Sozialleistungen vorsah. Am 1. Oktober stürzte der Bundestag in einem »konstruktiven Misstrauenvotum« die Regierung Schmidt und wählte zugleich Kohl mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP zum Bundeskanzler, obwohl die FDP bei der letzten Bundestagswahl Oktober 1980 mit Genschers Bekennnis zu Schmidt viele Stimmen und Mandate gewonnen hatte. Militante Konservative wie der CSU-Politiker Friedrich Zimmermann und der CDU-Politiker Manfred Wörner bekamen nun Schlüsselpositionen als Innen- bzw. Verteidigungsminister. Kohl verkündete eine »geistig-moralische Wende«, zu der auch gehören sollte, dass keine Regierungspartei mehr – wie zuvor die SPD – Berührungspunkte zur Friedensbewegung haben sollte. Wie später im Zuge der Aufklärung der **Flick-Affäre** bekannt wurde, waren Lambsdorff und Kohl finanziell eng mit dem Flick-Konzern und dessen Manager Eberhard von Brauchitsch verbandelt. Lambsdorff hatte dem Konzern bei einer groß angelegten Steuerhinterziehung geholfen, und mit seiner Tochter Krauss-Maffei profitierte der Konzern direkt von der Aufrüstung der Bundeswehr und der NATO. Die Aachener VVN – Bund der Antifaschisten und ihr Vorsitzender Josef Christoffel (1908–199#) erinnerten immer wieder an den Zusammenhang von Faschismus und Krieg; so z. B. bei einer Gedenkfeier zu Ehren von Opfern des Nationalsozialismus auf dem Waldfriedhof am 14. November. Dort warnte Christoffel besonders vor der ausländerfeindlichen Hetze der CDU/CSU und der sich abzeichnenden nationalkonservativen Kampagne gegen das Asylrecht.⁹⁶

91 Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

92 Wikipedia: Friedensdemonstration in Bonn 1982

93 der Autor dieser Zeilen, damals 21

94 Flugblatt im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke

95 Der Spiegel 38/1982, S. 220f; Wikipedia: Künstler für den Frieden (Stand August 2024)

96 Flugblatt im Archiv Korff, Mappe KoFAZ Aachen 1979–86, Einzelstücke